



www.MinisterieVanPropaganda.org

4825

WILHELM PIECK

**DER NEUE WEG
ZUM GEMEINSAMEN KAMPF
FÜR DEN STURZ
DER HITLERDIKTATUR**

VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER ARBEITER IN DER UdSSR

WILHELM PIECK
DER NEUE WEG ZUM GEMEINSAMEN KAMPF
FÜR DEN STURZ DER HITLERDIKTATUR



WILHELM PIECK



DER NEUE WEG
ZUM GEMEINSAMEN KAMPF
FÜR DEN STURZ
DER HITLERDIKTATUR

Referat und Schlußwort
auf der Brüsseler Parteikonferenz der
Kommunistischen Partei Deutschlands
Oktober 1935

A n h a n g
RESOLUTION UND MANIFEST DER PARTEI-KONFERENZ



MOSKAU 1936
VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR

EINLEITUNG

1. DIE BEDEUTUNG DER BESCHLÜSSE DES VII. WELTKONGRESSES DER KOMMUNISTI- SCHEN INTERNATIONALE

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat sehr bedeutungsvolle Beschlüsse über eine neue taktische Orientierung und über die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art gefaßt, die es den kommunistischen Sektionen ermöglichen sollen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront, die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitalsoffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr herzustellen. Diese Beschlüsse des VII. Weltkongresses beruhen auf der Veränderung der Weltlage, die durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, durch die Weltwirtschaftskrise, die Offensive des Faschismus, die politische Krise in einigen Ländern und die Radikalisierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt herbeigeführt wurde. Sie beruhen auf den Erfahrungen, die die französische Arbeiterklasse in den Bemühungen zur Herbeiführung der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit in Verbindung mit der Schaffung der Volksfront unter der kühnen Initiative unserer französischen Bruderpartei machte, sie beruhen nicht zuletzt auf den bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse dadurch machen mußte, daß sie den Sieg des Hitlerfaschismus nicht zu verhindern vermochte.

Verlagsredakteur: Fischhof — Technischer Redakteur: Brodnig — Bestellnummer: 2239 — In Arbeit: 20. XI. 1935 — In Satz: 13. XII. 1935 — In Druck: 30. XII. 1935 — Druckbogen: 12 $\frac{1}{2}$ — Druckzeichen pro Druckbogen: 32 000 — Autorbogen: 9 $\frac{1}{2}$ — Papierbogen: 3 $\frac{1}{2}$ — Papierformat: 78 x 104 $\frac{1}{2}$ — Druckerei: „Iskra Rewoluzii“ Moskau, Filippowski Pereulok 13 — Auflage: 5100 — Glawlit: B-15 996

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind für die Kommunistische Partei Deutschlands und für die deutsche Arbeiterklasse von ganz besonderer Bedeutung. Diese Beschlüsse sollen ihnen helfen, die Einheitsfront und die Volksfront, die Aktionseinheit für den Sturz des Hitlerfaschismus zu schaffen. Unsere Parteikonferenz hat die große Aufgabe, klar herauszuarbeiten, wie diese Beschlüsse des Weltkongresses unter den Bedingungen in Deutschlands konkret angewandt werden sollen. Sie muß die Bedingungen dafür schaffen, daß diese Beschlüsse zur Durchführung gelangen. Das werden wir um so besser vermögen, je mehr wir uns über die von uns in der Vergangenheit gemachten Fehler und über die vorhandenen Mängel in unserer Parteiarbeit klar werden und daraus die richtigen Schlußfolgerungen für die künftige Parteiarbeit ziehen.

Die Parteikonferenz hat nicht nur die Frage zu beantworten, warum der Faschismus in einem Lande wie Deutschland mit seiner vorwiegend industriellen, gut organisierten Arbeiterschaft und bei dem Bestehen einer solchen Massenpartei, wie es die KPD war, siegen konnte. Die Parteikonferenz hat vor allem die Frage zu beantworten, was jetzt in Deutschland unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur von den werktätigen Massen, besonders von der Arbeiterklasse, getan werden muß, um die faschistische Diktatur zu stürzen.

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich schon von selbst, daß wir auf unserer Beratung nicht allzuviel Zeit der Vergangenheit zuwenden sollen, sondern uns in der Hauptsache mit den vor uns stehenden Aufgaben beschäftigen müssen. Mit der Vergangenheit sollen wir uns nur insoweit beschäftigen, als wir genötigt sind, aus den von der Partei begangenen Fehlern und den Mängeln ihrer Arbeit Lehren und Schlußfolgerungen für die vor uns stehende Arbeit zu ziehen.

Wir müssen mit einer sehr harten Selbstkritik an unsere

bisherige Parteiarbeit herangehen. Wir dürfen uns nicht davor fürchten, daß diese Selbstkritik etwa von unsern Gegnern, besonders von der Sozialdemokratie, zur Rechtfertigung ihrer Politik ausgenutzt werden könnte. Klar und eindeutig steht vor der deutschen Arbeiterklasse die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Deutschlands von dem einzigen Willen beseelt war, die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus zur Verhinderung des Sieges der faschistischen Diktatur herzustellen. Ihre Angebote an die zentralen Leitungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften waren auf die Auslösung des breitesten Massenkampfes gegen den anstürmenden Faschismus gerichtet. Demgegenüber steht ebenso eindeutig und klar die Tatsache vor der Arbeiterklasse, daß diese zentralen Leitungen die Angebote abgelehnt haben und nicht gewillt waren, die Massen zu diesem Kampfe aufzurufen, ja sogar alles taten, um diesen Kampf zu verhindern. Aber das alles enthebt uns nicht der Verpflichtung, selbstkritisch zu überprüfen, warum es uns nicht trotz des Widerstandes der Sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer gelungen ist, die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmassen für den Kampf zu gewinnen.

So richtig es ist, was auf dem VII. Weltkongreß gesagt wurde, daß die historische Verantwortung für den Sieg des Faschismus in Deutschland die Sozialdemokratie trägt, so müssen wir uns selbst doch über die ernststen Verfehlungen klar sein, die von der Partei in ihrer Massenarbeit und auch in ihrer politischen Orientierung begangen wurden, weil wir daraus die Lehren ziehen müssen, was jetzt von uns getan werden muß, um die sozialdemokratischen Arbeiter, die deutsche Arbeiterklasse überhaupt, für die Aktionseinheit zu gewinnen, um die faschistische Diktatur zu stürzen.

Wenn der VII. Weltkongreß für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale die Aufgabe einer neuen

taktischen Orientierung in ihrer Massenarbeit zur Gewinnung der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten für die Aktionseinheit zum Kampfe gegen Kapitalsoffensive, Faschismus und imperialistischen Krieg stellte, so gilt das besonders für die Kommunistische Partei Deutschlands. Wir müssen uns neu orientieren in unserem Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, deren Lage sich unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, die sie in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime drängte, grundlegend geändert hat. Wir müssen uns neu orientieren in unserer Gewerkschaftsarbeit, in unserer Arbeit in den von den Faschisten geleiteten Massenorganisationen, in die die gewerkschaftlich organisierten Massen hineingezwungen wurden. Das gilt ebenfalls für unsere Massenarbeit in den Betrieben, für unsere Arbeit unter den städtischen Mittelschichten, für unsere Arbeit im Dorfe.

Wir haben nicht nur mit anderen Bedingungen unserer Massenarbeit unter der faschistischen Diktatur zu rechnen, wir müssen nicht nur die sich im Lande vollziehenden Veränderungen der Lage, die Verschärfung der Klassengegensätze, den wachsenden Widerstand gegen das faschistische Regime in allen Schichten der werktätigen Massen beachten, wir müssen vor allem von uns aus die Initiative zur Formierung der Kampffront gegen den Faschismus, zur Schaffung der Einheits- und Volksfront ergreifen. Wir müssen neue Formen und Methoden in unserer gesamten Massenarbeit finden und anwenden. Das ist das Neue in unserer Aufgabe, vor das uns die Beschlüsse des VII. Weltkongresses stellen.

Darin liegt der tiefe Sinn der Direktive der Anwendung der Einheitsfront auf neue Art. Die Parteikonferenz muß die Generallinie, die politische Plattform schaffen und festlegen, mit der es der Partei gelingen wird, die Massen in Deutschland für die Aktionseinheit zum Sturz der faschistischen Diktatur zu gewinnen. Es handelt sich nicht

etwa darum, daß wir unsere bisherige Massenarbeit nur verstärken, unsere Einheitsfronttaktik geschickter anwenden, sondern es handelt sich um eine grundlegende Aenderung unserer Einheitsfronttaktik, um eine völlig neue taktische Orientierung, um eine wirkliche Wendung in unserer Massenarbeit, nicht in Worten, sondern in der Tat.

2. DIE ENTWICKLUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS ZUR MASSENPARTEI

Wenn wir auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen genötigt sind, ernste Selbstkritik an der Arbeit unserer Partei zu üben, die begangenen Fehler und vorhandenen Schwächen besonders stark hervorzuheben, um die zur Erfüllung unserer Aufgaben notwendigen Lehren für die Verbesserung unserer Arbeit, für die Ausrichtung unserer strategischen Linie und für die taktische Neuorientierung zu ziehen, so sollen dabei nicht die Erfolge in den Hintergrund gestellt werden, die die Kommunistische Partei trotz alledem aufzuweisen hat. Es darf vor allem nicht der große Anteil übersehen werden, den Genosse Ernst Thälmann als Führer der Partei an der Entwicklung der Partei zur Massenarbeit hat, an der Durchführung ihrer revolutionären Linie und an der Heranbildung der heldenhaften Kader, die unter dem fürchterlichen Terror der faschistischen Diktatur ihre Feuerprobe bestanden haben.

Die Hervorkehrung dieser Erfolge der Kommunistischen Partei, die sie zu einer der besten Sektionen der Kommunistischen Internationale der kapitalistischen Länder machte, soll nicht eine innere Selbstzufriedenheit zum Ausdruck bringen, soll nicht die großen Mängel, die unserer Arbeit anhaften, verdecken, und soll vor allen Dingen nicht die Fehler entschuldigen, die von uns gemacht wurden. Im Gegenteil, es soll mit dieser Aufzählung der Erfolge der Partei, die sie vor der Aufrichtung der faschi-

stischen Diktatur hatte, aufgezeigt werden, was die Partei in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Kampf zur Verhinderung der faschistischen Diktatur hätte leisten können, wenn sie nicht in ihrer strategischen Orientierung und in ihren taktischen Maßnahmen ernste Verfehlungen begangen und wenn sie vermocht hätte, die Schwächen in ihrer Massenarbeit zu beseitigen.

Die KPD wurde zur Massenpartei im Kampfe gegen alle *opportunistischen Strömungen*, gegen den Brandlerismus, gegen das Versöhnertum, gegen das Sektierertum, die in mehr oder weniger offenen fraktionellen Kämpfen gegen die bolschewistische Linie der Partei diese an der Erfüllung ihrer revolutionären Aufgabe zu hindern versuchten, sei es, daß sie die KPD zu einem Anhängsel der Sozialdemokratie machen wollten, sei es, daß sie die Partei von den Massen abzusperrten versuchten, sei es, daß sie ein unzulässiges Kompromiß mit diesen der Partei schädlichen Gruppierungen herbeizuführen suchten. Nur indem die Partei diese Fraktionen und Abweichungen rücksichtslos schlug und fest auf der bolschewistischen Linie der Komintern vorwärtsmarschierte, wurde sie zu einer großen selbständigen Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung, gewann sie das Vertrauen der Arbeitermassen und wurde zu einer Massenpartei.

Den Einfluß, den die Partei bei den umfangreichen *Wirtschaftskämpfen* vor der Wirtschaftskrise im Herbst 1928 (Ruhrkampf und München-Gladbacher Streik im Herbst 1928) und während der Wirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1932 erreichte (ich nenne nur den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und den Mansfelder Streik im Frühjahr 1930, den Streik der Berliner Metallarbeiter und der Hamburger Straßenbahner im Herbst 1930, den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und in Oberschlesien im Frühjahr 1931, die breiten Streikbewegungen aus Anlaß der Papenschen Lohnabbau-Notverordnungen im Sommer und im Herbst 1932, den Streik der Berliner Ver-

kehrsarbeiter Ende Oktober 1932) — diesen Einfluß unter den werktätigen Massen hatte sich die Partei nur durch ihre klare Klassenpolitik erworben.

In der durch die Wirtschaftskrise herbeigeführten großen *Massenerwerbslosigkeit* von über 8 Millionen Erwerbslosen gelang es der Partei durch ihren Kampf für die Unterstützung der Erwerbslosen, gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung und den Abbau der Unterstützungssätze, gegen ihre zwangsweise Entfernung aus den Wohnungen wegen Mietrückstände, durch den Kampf für Winterhilfe und andere Forderungen eine breite Erwerbslosenbewegung zu entfesseln und damit ebenfalls große Massen des Proletariats für die Partei und ihren Kampf zu gewinnen. Daß es der Partei nicht gelang, die Erwerbslosenbewegung gleichzeitig mit einer breiten Kampf Bewegung der Betriebsarbeiter zu verbinden und damit ein Abflauen der Bewegung zu verhindern, hing nicht nur mit der Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, sondern auch mit den in unserer Massenarbeit vorhandenen Schwächen, besonders mit der Schwäche unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zusammen.

Bei den *Betriebsrätewahlen* erlangte die Partei trotz ihrer schwachen Betriebsarbeit einen solchen Einfluß auf die Besetzung der Betriebspositionen, daß es schon die Brüningregierung für notwendig hielt, im Frühjahr 1932 die Betriebsrätewahlen überhaupt nicht mehr vornehmen zu lassen, um die Betriebe nicht durch diese Wahlen zu „beunruhigen“.

Auch die großen *Wahlerfolge*, die die Partei im März 1932 bei den Präsidentenwahlen mit 5 Millionen Stimmen für ihren eigenen Kandidaten, den Genossen Ernst Thälmann, dann bei der Reichstagswahl im Juli mit 5,3 Millionen und bei den Novemberwahlen des gleichen Jahres mit fast 6 Millionen Stimmen erreichte, wobei die Partei in einigen der entscheidendsten, wichtigsten Industrie-

biete, wie Berlin, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mitteldeutschland, von allen Parteien die größte Stimmenzahl auf sich vereinigte, waren der Ausdruck des wachsenden Vertrauens des deutschen Proletariats und großer Teile der übrigen werktätigen Schichten zur Kommunistischen Partei.

Der Erfolg der Kommunistischen Partei in dieser Zeit vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur zeigte sich auch in dem Wachstum der *Massenorganisationen*, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe, der Sportorganisationen, der Freidenkerorganisationen, die 1932 zusammen einen Mitgliederstand von 1,4 Millionen aufwiesen und mit breiten Schichten der Arbeiterklasse auf das engste verbunden waren.

Die Partei verstand es, eine verhältnismäßig gute *Agitation* zu betreiben, wengleich der sektiererische Einschlag gerade an entscheidenden Punkten unserer Kampfgebiete besonders gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern stark hervortrat. Das betraf sowohl die Losungen wie auch die allgemeine Agitation. Trotzdem war der Erfolg unserer Agitation offensichtlich. Der Radikalisierungsprozeß, der sich in der Arbeiterschaft vollzog, war zu einem erheblichen Teil durch die Erfolge unserer Agitation hervorgerufen. Leider verstand es die Partei nicht, diese agitatorischen Erfolge organisatorisch zu festigen durch Einreihung der von unserer Agitation erfaßten und beeinflussten Massen in die Kampfbewegung, durch Schaffung fester organisatorischer Stützpunkte. Die Versuche hierzu, die in der Schaffung von Kampfkomitees, Einheitskomitees im Delegiertensystem und anderen Komitees bestanden, blieben meist in den Anfängen stecken.

Auch in der *organisatorischen Verbreiterung* und Festigung der Parteiorganisation hat die Partei gute Erfolge gehabt. Sie wurde zu einer Massenorganisation von über 300 000 Mitgliedern, die in 2210 Betriebszellen und 6000 Straßenzellen in fast 6500 Ortsgruppen erfaßt waren,

Welche große Anziehungskraft die Partei für die Arbeiterschaft hatte, zeigen die großen Werbeerfolge in den Jahren 1931 und 1932, wo über 400 000 neue Mitglieder gewonnen wurden. Leider verstand es die Partei nicht, diese neu gewonnenen Mitglieder zu halten und sie fest in die Parteiorganisation einzugliedern, so daß die Fluktuation eine der schlimmsten Erscheinungen des inneren Parteilebens wurde. Daß von den Mitgliedern der Partei vor der Wirtschaftskrise nur 48 Prozent in den Betrieben tätig waren und daß dieser Prozentsatz während der Krise bis zum Jahre 1932 auf 11 Prozent herabsank, war mit eine Folge unserer schwachen Betriebsarbeit.

Die Partei hat in dieser Zeit auch eine verhältnismäßig gute *Schulungsarbeit* geleistet, sowohl durch ihre ständige Reichsparteischule mit ihren Dreimonatskursen wie durch die Zwei- bis Dreimonatskurse in allen Bezirken und Unterbezirken, die periodisch durchgeführt wurden. Dazu kam die Herausgabe der „Internationale“, des „Propagandist“, des „Agitator“, und des „Parteiarbeiter“, wozu noch fast jeder Bezirk ein besonderes Funktionärorgan herausgab. Auch der Vertrieb unserer marxistisch-leninistischen Literatur hatte einen ziemlich großen Umfang angenommen.

Diese Schulungsarbeit hat nicht wenig zur Heranbildung jener heldenhaften *Kader* beigetragen, die unter den Schlägen des faschistischen Terrors so standhaft und ehrenvoll die Kommunistische Partei verteidigen und die das Verdienst haben, den Kampfgeist der deutschen Arbeiterschaft wachgehalten und die Massen für den unmittelbaren Kampf gegen das faschistische Regime mobilisiert zu haben. Kurz vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur waren ungefähr 50 Prozent der Parteimitgliedschaft Funktionäre der Partei. Diese Kader waren wirklich das Beste, was die Partei unter der Führung des Genossen Thälmann hervorgebracht hat. Und wenn sich in der Arbeit der Partei ernste Fehler und Schwächen

zeigten, so lag die Schuld daran nicht so sehr bei diesen Kadern, sondern in Ursachen, die ich noch in meinem Bericht behandeln werde.

Zum Abschluß möchte ich noch zwei Positionen der Partei erwähnen, auf denen wir allerdings keine großen Erfolge verbuchen konnten: das betrifft unsere *Partei-
presse*, ferner die *RGO* und die Roten Verbände. Die Partei hatte 37 Tageszeitungen, einschließlich der Kopfblätter, aber die Abonnentenzahl ist nie über die Zahl der Parteimitglieder hinausgekommen. Vor allem war das auf die große Schwäche unserer Redaktionen zurückzuführen, die nicht verstanden, die Sprache der Massen zu sprechen, die nicht verstanden, den Kampf der Partei zu organisieren, und die einen großen Teil der Verantwortung für die in der Parteiarbeit zutage getretenen Schwächen tragen, ja geradezu verhinderten, daß unsere Parteipresse zu einer wirklichen Massenpresse und zu einem organisierenden Faktor für die Partei wurde.

Die *RGO* mit ihren 160.000 Mitgliedern und die *Roten Verbände* mit ihren 95 000 Mitgliedern sind niemals über die Zahl der Parteimitglieder hinausgekommen. Das trifft auch auf die revolutionäre Gewerkschaftspresse zu, die eine Höchstauflage von 183 500 Exemplaren erreichte.

Damit möchte ich die Aufzählung der Erfolge der Partei beenden und zu dem vorwiegend selbstkritischen Teil meines Berichts übergehen. Ich werde dabei vielfach in der Kritik weiter gehen als die Kritik, die auf dem VII. Weltkongreß an der Arbeit der deutschen Partei geübt wurde. Dabei möchte ich eine kleine Vorbemerkung machen. Es ist notwendig, auch die vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur von der Partei unter der Führung des Genossen Thälmann befolgte Linie sowohl in unserer Strategie als auch in unserer Taktik, in diese Kritik einzubeziehen, weil wir wirklich dabei ernste Verfehlungen hatten. Ich bin fest überzeugt, daß Genosse Thälmann, wenn er die Möglichkeit hätte, an unserer Parteikonferenz teil-

zunehmen, in der bei ihm gewohnten Art in schärfster bolschewistischer Weise die Waffe der Selbstkritik handhaben und das Sektierertum bekämpfen würde.

Ich werde meinen Bericht über die Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit in drei Hauptteile gliedern, und zwar:

- I. Die zentralen Probleme unserer Strategie und Taktik;
- II. Die Analyse der gegenwärtigen Lage in Deutschland;
- III. Die Perspektive und die Generallinie der Partei.

I. DIE ZENTRALEN PROBLEME UNSERER STRATEGIE UND TAKTIK

1. DIE WAFFE DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ANALYSE

a) Die Bedeutung der Analyse für den Kampf

Der VII. Weltkongreß hat für Deutschland als zentrale Aufgabe die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller freiheitsliebenden deutschen werktätigen Menschen im Kampfe gegen die faschistische Diktatur gestellt. Die erste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgaben ist für die Kommunistische Partei eine richtige Analyse der Lage, eine richtige Perspektive, um fähig zu sein, eine richtige politische Linie in ihrer revolutionären Massenarbeit einzuschlagen.

In dem Schlußwort zu seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß sagte Genosse Dimitroff darüber folgendes:

„Es ist notwendig, dass die Kommunisten die Waffe der *marxistisch-leninistischen Analyse* geschickt gebrauchen, indem sie die konkrete Situation und die Gruppierung der Klassenkräfte in ihrer Entwicklung sorgfältig studieren, und daß sie dementsprechend ihre Pläne der Tätigkeit und des Kampfes festlegen. Wir müssen aufs schonungsloseste den unsere Genossen nicht selten lähmenden Hang an ausgeheckten Schemen, leblosen Formeln, fertigen Schablonen ausrotten. Wir müssen mit einem Zustand Schluß machen, wo

Kommunisten, denen es an Kenntnissen und an Fähigkeit zu einer marxistisch-leninistischen Analyse gebricht, diese Analyse durch allgemeine Redensarten und allgemeine Losungen, wie ‚revolutionärer Ausweg aus der Krise‘ ersetzen...“

Und in seiner Schlußrede auf dem Kongreß hob Genosse Dimitroff nochmals diese Aufgabe hervor und sagte:

„Der Kongreß verlangt auf das entschiedenste, daß alle taktischen Schritte der Parteien auf einer nüchternen Analyse der konkreten Wirklichkeit, auf der Berücksichtigung des Verhältnisses der Klassenkräfte und des politischen Niveaus der breitesten Massen basieren.“

Diese kategorischen Mahnungen des Genossen Dimitroff resultieren aus den Erfahrungen und aus der Praxis der kommunistischen Parteien, besonders aus der Praxis unserer Partei. Die richtige Einschätzung der Klassenkräfte, des Verhältnisses zwischen den Klassen, der Lage innerhalb unserer Klasse und der Lage der Bourgeoisie in Deutschland ist das wichtigste Element für die Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie, einer richtigen strategischen Orientierung und Taktik unserer Partei. Wir müssen die konkrete Situation in unserem Lande kennen und nüchtern einschätzen, nicht auf Grund unserer Wünsche, sondern auf Grund dessen, was in Wirklichkeit *ist*.

Der VII. Weltkongreß war ein Kongreß der Revidierung der taktischen Grundsätze der Kommunistischen Internationale entsprechend der veränderten Weltlage. Der Kongreß wird eine Wendung in der Arbeit der gesamten kommunistischen Weltbewegung bringen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands braucht diese Wendung außerordentlich dringend, weil ihr die höchsten Aufgaben in der Gewinnung der Massen für den Sturz der faschistischen Diktatur gestellt sind. Wir müssen eine grundlegende Wendung auch in den Methoden der Aus-

arbeitung unserer politischen Linie vornehmen, wozu eine genaue Analyse der konkreten Situation gehört. Wir müssen verstehen, daß wir das bisher nicht richtig vermocht haben. Nur eine nüchterne marxistisch-leninistische Analyse, die das wirkliche Niveau des Klassenbewußtseins der Massen, den Grad ihrer Revolutionierung richtig einschätzt, wird vermögen, uns das Vertrauen der Arbeitermassen in größerem Maße zu verschaffen und damit den notwendigen Erfolg unserer Arbeit zu sichern.

Ansichts der Tatsache, daß wir das bisher nicht in genügendem Maße vermochten, daß es uns nicht gelang, die Arbeiterklasse für die Einheitsfront zu gewinnen, daß es uns nicht gelang, den Sieg des Faschismus zu verhindern, entsteht die Frage, ob wir in der Ausarbeitung und Durchführung unserer politischen Linie in den letzten Jahren vor der Machtübernahme durch Hitler Verfehlungen hatten. Diese Fragestellung hat nicht nur einen historischen Wert, sie steht im Mittelpunkt der Diskussionen der deutschen Arbeiterklasse. Ihre Beantwortung ist für die Bestimmung unserer Politik, unserer Strategie und Taktik im Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur von sehr großer Bedeutung.

b) Warum konnte der Faschismus siegen?

Genosse Dimitroff stellte in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß die Frage: warum konnte der Faschismus in Deutschland siegen? Er sagte:

„War der Sieg des Faschismus in Deutschland unvermeidlich? Nein, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können.“

Aber warum haben die deutschen Arbeiter den Sieg des Faschismus nicht zu verhindern vermocht? Große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter, und zwar die aktivsten

und besten Elemente, versuchen sich eine Erklärung dafür in der Form zu geben, daß die reformistische, arbeitgemeinschaftliche Politik der Sozialdemokratie daran die Schuld trage, daß aber auch die KPD versagt hätte. Diese Gedankengänge fanden auch ihren Niederschlag in der Plattform des „Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten“, die daraus die Schlußfolgerung der Schaffung einer „neuen, sozialistischen Partei“ zogen.

Es erübrigt sich, hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, daß der von uns eingeschlagene Weg, daß unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjetdeutschland gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen demokratischen Weg der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Wege der einzig richtige war. Aber auch das müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, und zwar an Hand der Erfahrungen, die die Arbeiter selbst in dieser Entwicklungsperiode gemacht haben.

Die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD — die proletarische Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats — wird von der Mehrheit der aktiven sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland und von vielen sozialdemokratischen Politikern zugegeben und anerkannt. Sie fangen bereits an zu begreifen, daß der von der SPD seit 1914 eingeschlagene Weg die Arbeiterschaft ins Verderben geführt und dem Faschismus den Weg bereitet hat.

Anders aber ist ihre Stellungnahme zu der von der KPD eingeschlagenen Taktik der Schaffung der Einheitsfront. Sie machen diese Taktik der KPD in den Jahren 1930 bis 1933 dafür verantwortlich, daß es nicht zu Einheitsfrontabkommen mit der Sozialdemokratie gekommen sei, und verweisen dabei auf die von unserer französischen Bruderpartei eingeschlagenen Taktik, die zu dem großen Erfolge

der Schaffung eines Paktes über gemeinsame Aktionen mit der Sozialistischen Partei geführt und damit die Grundlage für die Einheitsfront wie auch für die Gewerkschaftseinheit in Frankreich vorbereitet hat. Aber in diesem Einwand der besten sozialdemokratischen Funktionäre wird der sehr gewichtige Umstand übersehen, daß zu einem Einheitsfrontabkommen mindestens zwei Partner gehören, also die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei. Die Bereitschaft dazu war aber sowohl vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur wie nachher weder bei der sozialdemokratischen Parteiführung noch auch bei der sozialdemokratischen Opposition, dem „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten“, vorhanden.

Es wird aber bei diesem Hinweis auf Frankreich auch noch die sehr wichtige Tatsache übersehen, daß gerade die sehr bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse mit der Aufrichtung der faschistischen Diktatur hat machen müssen, die französische Arbeiterschaft dazu veranlaßten, stürmisch die Herstellung der Einheitsfront zu fordern und die Grundlage dafür in dem Abschluß von Einheitsfrontabkommen zu schaffen. Aber das ist nicht so leicht vor sich gegangen. Es ist fast ein halbes Jahr vergangen, vom 12. Februar bis zum 27. Juli, ehe der Pakt zwischen der Kommunistischen und Sozialistischen Partei abgeschlossen wurde. Unsere Kommunistische Partei hat in diesem halben Jahr wiederholt Einheitsfrontangebote an die Sozialisten gemacht, die von ihnen abgelehnt wurden oder auf die sie mit Ausflüchten antworteten. Aber der Druck der französischen Arbeiterschaft auf die Sozialistische Partei steigerte sich mit jedem Tag, mit der steigenden Frechheit der Banden von de la Rocque, mit jeder Nachricht über den faschistischen Terror und die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft in Deutschland, und unter diesem Druck erklärte sich schließlich die Sozialistische Partei für den Abschluß eines Einheitsfrontabkommens mit der Kommunistischen Partei.

c) Die KPD wollte kämpfen — die SPD lehnte alle Kampfangebote ab

Wie war demgegenüber das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur? Gleich nach den Wahlen zum Preußischen Landtag wandte sich unser Zentralkomitee am 26. April 1932 mit einem Einheitsfrontangebot an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Arbeiter mit der Erklärung:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Auch unsere Berliner Bezirksleitung wandte sich mit einem Angebot zum gemeinsamen Kampf an den Berliner SPD-Vorstand und den ADGB-Ausschuß. Aber diese Angebote wurden zurückgewiesen, ohne daß es uns gelang, die sozialdemokratischen Arbeiter dafür zu gewinnen.

Als am 20. Juli 1932 die Papenregierung die sozialdemokratische Preußenregierung absetzte und die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Landräte und andere Staats- und Gemeindefunktionäre verjagte, wandte sich unser Zentralkomitee erneut direkt an die Zentralvorstände der SPD und des ADGB mit dem Vorschlag, gemeinsam den Generalstreik auszurufen. Der SPD-Vorstand lehnte dieses Angebot mit dem Hinweis auf die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl ab und bezeichnete unsere Generalstreikparole als eine Provokation.

Als am 30. Januar 1933 die Bourgeoisie die faschistische Diktatur aufrichtete, wiederholte unser Zentralkomitee seinen Vorschlag an den SPD- und ADGB-Vorstand auf gemeinsame Ausrufung des Generalstreiks. Wiederum wurde dieser Vorschlag abgelehnt mit dem Hinweis, daß Hitler auf legalem Wege zur Macht gekommen sei und

man abwarten müsse, ob er den Weg der Legalität verlasse.

Nach der faschistischen Provokation der Reichstagsbrandstifter, als der unerhörte Massenterror gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer einsetzte, wandte sich unser Zentralkomitee am 1. März nochmals an den SPD- und ADGB-Vorstand mit dem Vorschlag der gemeinsamen Ausübung des Generalstreiks. Auf diesen Vorschlag gaben die SPD- und ADGB-Führer überhaupt keine Antwort. Sie kapitulierten völlig kampfflos vor der faschistischen Diktatur und gaben ihr sogar am 17. Mai im Reichstage noch die Zustimmung für ihre provokatorische Außenpolitik.

Das sind Tatsachen, die wir im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse und auch der übrigen werktätigen Schichten wachhalten müssen, weil sie ihnen beweisen, daß die Kommunistische Partei bereit war, den Kampf zur Verhinderung der faschistischen Diktatur aufzunehmen, daß aber diese Absicht an dem Verhalten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer scheiterte, die alles unternahm, um die Massen von diesem Kampfe zurückzuhalten.

Die historische Wahrheit ist, daß nicht die KPD, nicht der Kommunismus, nicht der Weg der proletarischen Revolution versagt hat, sondern der Weg der SPD, der Weg ihrer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Weg ihrer Koalitionspolitik.

d) Warum kämpften die Arbeiter nicht?

Wie ist es aber zu erklären, daß wir Kommunisten die Arbeitermassen, vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter, für unseren Weg, für den Weg des Kampfes zur Verhinderung der faschistischen Diktatur nicht zu gewinnen vermochten? Wie ist es zu erklären, daß sie unsere Warnungen vor der Gefahr der faschistischen Dik-

tatur in den Wind schlugen, daß sie in ihrer Mehrheit noch blindlings der Sozialdemokratie folgten, den Kampf ablehnten und damit zur eigenen Niederlage beitrugen und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur ermöglichten?

Bei dieser Fragestellung beginnt unser ernstestes Problem, die Frage unserer Strategie und Taktik in unserem revolutionären Kampfe. Wir haben in den letzten zwei Jahren vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur in der Durchführung der politischen Linie ernste Verfehlungen begangen, teils in strategischer, teils in taktischer Hinsicht, die sich hauptsächlich auf die Einschätzung der Lage und der Klassenkräfte und auf die Bestimmung des Hauptstoffes unseres Kampfes beziehen.

So notwendig es war, daß wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, so hätten wir doch bei einer richtigen marxistischen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie.

e) Der strategische Fehler der KPD

Genosse Dimitroff hat auf dem VII. Kongreß in dem Schlußwort zu seinem Bericht diese Fehler sehr scharf

herausgearbeitet. Ich will deshalb die betreffende Stelle etwas ausführlicher wiedergeben:

„Außerdem haben wir heute eine andere Lage als z. B. in der Epoche der Stabilisierung des Kapitalismus. Damals bestand keine so aktuelle faschistische Gefahr wie heute. Damals hatten die revolutionären Arbeiter in einer Reihe von Ländern die bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie vor sich, auf die sie das Hauptfeuer konzentrierten. In Deutschland kämpften sie gegen die Weimarer Republik nicht deshalb, weil sie eine Republik war, sondern deshalb, weil sie eine *bürgerliche* Republik war, die die revolutionäre Bewegung des Proletariats unterdrückte, besonders in den Jahren 1918—1920, 1923.

Konnten aber die Kommunisten diese Stellung auch dann noch einnehmen, als die faschistische Bewegung ihr Haupt zu erheben begann, als z. B. 1932 in Deutschland die Faschisten Hunderttausende von SA-Leuten gegen die Arbeiterklasse organisierten und bewaffneten? Natürlich nicht. Der Fehler der Kommunisten in einer Reihe von Ländern, und im besonderen in Deutschland, bestand darin, daß sie die eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtigten, sondern fortfuhren, jene Losungen zu wiederholen und auf jenen taktischen Positionen zu verharren, die vor einigen Jahren richtig waren, besonders zur Zeit, als der Kampf um die proletarische Diktatur einen aktuellen Charakter trug und als sich um das Banner der Weimarer Republik, wie das 1918 bis 1920 der Fall war, die ganze deutsche Konterrevolution scharte.“

In diesen Ausführungen des Genossen Dimitroff liegt der Schlüssel zur Erkenntnis der Fehler, die die KPD in den letzten Jahren vor der Machtergreifung durch Hitler beging. Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des

Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.

Wir haben mit unserem Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie zu der Zeit, als die Taktik richtig war, als in den Stabilisierungsjahren die sozialdemokratischen Illusionen der Wirtschaftsdemokratie und des organisierten Kapitalismus die Arbeiterhirne verkleisterten und die Arbeiter vom Kampfe zurückhielten, große Erfolge erzielt. Ohne diese Taktik wäre es nicht zu den entscheidenden Kämpfen an Rhein und Ruhr, in Berlin, an der Wasserkante, in Mitteldeutschland und Sachsen gekommen. Die Bourgeoisie hätte in noch viel rascherem Tempo den Lohnabbau und die Beschneidung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiter durchzuführen vermocht.

Auch unser Kampf gegen die Weimarer Republik, gegen die bürgerliche Demokratie war absolut notwendig und richtig, weil sie nicht nur die „ganze deutsche Konterrevolution“ um sich scharte, sondern weil von ihr aus die schwersten Angriffe gegen die Arbeiterklasse gerichtet wurden. Wir haben mit dieser unserer Taktik gegen die Sozialdemokratie und gegen die Weimarer Republik in dieser Zeit das volle Verständnis großer Teile der deutschen Arbeiterklasse gefunden, wodurch die KPD zu einer Massenpartei wurde.

Aber die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse leistete der Sozialdemokratie Gefolgschaft und setzte ihre Hoffnung auf die bürgerliche Demokratie, auf die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Die faschistische Bewegung schwoll indessen mächtig an und bedrohte alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse. Das hätte uns zur Aenderung der Richtung unseres Hauptstoßes veranlassen müssen. Das Anwachsen der faschistischen Gefahr wurde jedoch von uns unterschätzt.

f) Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr

Ich möchte das an einem Beispiel näher erläutern. Die Faschisten erzielten bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 mit ihren 6,4 Millionen Stimmen gegenüber den 800 000 Stimmen, die sie noch bei den Maiwahlen 1928 erhalten hatten, einen großen Wahlerfolg. Die Faschisten überflügelten uns bei dieser Wahl um fast 2 Millionen Stimmen. Dieser Vormarsch der Faschisten hätte uns ernst genug die faschistische Gefahr aufzeigen und uns veranlassen müssen, in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten vorzunehmen und alle Anstrengungen zu machen, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Kampf gegen den Faschismus zu schaffen.

Statt dessen führte die Partei mit ihrer Beteiligung an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußenregierung im August 1931 eine taktische Maßnahme durch, die die Durchführung dieser Aufgabe bedeutend erschweren mußte. Es lassen sich selbstverständlich sehr viele Umstände anführen, die in der arbeiterfeindlichen Politik der Preußenregierung liegen und diese Stellungnahme der Partei erklären. Erinnerung euch des Verbots der Maidemonstration 1929 in Berlin durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der Erschießung von 33 Arbeitern bei dieser Demonstration, des Verbots des Roten Frontkämpferbundes durch Severing in der gleichen Zeit, der Begünstigung der faschistischen Mordbanden, des Schutzes ihrer SA-Kasernen durch die Preußenregierung.

Die Preußenregierung führte den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die Kommunistische Partei und plante deren Verbot. Aber die Kommunistische Partei hätte sich doch in ihrer strategischen Orientierung nicht davon beeinflussen lassen dürfen, sondern in der Erkenntnis der

faschistischen Gefahr ihren Hauptstoß gegen den Faschismus richten müssen. Wir haben damals, bevor wir uns für die Beteiligung entschieden, einen Brief an die sozialdemokratische Preußenregierung gerichtet, in dem wir an sie vier Forderungen zum Kampf gegen den Faschismus und im Interesse der Arbeiterklasse stellten, von deren Beantwortung durch die Preußenregierung wir unsere Entscheidung der Beteiligung am Volksentscheid abhängig machen wollten. Severing hat kurz und bündig die Forderung abgelehnt und erklärt, daß er sich nicht unter Druck stellen lasse. Hätten wir die vier Forderungen schon längere Zeit zur Grundlage unserer Politik gemacht, dann hätten wir den Arbeitern auch verständlich machen können, warum wir uns nach Ablehnung dieser Forderungen für die Beteiligung am Volksentscheid entschieden haben.

Aber der strategische Fehler kam eben dadurch zustande, daß in der Partei infolge der besonders von Neumann betriebenen sektiererischen Politik eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr bestand. Genosse Dimitroff hat bereits in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß auf diese Fehler hingewiesen und eine Äußerung von Neumann erwähnt, der erklärte:

„Wenn das Dritte Reich Hitlers einmal kommen sollte, dann nur anderthalb Meter unter der Erde, über der Erde aber werden wir eine siegreiche Arbeitermacht haben.“

Der von der Partei gemachte Fehler der Beteiligung am Volksentscheid wirkte sich um so schlimmer aus, als wir nicht verstanden, den sozialdemokratischen Arbeitern unsere Stellungnahme verständlich zu machen, so daß diese nur die Tatsachen sahen, daß wir ebenso wie die Faschisten gegen die Preußenregierung stehen. Es kam noch hinzu, daß wir den Kampf nicht nur gegen die Preußenregierung führten, sondern diesen Kampf schlechthin auch auf

die Sozialdemokratie übertragen und sogar auf die sozialdemokratischen Arbeiter. Ich erinnere nur an die Fehler, die im Anschluß an das Blutbad von Zörgiebel am 1. Mai 1929 dadurch gemacht wurden, daß wir die sozialdemokratischen Arbeiter dafür verantwortlich machten und die sozialdemokratischen Betriebsräte als „kleine Zörgiebels“ bezeichneten. Die Theorie des Genossen Merker, eine Gleichstellung der sozialdemokratischen Arbeiter mit den reaktionären Führern der SPD, hat eine Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf lange Zeit fast unmöglich gemacht. Merker wurde deswegen von der deutschen Parteiarbeit entfernt, aber seine Theorie, die von ihm selbst verurteilt wurde, hat sich noch lange in der Partei ausgewirkt, weil sie eben ihre Wurzel im Sektierertum hatte.

Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr hat noch längere Zeit die Partei daran gehindert, ersten Kurs auf die Schaffung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu nehmen. Zwar hat Genosse Thälmann auf den Tagungen der Partei und in Artikeln auf die Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront hingewiesen. Ich erinnere nur an die Februartagung des Zentralkomitees 1932, wo er unter anderem erklärte:

„Wir sagen, daß die revolutionäre Einheitsfrontpolitik das *Hauptkettenglied* der proletarischen Politik in Deutschland darstellt.“

Aber es fehlte bei dieser Einstellung die Linie auf ein Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen, es überwog mehr der Versuch zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Partei. Vor allem verhinderte aber das in der Partei tief eingewurzelte Sektierertum ein wirklich ernstes Herangehen an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, um die Einheitsfront zustande zu bringen oder wenigstens Verständnis bei ihnen für die Losungen und die Politik der Partei zu erwecken.

In der schon erwähnten Februartagung des Zentralkomitees 1932, zu der auch die verantwortlichen Parteifunktionäre aus dem Reiche geladen waren, wurde von Genossen Thälmann sehr ernst die faschistische Gefahr behandelt. Es kam hinzu, daß es der Partei nicht gelungen war, dem Mitte Dezember 1931 von der Brüningregierung in der 4. Notverordnung erstmalig staatlich angeordneten 12-prozentigen Lohnabbau eine breite Massenmobilisierung und die Auslösung einer Streikbewegung durch ein Herantreten und eine Verständigung mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern entgegenzustellen. Das war ein sehr ernstes Versagen der Partei, das auch von der Kommunistischen Internationale sehr ernst kritisiert wurde.

Ich habe damals in der betreffenden ZK-Sitzung auf Grund dieses Mißerfolges über die faschistische Gefahr folgendes gesagt:

„Wir haben eine Situation, daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen kann, ohne daß die Kommunistische Partei vermochte, auch nur ernste Kämpfe auszulösen. Wir haben eine Situation, bei der es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen. Eine solche Situation kann über die Partei hereinbrechen.“

Genossen, das ist ein Jahr später, im Januar 1933, tatsächlich eingetreten. Aber damals vermochten wir nicht, die Partei zu einer ersten Wendung in ihrer Massenarbeit heranzureißen. Als im Frühjahr 1932 die ersten Versuche zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Organisationen zum gemeinsamen Vorgehen unternommen wurden — ich erinnere nur an das Abkommen unserer Organisationen in Bernau bei Berlin mit dem Vorstand der SPD und dem Ortsausschuß des ADGB zu einer gemeinsamen Abwehr der faschistischen Ueberfälle und einer

gemeinsamen Maidemonstration; an das Angebot unserer Berliner Organisation an den Bezirksvorstand der SPD zu gemeinsamen Demonstrationen; ich erinnere an die Erklärung unserer braunschweigischen Landtagsfraktion auf Unterstützung der Wahl eines sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, um die Wahl eines Faschisten zu verhindern — da wurden in einem Rundschreiben des ZK im Juni 1932 diese Anfänge zur Schaffung der Einheitsfront auf das schärfste verurteilt und als Fehler bei der Durchführung unserer Einheitsfronttaktik bezeichnet.

g) Die Fehler in der Analyse der Lage

Es war einen Monat vor dem 20. Juli 1932, an dem die Reaktion mit dem Staatsstreich in Preußen gegen die Arbeiterklasse vorging. Wenn damals viele Arbeiter und auch viele unserer Genossen diesen Schlag der Reaktion und die damit verbundene Gefahr einer faschistischen Diktatur nicht begriffen, so lag das daran, daß die Partei die bereits eingetretene Veränderung in der Lage und in den Klassenkräften nicht begriff und infolgedessen auch die dringliche Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront nicht sah.

Es gibt drei entscheidende Termine, die uns ganz klar die Auswirkungen unserer Fehler in der Analyse und Taktik zeigen. Das sind der 20. Juli 1932, der 30. Januar 1933 und der 30. Juni 1934. Das waren Tage der großen Messung der Klassenkräfte, Tage, die, wie Marx sagte, Jahrzehnten gleichkommen. In allen drei Fällen zeigte sich, daß die Partei nicht eine richtige Einschätzung der Lage und der auf sie begründeten Perspektive hatte. Das Herannahen dieser Ereignisse wurde den Massen nicht vorausgesagt und die Partei in ihrem Kampfe nicht auf eine Zuspitzung des Kampfes orientiert. Wäre das der Fall gewesen, dann hätte die Partei verstehen müssen, daß ihre

alte taktische Orientierung eine falsche war und daß sie ihre Taktik auf den gemeinsamen Kampf mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegen die faschistische Gefahr hätte umstellen müssen, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen. Das ist aber vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur nicht geschehen.

Aber auch der 30. Juni 1934 zeigte, daß wir aus den mit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur gemachten Erfahrungen wenig gelernt hatten. Wiederum fehlte eine marxistische Analyse der Lage unter der Hitlerdiktatur, ihrer Maßnahmen und der wachsenden Differenzierungen im Lager der Bourgeoisie. Man braucht nur unsere Dokumente und die „Rote Fahne“ in der ersten Zeit der Hitlerdiktatur durchzulesen, um zu erkennen, daß die Partei keine klare Vorstellung über die konkrete Lage hatte.

Das war der Grund, warum auch wir von den Ereignissen des 30. Juni überrascht waren und infolgedessen auch nicht in der Lage waren, die objektiv günstigen Bedingungen, die diese Differenzen im Lager der Bourgeoisie schufen, zur Steigerung der Kampfbewegungen auszunutzen. Wir hatten nicht die Bedeutung der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen verstanden und kannten deshalb auch nicht die in diesen Organisationen vorhandenen Stimmungen.

Wir hatten versäumt, eine wirkliche Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen im Lande zu schaffen. Wir waren über kleine Verbindungen mit ihnen nicht hinausgekommen. Wir hatten im Gegenteil sehr starke sektiererische Tendenzen auch in der Führung der Partei, die der Schaffung der Einheitsfront hinderlich im Wege standen.

Wir brauchen uns nur die gegenwärtigen Ereignisse im Lande vor Augen zu führen und uns die Frage vorzulegen, ob wir eine klare einheitliche Vorstellung von der

Lage im Lande haben. Wir haben eine Reihe von Versuchen, uns diese Vorgänge zu erklären. Aber zu einer wirklichen marxistischen Analyse haben wir es bisher noch nicht gebracht. Wir müssen das auf dieser Parteikonferenz versuchen. Wir müssen klar die Veränderungen der Lage in Deutschland herausarbeiten und verstehen, daß die Zuspitzung der Kämpfe, die Maßnahmen der Hitlerregierung gegen die katholische Bewegung, gegen den Stahlhelm, gegen die Jugend, gegen die „Staatsfeinde“, vor allem gegen die Kommunisten und die Arbeiterklasse, daß die breite Entfaltung der Oppositionsbewegung gegen das faschistische Regime und die wachsende Opposition sogar im Lager der Nazis selbst sich *auf der Grundlage einer beginnenden Aktivisierung der Arbeiterklasse vollziehen*.

Es sind nicht so sehr die einzelnen Widerstandsaktionen in den Betrieben, die das charakterisieren, sondern mehr die Summierung dieser kleinen und kleinsten Aktionen und die anschwellende Flut der Unzufriedenheit in den kleinbürgerlichen Massen, die das zum Ausdruck bringen. Wir sollen das natürlich nicht überschätzen und müssen verstehen, daß gerade von uns, von der Kommunistischen Partei, noch eine sehr große Arbeit zu leisten ist, um diese kleinen Aktionen und die anschwellende Unzufriedenheit zu einem wirklich breiten Angriff auf das faschistische Regime zu gestalten.

Haben wir eine solche Orientierung? Ist unsere Arbeit und unsere Taktik auf die Erfüllung dieser Aufgabe eingestellt? Das sind sehr schwerwiegende Fragen, die wir beantworten müssen.

Ich möchte ein Beispiel aus der allerjüngsten Zeit unserer Parteiarbeit dafür anführen, wie wir in der Orientierung der Partei über die Lage und die weitere Entwicklung Fehler machen oder zumindest nicht genügende Klarheit verbreiten. Ich meine die Resolution des Politbüros zur Lage in Deutschland vom 7. Mai 1935. Diese Resolution sollte eine Ergänzung unserer Januarresolu-

tion sein, die die Bestätigung des Präsidiums des EKKI gefunden hat. Die Januarresolution war das Ergebnis der Aussprache zwischen der Führung der Komintern und den Mitgliedern des Politbüros über die Differenzen in der Führung. In der Resolution des EKKI-Sekretariats vom 19. Januar 1935 werden sehr scharfe Worte gegen die sektiererischen Tendenzen auch in der Führung gebraucht. In der Zwischenzeit waren nur drei Monate vergangen, in denen allerdings die faschistische Regierung unter Ausnutzung der durch die Saar-Abstimmung erzeugten chauvinistischen Welle das Militärdienstgesetz vom 16. März proklamiert hatte. Im Politbüro waren Genossen auf Grund des Berichts eines Genossen aus der Landesleitung Mitte April im Mitteleuropäischen Ländersekretariat und einiger dort gehaltener Ergänzungsreferate der Auffassung, daß sich die Lage seit der Januarresolution grundlegend zu Ungunsten der Arbeiterklasse geändert habe und daß die in der Januarresolution enthaltene Analyse nicht mehr der Lage entspreche.

In der Resolution vom 7. Mai heißt es an der einzigen Stelle, die sich mit der Analyse der Lage in Deutschland beschäftigt, wie folgt:

„Diese Entwicklung erleichterte es dem Faschismus, bestimmte Manöver zu machen, vorübergehend die Differenzen in den eigenen Reihen, im Lager der Bourgeoisie und die Unzufriedenheit auch unter einigen Teilen der Werktätigen abzuschwächen.“

In diesen Zeilen liegt eine völlig unrichtige Einschätzung der damaligen Lage. Es traf eben nicht zu, daß es dem Faschismus gelungen war, die Differenzen im Lager der Bourgeoisie abzuschwächen und die Unzufriedenheit auch nur von Teilen der werktätigen Massen zurückzudrängen. Schließlich machen wir doch keine Analyse für den Tag, sondern für eine größere Zeitspanne, die es uns ermöglicht, die weitere Entwicklung den Arbeitermassen zu sig-

ualisieren, also die Perspektive aufzuzeigen. Die Entwicklung der Lage in den weiteren Monaten hat die Unrichtigkeit dieser Einschätzung der Lage in der Resolution erwiesen. Dabei sollen in keiner Weise die Manöver unterschätzt werden, die der Faschismus zur Täuschung der Massen und ihrer Gewinnung für seine Politik unternimmt und die es uns erschweren, die Oppositionsbewegung zu steigern, größere Widerstandsbewegungen auszulösen. Ich habe die Mairesolution, die die Aufgaben der Partei in dieser Situation richtig aufzeigt, nur in bezug auf die darin enthaltene Bemerkung über die Lage als Beispiel dafür herangezogen, welche Mängel in der Herausarbeitung der Analyse in der Führung der Partei bestanden.

Die Parteikonferenz muß in der von ihr anzunehmenden Resolution eine wirklich den Verhältnissen und der Lage im Lande entsprechende Analyse und Perspektive und, entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses, eine politische Plattform für die konkrete Anwendung dieser Beschlüsse geben.

2. DIE EINHEITSFRONT UND UNSER VERHÄLTNIS ZUR SOZIALDEMOKRATIE

a) *Die Anfänge der Einheitsfrontbewegung in Deutschland*

Der VII. Weltkongreß hat den kommunistischen Parteien die Verwirklichung der Einheitsfront als die nächste zentrale aufgabe gestellt. Der Kongreß forderte, daß die Einheitsfronttaktik in neuer Weise angewendet wird, und stützte sich dabei hauptsächlich auf die Erfahrungen in der Durchführung der Einheitsfronttaktik in Frankreich. In seiner Schlußrede auf dem Kongreß sagte Genosse Dimitroff:

„Der Kongreß hat den festen Beschluß gefaßt, daß die Einheitsfronttaktik *auf neue Art* angewendet werden muß ... Der Kongreß verlangt die völlige Ausmerzung aller Ueberreste des *Sektierertums* aus der Praxis der kommunistischen Bewegung, des Sektierertums, das im gegebenen Augenblick das größte Hemmnis für die Durchführung einer wirklichen bolschewistischen Massenpolitik der kommunistischen Parteien darstellt.“

Wie steht es mit der Einheitsfront in Deutschland? Wir haben einige Anfangserfolge in der Einheitsfrontbewegung, die aber noch sehr primitiv sind, obwohl die Voraussetzungen dafür sehr günstig sind. Es handelt sich meistens nur um Ansätze der Einheitsfrontbewegung, um ein loses Zusammengehen sozialdemokratischer, freige-

werkschaftlicher und kommunistischer Arbeiter. Die Bestrebungen für ein solches Zusammengehen sind angesichts des faschistischen Terrors und der Unternehmerwillkür in den Betrieben ziemlich stark. Dieses Zusammengehen fand vorwiegend seinen Ausdruck in der Hilfeleistung für die politischen Gefangenen und ihre Familien, so in der regelmäßigen Sammlung und Ablieferung bestimmter Summen für die Gefangenen. Auch feste Abkommen zwischen den Organisationen zur regulären Hilfeleistung an die Verhafteten, zur Schaffung von Solidaritätsgruppen wurden getroffen. Es gibt im Lande zweifellos eine große Solidaritätsstimmung, die leider unsere Rote Hilfe bisher nicht zu organisieren und vorwärtszutreiben verstanden hat. Die Rote Hilfe muß ihre sektiererische Abkapselung aufgeben und zu einer breiten Hilfsbewegung für die Gefangenen werden.

Aber nicht nur die Solidaritätsbewegung, sondern auch die Vertrauensrätewahlen haben in den Betrieben eine Förderung dieser Ansätze zur Einheitsfront gebracht. Schwieriger ist es schon mit den Einheitsfrontabkommen von Organisation zu Organisation. Der Hauptmangel bei diesen Abkommen, von denen wir in Deutschland schon einige hatten, liegt darin, daß sie nicht als ein Motor zur Steigerung der Bewegung betrachtet werden und daß wir nicht vermögen, breitere Schichten der Arbeiterschaft in dieses Abkommen hineinzuziehen.

Die wichtigsten Dokumente der Einheitsfront in den letzten Monaten sind das Dortmunder Einheitsfrontabkommen und das Abkommen zwischen dem Berliner Bezirksvorstand der SPD und der Roten Hilfe. Das Dortmunder Einheitsfrontabkommen zeigt schon einen Fortschritt. Die Arbeiter werden aufgefordert, gemeinsam Solidaritätsgruppen in den Betrieben zu schaffen, gemeinsam bei den Vertrauensrätewahlen vorzugehen und gemeinsam die Freien Gewerkschaften wiederaufzubauen. Auch das Berliner Abkommen der Roten Hilfe sieht gemeinsame

Kampfmaßnahmen gegen Terror und Spitzelei, gemeinsame Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors und Maßnahmen zur Aufbringung der Mittel sowie die Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für die Durchführung der Solidaritätsaktionen vor. Es muß natürlich auch bei diesen beiden Abkommen sich erst noch herausstellen, ob sie besser als bisher breitere Kreise der Arbeiterschaft erfassen und für die gestellten Aufgaben mobilisieren werden.

b) Die Einheitsfrontfolge in Frankreich und Oesterreich

Warum haben wir in Deutschland keine ähnlichen Erfolge in der Einheitsfrontbewegung aufzuweisen wie unsere Genossen in Frankreich und Oesterreich? Der Vergleich unserer Einheitsfrontbewegung mit der Bewegung in diesen beiden Ländern ist sehr nützlich, weil wir dadurch die besonderen Bedingungen für unsere Einheitsfrontarbeit in Deutschland und auch die grundlegenden Mängel unserer Taktik besser zu erkennen imstande sind.

In Frankreich bestanden zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei ebenfalls sehr starke Differenzen, wenn sie auch nicht so stark waren wie die zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei in Deutschland. Der Kampf zwischen beiden war jedenfalls sehr heftig. Als aber in Deutschland der Hitlerfaschismus siegte und sich die Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die Arbeiterklasse zeigten, als die Erkenntnis offenkundig wurde, daß der Faschismus nur infolge der Spaltung der Arbeiterklasse siegen konnte, zog die Kommunistische Partei Frankreichs den einzig richtigen Schluß aus diesen Tatsachen, indem sie den sozialdemokratischen Arbeitern erklärte: was auch bisher zwischen uns war, jetzt wollen wir gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die fa-

schistischen Banden von de la Rocque zu kämpfen. Die gewaltigen Demonstrationen des 6. und 8. Februar und der Generalstreik vom 12. Februar 1934 brachten den ersten großen Erfolg dieser Taktik. Wenn auch die Sozialistische Partei Frankreichs sich anfangs noch gegen ein gemeinsames Abkommen mit den Kommunisten sträubte, so wurde sie doch dazu auf Grund der kommunistischen Taktik durch die wachsende Einheitsfrontbewegung gezwungen. Als die Sozialistische Partei mit der Forderung der Schaffung einer Einheitspartei ein Manöver gegen die Einheitsfront unternahm, griff unsere Kommunistische Partei diesen Vorschlag in kühner Weise auf; sie erreichte dadurch eine positive Steigerung der Einheitsfrontbewegung für die Schaffung einer einheitlichen Partei und fand damit die Zustimmung der breitesten Massen der französischen Arbeiterschaft.

Auch unsere österreichische Bruderpartei vollzog nach den Ereignissen des 12. Februar 1934 eine sehr scharfe Wendung zur Einheitsfront und schreckte nicht vor einer sehr scharfen Kritik an ihren bisherigen sektiererischen Fehler zurück. Es gelang der Partei durch ihre aktive Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen gemeinsam mit den Schutzbündlern und durch Aufstellung von den sozialdemokratischen Arbeitern verständlichen Losungen, den Willen zur Einheitsfront in der Arbeiterschaft auszulösen. Als auch hier in Oesterreich von Otto Bauer der Versuch unternommen wurde, mit der Parole „Zurück zu Hainfeld!“, also der Schaffung einer einheitlichen Partei, die Einheitsfront zu durchkreuzen, antwortete unsere Partei mit einer zustimmenden Erklärung zur Schaffung einer revolutionären proletarischen Einheitspartei und schlug dafür als Grundlage eine Plattform von 12 Punkten vor, die für alle Mitglieder der österreichischen Revolutionären Sozialisten annehmbar war. Natürlich hatten die sozialdemokratischen Führer mit ihrer Parole nicht das erreichen wollen und zogen sich schleunigst zurück, denn

sie fürchteten die Vereinigung der Arbeiter auf dieser Plattform, die die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und die Schaffung eines Sowjet-Oesterreich vorsah.

c) Das Sektierertum als Hindernis der Einheitsfronttaktik

Eine der entscheidenden Fragen bei der Schaffung der Einheitsfront ist unser Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und ihren Organisationen, vor allem zu den sozialdemokratischen Arbeitern. Eine besondere Rolle in unserer Stellung zur Einheitsfront spielte immer die Frage der Einheitsfront von unten und der Einheitsfront von oben. Wir haben diese beiden Formen lange Zeit schematisch gegenübergestellt und sie sogar als gegensätzlich betrachtet. Als wir uns von diesem Fehler befreiten, haben wir zwar beide Aufgaben gleichzeitig gestellt, aber sie doch nicht in einen dialektischen Zusammenhang gebracht, sondern mehr als ein gesondertes Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeiter und ein gesondertes Herantreten an die Organisationen praktiziert.

Dabei müssen wir die starken Hemmungen beachten, die in der Partei beim Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen bestanden. Das Herantreten geschah infolgedessen mehr oder weniger in Form einer Werbearbeit für die Kommunistische Partei. Das kommt in dem „Offenen Brief“ an die sozialdemokratischen Arbeiter und auch in dem Aufruf „Zur sozialistischen Freiheitsaktion“ im Juli 1933 zum Ausdruck, wobei wir von den Auffassungen ausgingen, daß die Sozialdemokratie als Organisation zerschlagen sei und nie wieder als Partei aufgebaut werden könnte. Damit befanden wir uns aber völlig im Gegensatz zu den Auffassungen der sozialdemokratischen Arbeiter, die sich nach wie vor mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden fühlten. Unsere

Losung an sie: „Kommt zu uns!“ stellte an sie die Forderung des Bruches mit ihrer Organisation und hatte darum nur verhältnismäßig geringen Erfolg. Gewiß sind zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre zu unserer Partei übergetreten, und in einigen Ortsgruppen und sogar Bezirken bekam dadurch unsere Parteiorganisation ein ganz anderes Gesicht. Sie haben meist sehr gute Arbeit geleistet. Aber eine Einheitsfront war das nicht.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen, wenn wir an sie zur Schaffung der Einheitsfront herantreten, die Ueberzeugung gewinnen, daß wir sie als Angehörige ihrer Partei respektieren und mit ihnen gemeinsam eine gemeinsame Aufgabe erfüllen wollen, eine Kampfaufgabe, die ihnen auch von ihrem Standpunkt aus real erscheint. Es kommt uns dabei zugute, daß in allen Teilen des Reiches sozialdemokratische Gruppen, Reichsbannergruppen, SAJ-Gruppen vorhanden sind, die in ihren politischen Auffassungen sich von denen, die der sozialdemokratische Parteivorstand vertritt, weit entfernt haben, die in Opposition zu der Politik des Parteivorstandes stehen und dessen Lösungen des Abwartens und der Bekämpfung der Kommunisten ablehnen. Aber auch ihnen gegenüber dürfen wir uns nicht einer falschen Einschätzung der Sozialdemokratie und ihrer gegenwärtigen Rolle schuldig machen, weil wir sonst von ihnen nicht ernst genommen werden oder diese Schichten sogar von uns abstoßen.

d) *Die veränderte Lage und Rolle der Sozialdemokratie*

Eines der wichtigsten Hindernisse für das Zustandekommen einer Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen war das starre Festhalten an der Kennzeichnung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Wenn es noch unter der Hitlerdiktatur, in

der Entschließung des Zentralkomitees zur Lage und den nächsten Aufgaben vom Mai 1933, folgendermaßen heißt :

„Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen“,

so war eine solche Kennzeichnung natürlich nicht dazu geeignet, uns den Sozialdemokraten näher zu bringen, die zwar schon in Opposition zu der Politik des Parteivorstandes standen, aber nicht den völligen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen hatten.

Besonders war es unsere Einstellung zu den Linken in der Sozialdemokratie, die uns die Schaffung der Einheitsfront außerordentlich erschwerte. Sehr richtig wird auf die Notwendigkeit der Differenzierung innerhalb der Sozialdemokratie in der vom VII. Weltkongreß zum Referat des Genossen Dimitroff angenommenen Resolution hingewiesen, wo es heißt:

„Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken, müssen sie die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei eintreten.“

Wir haben uns leider in unserer taktischen Orientierung nicht entsprechend einer solchen Direktive verhalten, sondern das Gegenteil getan, indem wir die linken sozialdemokratischen Führer als die gefährlichsten Gegner

hinstellten. In der erwähnten Resolution des Zentralkomitees vom Mai 1933 heißt es:

„Der Einfluß dieser ‚linken‘ maskierten Führer ist desto gefährlicher, weil sie durch die Verfolgung des Faschismus sich eine Märtyrer-Popularität zu verschaffen suchen.“

Weiter heißt es in der Resolution, daß Spitzenangebote zu gemeinsamen Aktionen bei bestimmten Situationen zwar notwendig sind, daß es aber die Aufgabe dieser Angebote sei, „die Sabotage jeder antifaschistischen Aktion durch die sozialfaschistische Führung vor den Augen der breiten Arbeiterschaft klarzustellen“. Es ist klar, daß wir mit einer solchen Taktik nicht die Einheitsfront herzustellen vermochten, sondern im Gegenteil dem Prager SPD-Vorstand halfen, seinen Einfluß auf die sozialdemokratischen Gruppen auch organisatorisch wieder zu festigen.

Besonders schwere Fehler beging unsere Redaktion der „Roten Fahne“, die einen völlig sektiererischen Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie einnahm und nicht verstand, die oppositionellen Stimmungen und Anschauungen der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre zur Herstellung der Einheitsfront mit ihnen zu verwerten. Statt zu erkennen, daß Aufhäuser und andere Wortführer der Opposition diese Stimmungen der Arbeiter im Lande zum Ausdruck brachten, schrieb die „Rote Fahne“:

„Ob Wels oder Miles, Aufhäuser oder Neuendorf, ihre ganze Kunst in der Herannahung der revolutionären Entscheidung wird darin bestehen, die Arbeiter daran zu hindern, ganze, d. h. bolschewistische Arbeit zu machen.“

In dieser sektiererischen Einstellung trat auch mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 keine Änderung ein, so daß es dem SPD-Vorstand tatsächlich gelang, sich wieder

eine organisatorische Basis im Lande zu schaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand eine Verbindung zwischen dem Parteivorstand und den Organisationen im Lande nur in ganz geringem Maße, und erst nach dem 30. Juni wurde sie wieder enger und regelmäßiger.

e) Die Versuche zur Ueberwindung des Sektierertums

Diese falsche Politik der Führung der Partei, die es der Partei immer mehr erschwerte, den Kontakt mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu finden, veranlaßte die Komintern, energisch eine Abänderung dieser Politik und eine ernste taktische Wendung in der Linie der Partei zu fordern.

In der 1.-August-Resolution des Politbüros werden die Aufgaben zur Schaffung der Einheitsfront, der Gewerkschaftseinheit, der Volksfront gestellt und eine Wendung zur Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern angekündigt. Es sind in dieser Resolution noch nicht alle Fragen so klar herausgearbeitet, wie wir sie heute sehen, doch war mit dieser Resolution die taktische Wendung zur Einheitsfront aufgezeigt.

Aber wie wurde diese Linie vom Polbüro durchgeführt? Anstatt das Einheitsfrontabkommen unserer Frankfurter Parteiorganisation mit der sozialdemokratischen Bezirksorganisation breit zu publizieren und es als Beispiel zur Nachahmung hinzustellen, wurde dieses Abkommen wegen angeblicher opportunistischer Mängel kritisiert. Auch in der Herstellung der Einheitsfront im Saargebiet zur Durchführung der Kampagne für den status quo waren anfänglich starke Hemmungen vorhanden. Noch schlimmer war es aber, daß gerade in dieser Zeit von Mitgliedern der Parteiführung in unserer Presse ein Kampf gegen die linken Sozialdemokraten eröffnet wurde, mit dem praktisch die August-Beschlüsse sabotiert wurden.

Die im September 1934 von dem „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ publizierte Plattform und ein Artikel von Aufhäuser in der „Weltbühne“, in denen Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Diskussion über die Schaffung der Einheitsfront und für ein praktisches Herantreten an die Linken gegeben waren, wurden nicht nach dieser Richtung hin ausgenutzt, sondern im Gegenteil zum Anlaß einer Kampagne gegen die Linken genommen. Die „Rote Fahne“ schrieb unter dem Titel „Prag ruft Aufhäuser zu Hilfe“ folgendes:

„Worauf laufen also Aufhäusers Absichten hinaus?

1. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Massen in einer Partei, in der KPD, zu verhindern.
2. Den Prager Parteivorstand im Wiederaufbau der Sozialdemokratie zu unterstützen und der einzig revolutionären Plattform des Marxismus-Leninismus eine ‚neue‘ andere gegenüberzustellen.
3. Die unten in den Massen sich anbahnende Aktionseinheit zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Arbeitern durch ein Spitzenmanöver des Prager Parteivorstandes zu torpedieren. Es liegt im Interesse der proletarischen Aktionseinheit zum Sturze der Hitlerdiktatur, solche ‚linke‘ Manöver, wie sie Aufhäuser macht, schnell und sachlich zu durchkreuzen.“

Zu der Plattform des „Arbeitskreises“ schrieb die „Rote Fahne“ in einem an eine sozialdemokratische Arbeitergruppe gerichteten Brief des Zentralkomitees folgendes:

„Was ist das für eine Plattform? Das ist die Plattform der bürgerlichen Demokratie, der Koalition mit der Bourgeoisie, der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer Bindung an den kapitalistischen Staat.“

Und dazu wurde den sozialdemokratischen Arbeitern mit großer Ueberlegenheit gesagt:

„Wir sind überzeugt, daß ihr euch recht bald als gleichberechtigte Mitglieder mit uns in unserer Partei auf einer höheren politischen Stufe der Organisiertheit vereinigen werdet.“

Ich will es mit diesen Zitaten genug sein lassen. Es wurde noch Ähnliches mehr geschrieben. Es war ganz klar, daß eine solche Stellungnahme in dem Zentralorgan der Partei in schärfstem Gegensatz zu der in der August-Resolution angekündigten Wendung unserer taktischen Linie zur Einheitsfront stand und geeignet war, die Kluft zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und der Kommunistischen Partei zu vergrößern.

Der Fehler der Argumentation lag darin, daß nicht zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Sozialdemokratie differenziert wurde. Es war doch damals schon absolut erkennbar, daß sich ein starker Differenzierungsprozeß auch in den Spitzen der Sozialdemokratie vollzog. Ein Teil der Funktionäre fing an zu begreifen, daß mit der Politik, die der Parteivorstand auch nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur weiter verfolgte, der Politik des Abwartens und der Spekulation auf eine neue Koalition mit der Bourgeoisie, der Arbeiterschaft nicht geholfen wurde und die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr bei der Partei zu halten waren. Sie sahen, daß sich auch im Lande eine ganz offene Opposition gegen diese Politik entwickelte.

Wie weit nun dieser Teil der Funktionäre es ehrlich meinte oder nicht, war nicht das Entscheidende, entscheidend war die Tatsache, daß sie unter dem Druck der wachsenden Opposition gegen die Parteivorstandspolitik genötigt waren, sich von dieser Politik abzugrenzen. Selbstverständlich würden damit diese Funktionäre noch nicht aktive Freunde der Einheitsfront, sondern unter-

lagen großen Schwankungen, die besonders in ihrer Stellungnahme zu den Kommunisten zum Ausdruck kamen. Wir mußten selbstverständlich die Schwankungen und Halbtheiten, die falschen Auffassungen dieser Funktionäre kritisieren, aber kameradschaftlich, ohne Uebertreibung, ohne die eine oder die andere ihrer Behauptungen aufzuheben, jedenfalls mit der Absicht, sie in die Einheitsfront einzubeziehen. Das haben wir aber nicht getan.

Die Komintern war genötigt, erneut das Polbüro der Partei zu korrigieren. In einer von der Politkommission am 27. Oktober 1934 angenommenen Resolution wird in sehr scharfer Weise gerügt, daß „eine Reihe von verantwortlichen Funktionären der KPD und Mitarbeitern der ‚Roten Fahne‘ der Linie des EKKI eine andere politische Linie entgegengestellt“ hätten. Die veröffentlichten Artikel über die Aufhäuser-Gruppe, die ein „sinnloses Geschimpfe gegen sie und eine Darstellung ihres Vorgehens als einfache Arbeitsteilung mit dem Prager Parteivorstand“ enthalten, wurden als linkssektiererische Abweichungen verurteilt. Ebenso wurde die „sektiererhafte administrative Abwürgung“ der Initiative der Frankfurter Organisation, des ersten ernsthaften Erfolges der KPD auf dem Gebiete der Einheitsfront seit Errichtung der faschistischen Diktatur, verurteilt.

Aber auch diese sehr ernste Korrektur der Komintern an der von der Mehrheit des Polbüros durchgeführten sektiererischen Linie hat nicht dazu beigetragen, daß eine Aenderung herbeigeführt wurde. Wohl wurde in Worten die Berechtigung der Kritik anerkannt, aber gleichzeitig wurde versucht, einzelne Parteibezirke im Lande zu veranlassen, sich mit dieser sektiererischen Linie einverstanden zu erklären und gegen einen Artikel von Walter Stellung zu nehmen, der der von der Komintern geforderten Linie entsprach. Dabei tauchten bereits sehr gefährliche Elemente eines beginnenden Gruppenkampfes in der Partei auf.

Die Komintern hat deshalb Ende Dezember 1934 das gesamte Polbüro zu einer gemeinsamen Beratung aufgefordert. In der Januar-Aussprache wurde erneut diese sektiererische Linie scharf verurteilt, die dazu geführt hat, „daß der günstigste Moment für die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen und für die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften verpaßt wurde“. Es wurde festgestellt, daß „die Mehrheit des Polbüros (Richter und andere) dabei selber zum Sektierertum und linken ‚Doktrinärtum‘ abrutschte“.

In der Resolution des Politsekretariats des EKKI vom 19. Januar 1935, der die vorstehenden Ausführungen entnommen sind, wurde die Partei, das Zentralkomitee der Partei verpflichtet, einen entschlossenen Kampf gegen das Sektierertum und das linke „Doktrinärtum“ zu beginnen und in breitem Maßstab die Taktik der Einheitsfront mit allen sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen zur Organisierung des Kampfes gegen das faschistische Regime auf dem Boden konkreter Tagesforderungen der Arbeitermassen zu entfalten. Dabei sollen auch Vorschläge an den Prager Parteivorstand der SPD unter passenden Bedingungen und in passender Form nicht ausgeschlossen sein. Weiter ist in der Resolution die Verpflichtung zum Kampf um die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften und die Frage der Organisierung einer breiten antifaschistischen Volksfront gestellt.

Es wurde die Einberufung einer Parteikonferenz vereinbart, deren Vorbereitung in den Organisationen in breiter Weise zur Ueberwindung der sektiererischen Fehler ausgenützt werden sollte. Das Polbüro wurde verpflichtet, auf der Grundlage der Direktiven der Resolution des Politsekretariats eine Resolution auszuarbeiten, die den Genossen bekannt ist und die die Bestätigung des EKKI-Präsidiums gefunden hat.

Zweifellos haben uns diese Januar-Beschlüsse in der Verbesserung unserer Einheitsfrontpolitik geholfen. Aber

es wäre übertrieben zu sagen, daß die in der Resolution angekündigte Wendung schon wirklich vollzogen ist. Es hat sehr langer Zeit bedurft, bis die Resolution in die Hände der unteren Einheiten gelangte. Manche haben sie überhaupt nicht bekommen. Es sind auch in der Führung der Partei noch Hemmungen vorhanden, die der Ausdruck der Ueberreste sektiererischer Einstellungen sind. Genosse Dimitroff hat sehr richtig diese Einstellung beurteilt, als er auf dem Kongreß sagte:

„Gibt es denn jetzt, Genossen, noch wenig solche Doktrinäre in unseren Reihen, die in der Einheitsfrontpolitik immer und überall nur Gefahren wittern? Für solche Genossen bildet die ganze Einheitsfront eine einzige Gefahr. Aber diese sektiererische ‚Prinzipienfestigkeit‘ ist nichts anderes als politische Hilflosigkeit vor den Schwierigkeiten der unmittelbaren Leitung des Kampfes der Massen.“

f) Die Fortschritte der Einheitsfrontbewegung

Trotz alledem hat die Einheitsfrontbewegung in der letzten Zeit gewisse Fortschritte gemacht, und auch wir haben es schon etwas besser verstanden, diese Bewegung zu fördern und auch stärker innerhalb der Sozialdemokratie zu differenzieren. Wenn auch die Linken noch immer nicht zum Abschluß offener Einheitsfrontabkommen bereit waren, um nicht deswegen in Konflikt mit dem Prager Parteivorstand zu kommen, macht sich doch bei ihnen, wenigstens ideologisch, eine Linksentwicklung bemerkbar. Das kommt in den von ihnen in der letzten Zeit veröffentlichten Dokumenten und Artikeln, in ihren Bulletins und in dem „R.-S.“-Brief vom September d. J. deutlich zum Ausdruck. Sie haben ihre reservierte Stellung zur Sowjetunion, die sie noch in ihrer Plattform eingenommen haben, korrigiert; sie erklären sich jetzt

vorbehaltslos für die Friedenspolitik der Sowjetunion und anerkennen die sozialistischen Erfolge des Sowjetstaates. Das wichtigste aber ist ihre Stellung zur Einheitsfront, wo sie noch große Hemmungen haben.

Die Gruppe der Revolutionären Sozialisten erklärt sich zwar für die Einheitsfront, aber sie stellt sich dabei als nächstes Ziel „die Revolutionierung der Sozialdemokratie, um sie für die Einheitsfront und die Einheit reif zu machen“. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um „von Macht zu Macht“ mit den Kommunisten verhandeln zu können, also erst die sozialdemokratischen Organisationen mehr zu festigen, um bei den Vereinbarungen mit uns ein größeres Gewicht zu haben.

Sehr viel weiter haben sich bereits solche linken sozialdemokratischen Führer entwickelt, die in den Bezirken Frankfurt, Württemberg, Pfalz, Südbaden sich eindeutig für die Einheitsfront aussprechen, die Verbreitung solcher Materialien des Parteivorstandes und der Miles-Gruppe, die gegen die Einheitsfront sind, ablehnen, obwohl diese Funktionäre sich gegen die Kommunistische Partei aussprechen. Immerhin haben wir doch vermocht, in diesen Gebieten einige beachtenswerte Erfolge in der Schaffung von Einheitsfrontabkommen mit sozialdemokratischen Organisationen zu erzielen.

Gegenüber der von den Linken vertretenen Auffassung von der Notwendigkeit der Schaffung der politischen Einheit der Arbeiterklasse, also der Schaffung einer einheitlichen Partei haben wir zuerst den Fehler gemacht, darauf mit dem Hinweis zu antworten, daß sie nur eine Restaurierung der alten Sozialdemokratie anstreben, statt daß wir selber die Initiative zur Schaffung der Einheitspartei ergriffen.

Die Stellungnahme des VII. Weltkongresses zu dieser Frage veranlaßt uns, jetzt dieses Versäumnis nachzuholen. Es ist in der deutschen Arbeiterklasse ein sehr starker Wille zur Schaffung einer Einheitspartei vorhanden.

den, und wir können der Förderung der Einheitsfront nur auf das beste dienen, wenn wir auch die Initiative zur Schaffung der Einheitspartei ergreifen. Wir haben dafür allerdings eine Reihe von Bedingungen als Voraussetzung zu stellen, die aber solche Bedingungen sind, welche von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter angenommen werden.

Dasselbe betrifft auch die Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit, die wir mit der Forderung des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften anstreben. Wir haben aber noch nicht recht verstanden, diese Forderung im engen Zusammenhang mit der Schaffung der Einheitsfront zu bringen. Immerhin haben wir bereits die „Revolutionären Sozialisten“ genötigt, sich mit dieser Forderung zu beschäftigen. In ihrem Bulletin schreiben sie darüber:

„Die Revolutionären Sozialisten lehnen es auch entschieden ab, eigene gewerkschaftliche Gruppen zu bilden, sondern unterstützen die illegale gewerkschaftliche Arbeit. Wir stellen ihren Trägern soziales und wirtschaftliches Material zur Verfügung, halten uns aber nicht für berufen, Anweisungen zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen zu geben. Eine gleiche Haltung sollte die SOPADE einnehmen, und auch die Kommunisten sollten auf die Gründung gewerkschaftlicher Organisationen, wie z. B. Wiederaufbaukomitees der Freien Gewerkschaften, verzichten und sich der einheitlichen Gewerkschaftsfront zur Verfügung stellen. Es geht um keine Partei, sondern um die Reaktivierung der gesamten Arbeiterklasse.“

Diese Stellungnahme der „Revolutionären Sozialisten“, zu denen auch Aufhäuser gehört, ist sehr typisch. Sie stellen sich immer wieder jeder ernsthaften Fortentwicklung der Einheitsfront und damit auch der Schaffung der Gewerkschaftseinheit in den Weg. Sie wollen natürlich die

* Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Gewerkschaftseinheit, aber nicht auf dem Boden der Einheitsfront, sondern losgelöst vor ihr und im Grunde genommen auf dem Boden der Sozialdemokratie. Uns ist eine Mitteilung zugegangen, wonach eine neue Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften auf Initiative von Schevenels gebildet worden ist, die sich bereit erklärt haben soll, wohl mit der SPD, aber nicht mit der KPD zusammenzuarbeiten.

Unter dem Druck der Aktivisierung der Betriebsarbeiterschaft, die sich auch in dem Willen zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften bemerkbar macht, hat sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand genötigt gesehen, in seinem illegalen Auslandsorgan „Die Sozialistische Aktion“ die Parole für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften auszugeben, aber mit der Forderung, daß sich dieser Aufbau unter der Führung der SPD vollziehen wird.

Wir Kommunisten unterschreiben durchaus die Formulierung, die in dem Dortmunder Einheitsfrontabkommen enthalten ist, das zwischen der Unterbezirksleitung der KPD und der Kreisleitung der SPD abgeschlossen wurde. Es heißt dort:

„Wir als Einheitsfrontkomitee zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften erklären, daß diese Gewerkschaften keine Anhängsel der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei sind noch werden dürfen, daß sie aber auf dem Boden der proletarischen Demokratie die Kräfte der Arbeiterklasse in breitem Maße organisieren zum Kampfe gegen die wirtschaftliche und politische Versklavung der Arbeiter durch den Faschismus in Betrieb und Arbeitsfront, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage.“

Wir Kommunisten sind also dagegen, daß die wieder aufzubauenden Freien Gewerkschaften oder die zu ihrer

den, und wir können der Förderung der Einheitsfront nur auf das beste dienen, wenn wir auch die Initiative zur Schaffung der Einheitspartei ergreifen. Wir haben dafür allerdings eine Reihe von Bedingungen als Voraussetzung zu stellen, die aber solche Bedingungen sind, welche von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter angenommen werden.

Dasselbe betrifft auch die Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit, die wir mit der Forderung des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften anstreben. Wir haben aber noch nicht recht verstanden, diese Forderung im engen Zusammenhang mit der Schaffung der Einheitsfront zu bringen. Immerhin haben wir bereits die „Revolutionären Sozialisten“ genötigt, sich mit dieser Forderung zu beschäftigen. In ihrem Bulletin schreiben sie darüber:

„Die Revolutionären Sozialisten lehnen es auch entschieden ab, eigene gewerkschaftliche Gruppen zu bilden, sondern unterstützen die illegale gewerkschaftliche Arbeit. Wir stellen ihren Trägern soziales und wirtschaftliches Material zur Verfügung, halten uns aber nicht für berufen, Anweisungen zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen zu geben. Eine gleiche Haltung sollte die SOPADE einnehmen, und auch die Kommunisten sollten auf die Gründung gewerkschaftlicher Organisationen, wie z. B. Wiederaufbaukomitees der Freien Gewerkschaften, verzichten und sich der einheitlichen Gewerkschaftsfront zur Verfügung stellen. Es geht um keine Partei, sondern um die Reaktivierung der gesamten Arbeiterklasse.“

Diese Stellungnahme der „Revolutionären Sozialisten“, zu denen auch Aufhäuser gehört, ist sehr typisch. Sie stellen sich immer wieder jeder ernsthaften Fortentwicklung der Einheitsfront und damit auch der Schaffung der Gewerkschaftseinheit in den Weg. Sie wollen natürlich die

* Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Gewerkschaftseinheit, aber nicht auf dem Boden der Einheitsfront, sondern losgelöst vor ihr und im Grunde genommen auf dem Boden der Sozialdemokratie. Uns ist eine Mitteilung zugegangen, wonach eine neue Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften auf Initiative von Schevenels gebildet worden ist, die sich bereit erklärt haben soll, wohl mit der SPD, aber nicht mit der KPD zusammenzuarbeiten.

Unter dem Druck der Aktivisierung der Betriebsarbeiterschaft, die sich auch in dem Willen zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften bemerkbar macht, hat sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand genötigt gesehen, in seinem illegalen Auslandsorgan „Die Sozialistische Aktion“ die Parole für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften auszugeben, aber mit der Forderung, daß sich dieser Aufbau unter der Führung der SPD vollziehen wird.

Wir Kommunisten unterschreiben durchaus die Formulierung, die in dem Dortmunder Einheitsfrontabkommen enthalten ist, das zwischen der Unterbezirksleitung der KPD und der Kreisleitung der SPD abgeschlossen wurde. Es heißt dort:

„Wir als Einheitsfrontkomitee zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften erklären, daß diese Gewerkschaften keine Anhängsel der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei sind noch werden dürfen, daß sie aber auf dem Boden der proletarischen Demokratie die Kräfte der Arbeiterklasse in breitem Maße organisieren zum Kampfe gegen die wirtschaftliche und politische Versklavung der Arbeiter durch den Faschismus in Betrieb und Arbeitsfront, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage.“

Wir Kommunisten sind also dagegen, daß die wieder aufzubauenden Freien Gewerkschaften oder die zu ihrer

Förderung zu schaffenden Einheitsfrontkomitees unter der Führung einer Partei stehen, und dafür, daß sie völlig selbständig die ihnen zustehenden Aufgaben zu lösen haben. Nur so werden sie die breitesten Schichten der Arbeiter erfassen.

g) Die Einheitsfrontangebote an den Vorstand der SPD wurden abgelehnt

Zur Förderung der Einheitsfrontbewegung und der Herbeiführung von Abkommen über gemeinsame Kampfaktionen haben wir uns in der letzten Zeit mehrmals an den Prager Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie gewandt. Das erste Einheitsfrontangebot machten wir allerdings an die Linken in Person von Aufhäuser und Böchel. Das war Anfang November 1934 und betraf die Forderung einer gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der von der Konterrevolution verfolgten spanischen Revolutionäre. Die Linken haben dieses Angebot abgelehnt, vorwiegend mit der Begründung, daß ein solches Zusammengehen mit den Kommunisten dem Prager Parteivorstand den erwünschten Anlaß zu organisatorischen Maßnahmen gegen die Linken bieten würde. Sie waren sogar so ängstlich, daß sie nicht einmal das ihnen persönlich überreichte Dokument in die Hand nehmen wollten und es auch tatsächlich nicht an sich genommen haben.

An den Prager Parteivorstand sind wir erst am 11. Februar 1935 mit dem Angebot zu einem gemeinsamen Aufruf für die Aufstellung von Arbeiterkandidaten zu den Vertrauensrätewahlen herangetreten. Das Angebot, das wir dem Prager Parteivorstand schriftlich übermittelten, ist in der März-Sondernummer der „Roten Fahne“ abgedruckt. Wir machten darin dem Parteivorstand den Vorschlag, gemeinsam mit uns einen Aufruf für die Durchsetzung legal gewählter Belegschaftsvertretungen an die

Arbeiter im Lande zu richten, also einen Aufruf zum Kampf um die Aufstellung von Arbeiterkandidaten zwecks Durchbrechung des faschistischen Führerprinzips im Betriebe. Der Prager Parteivorstand hat dieses Angebot abgelehnt, und auch die Linken brachten in ihren Äußerungen zum Ausdruck, daß sie die Verwirklichung unserer Vorschläge für unreal hielten.

Zum zweitenmal wandten wir uns an den Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie am 1. April 1935 mit der Aufforderung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Militarisierung und gegen die Kriegsvorbereitungen der Hitlerregierung. Wir hatten dabei nicht irgendwelche fest umrissenen Einzelvorschläge gemacht, sondern um einen Meinungsaustausch über ein zweckmäßiges gemeinsames Vorgehen ersucht. Der Prager Parteivorstand wies aber auch dieses Angebot zurück und ließ durchblicken, daß ihn jede Einheitsfrontvereinbarung mit uns in seinem Bestreben, Einfluß auf bürgerliche Schichten zu gewinnen, störe.

Darauf wandte sich mit unserem Einverständnis der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands an den Prager Parteivorstand mit der Aufforderung zu einem gemeinsamen Aufruf für die Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors in Deutschland, wobei darauf hingewiesen wurde, daß sich unter diesen Opfern auch eine große Anzahl Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei befänden und im Lande bereits ein gemeinsames Zusammengehen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter zur Unterstützung dieser Opfer vorhanden sei. Wegen der Stellungnahme zu diesem Angebot soll es im Prager Parteivorstand zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen sein, wozu besonders die Tatsache beitrug, daß in Berlin und in anderen Orten eine große Anzahl freigewerkschaftlicher Funktionäre, die den ADGB-Apparat im Lande bildeten, verhaftet wurden. Mit diesen Verhaftungen wurden auch die Illusionen, die man im Prager

Partei Vorstand über eine indirekte Unterstützung durch die Reichswehrgeneralität hatte, zerschlagen. Aber ein Eingehen auf dieses Einheitsfrontangebot der Roten Hilfe wurde doch vom Partei Vorstand abgelehnt.

In Anbetracht der neuen Terrorwelle und der wachsenden Unzufriedenheit im Lande haben wir uns am 1. Juni erneut an den Prager Partei Vorstand gewandt, und zwar mit dem Angebot zur Bildung eines gemeinsamen Komitees zur Hilfe für die Opfer des Terrors und deren Angehörige, unter Einbeziehung von Katholiken, Intellektuellen und anderen antifaschistischen Kreisen. Dabei bezogen wir uns auf die von dem Büro der II. Internationale und dem Ausschuß des IGB gegen den faschistischen Terror gerichteten Erklärungen. Auch dieses Angebot wurde abgelehnt.

Aber unter dem Einfluß der hervortretenden Einheitsfrontbewegung in Frankreich und vor allen Dingen unter den Auswirkungen der Beschlüsse des VII. Weltkongresses für die Einheits- und Volksfront werden sich unter dem Druck der Stimmungen in den sozialdemokratischen Organisationen im Lande die Differenzen im Partei Vorstand wegen der Zurückweisung der Einheitsfrontangebote verschärfen und wird schließlich auch die Mehrheit dieses Vorstandes genötigt werden, entweder den Einheitsfrontangeboten näherzutreten oder aber es auf eine offene Spaltung im Partei Vorstand ankommen zu lassen.

h) Trotz Ablehnung — neue Angebote an die SPD

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des Prager Partei Vorstandes zu den Beschlüssen des VII. Weltkongresses in der Nummer des „Neuen Vorwärts“ vom 8. September 1935. Abgesehen davon, daß der Prager Partei Vorstand die von uns geübte Selbstkritik zur Rechtfertigung seiner Politik auszunutzen versucht, ist es seine Stellungnahme

zur Einheitsfront, die ich in einem Zitat aus diesem Artikel im „Neuen Vorwärts“ charakterisieren möchte. Es heißt dort:

„Es ist in der Vorstellung der Kommunisten die Einheitsfront zwischen Kutscher und Pferd, wobei der eine Teil den Wagen der Verantwortung zieht und der andere mit der Peitsche der Agitation dazu knallt. So geht es natürlich nicht! Wenn die Selbstkritik des Kominternkongresses mehr sein soll als eine bloße Episode, geboren aus der schwierigen internationalen Lage der Sowjetregierung und dementsprechend beherrscht von den schwankenden Interessen der russischen Staatspolitik, so müssen die Kommunisten aus ihrer Selbstkritik auch die entsprechenden Konsequenzen gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung ziehen und zur Erkenntnis gelangen, daß im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und für die Wiederherstellung der Arbeiterbewegung grundsätzlich neues zu schaffen ist, nicht als Diktat von oben, sondern als Ergebnis einer grundlegenden Wandlung in den Methoden der Massarbeit und der Parteipolitik.“

Und am Schluß dieses Artikels heißt es:

„Unsere Aufgabe muß es sein, durch Aufklärung in den Massen diese beginnende Wandlung vorwärtszutreiben und durch Herstellung der notwendigen geistigen Voraussetzungen die Grundlage zu schaffen für die wirkliche Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung.“

Zu dem von dem Partei Vorstand in diesen Ausführungen gebrauchten Bilde von dem Kutscher und dem Pferd erklären wir, daß wir den Abschluß eines Abkommens oder auch nur das Zusammentreten zu einer Besprechung über gemeinsam zu treffende Maßnahmen nur unter dem Gesichtswinkel der beiderseitigen gleichen Verantwortung betrachten und daß es uns bei diesen Angeboten nicht auf

Agitation, sondern auf den ersten Willen ankommt, das Zustandekommen der Einheitsfront zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern und Organisationen zu fördern.

Wir werden immer wieder an den sozialdemokratischen Parteivorstand mit dem Angebot gemeinsamer Abkommen oder Besprechungen zur Herbeiführung der Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen herantreten. Wir machen der Parteikonferenz auf Grund der zugespitzten Lage im Lande, des gesteigerten faschistischen Terrors, der wachsenden Widerstandsbewegung in den Betrieben, des vom Finanzkapital geplanten neuen Wirtschaftskurses der Lohnsenkungen, weiteren Steuern, des weiteren Abbaus der sozialen Leistungen den Vorschlag, ein Manifest zu beschließen, in dem der Appell an die sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder zur Schaffung der Einheitsfront gegen die Hitlerdiktatur gerichtet wird. Wir werden an den sozialdemokratischen Parteivorstand das formelle Angebot richten, zum Teil unter Zugrundelegung der in seinem Kampfprogramm vom Januar 1934 aufgestellten Forderungen der Sicherung und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, der Wiedereroberung demokratischer Rechte, der Organisationsfreiheit, der Sicherung des Friedens und unter Vereinbarung konkreter Kampfmaßnahmen ein Einheitsfrontabkommen abzuschließen.

Außerdem werden wir den Vorschlag machen, gemeinsam — Kommunisten und Sozialdemokraten — an die Katholiken mit dem Angebot einer Kampfgemeinschaft auf Grund der Kampfkündigungen Hitlers an die Katholiken und der bereits erfolgten Auflösung der katholischen Arbeitervereine im Münsterland heranzutreten. Es wird dabei selbstverständlich sehr viel davon abhängen, ob wir verstehen, im Lande unter den sozialdemokratischen Organisationen und Mitgliedern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront und der Schaffung der

Volksfront auf Grund der Beschlüsse des VII. Weltkongresses so zu vertiefen und diese Beschlüsse so zum Gemeingut der deutschen Arbeiterklasse zu machen, daß auch der sozialdemokratische Parteivorstand nicht mehr unsere Angebote abzulehnen oder einer Antwort auszuweichen vermag.

3. DER KAMPF UM DEN WIEDERAUFBAU DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN

Einen sehr ernsten Teil in unseren Bestrebungen zur Schaffung der Einheitsfront nehmen die Fragen des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften ein, wie wir sie in unserer Augustresolution im Jahre 1934 formulierten.

Da in Deutschland die reformistischen Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen und deren Mitglieder zwangsweise in die „Arbeitsfront“ eingereiht wurden, ist es klar, daß wir die Hauptarbeit zur Popularisierung und zum Kampfe um diese Losung in der „Arbeitsfront“ zu leisten haben. Aber damit sieht es noch sehr schlecht aus, weil sehr starke Hemmungen bei unseren Genossen vorhanden sind, die es unter ihrer revolutionären Würde halten, Funktionen in der „Arbeitsfront“ anzunehmen.

Schon in der legalen Zeit stand es ziemlich schlecht mit unserer Gewerkschaftsarbeit, die sich besonders in den Krisenjahren noch mehr verschlechterte. Es waren die starken sektiererischen Tendenzen in unserer Partei, die dieser Arbeit in den Gewerkschaften entgegenwirkten. Indem wir uns von dieser Arbeit isolierten, isolierten wir uns auch gleichzeitig von der Masse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wir erleichterten dadurch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ihre Politik des Ausweichens vor allen ernsten Kämpfen. Wir haben zwar mit Recht die Brandlerparole „Zwingt die Bonzen“ und ihre Schlußfolgerung bekämpft, daß nichts zu machen sei, wenn von den Gewerkschaftsbürokraten die Kampfforde-

rungen abgelehnt werden. Wir versäumten aber, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Kampfforderungen und für den Kampf zu gewinnen; nur dann hatte es einen Sinn, an die Gewerkschaftsbürokratie mit Forderungen heranzutreten. Aber unsere Genossen wichen diesen Schwierigkeiten meist aus und verzichteten auf einen beharrlichen Kampf innerhalb der Gewerkschaften.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) wurde von unseren Genossen immer mehr in eine Gewerkschaft verwandelt, wodurch unsere Arbeit in den Freien Gewerkschaften noch mehr beengt wurde. So richtig es war, daß wir die von der Gewerkschaftsbürokratie aus den Verbänden ausgeschlossenen Gewerkschaftskollegen zusammenfaßten, um gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern in den Gewerkschaften für die Wiederaufnahme zu kämpfen, so falsch war es, aus diesen Organisationen der Ausgeschlossenen, Rote Verbände zu machen. Wir haben uns damit die Schaffung der Einheitsfront mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern sehr erschwert.

Das mußte sich besonders nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur bemerkbar machen, als diese den Schlag gegen die Freien Gewerkschaften führte. Obwohl wir sofort am 2. Mai 1933 unter der Losung „Verteidigt die Gewerkschaften“ den Kampf gegen die faschistischen Kommissare und gegen die Entrechtung und Zerschlagung der Gewerkschaften aufzunehmen versuchten, gelang es uns nicht, eine breite Bewegung zustandezubringen. Die Erklärung dafür lag in der Tatsache, daß wir auf Grund unserer sektiererischen Politik nicht in den Freien Gewerkschaften verankert waren, keinen Kontakt mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern hatten und deshalb nicht die Einheitsfront mit ihnen herzustellen vermochten.

Als nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur die ersten Versuche zu einer richtigen Gewerkschaftspolitik auftauch-

ten und an die Kommunisten und RGO-Anhänger Aufforderungen zum Eintritt in die Freien Gewerkschaften gerichtet wurden, nahm das Zentralkomitee in einem Beschluß vom Juni 1933 dagegen Stellung. Es heißt in diesem Beschluß:

„Durch zu langes Festhalten, bzw. Nichtabsetzen kurzfristiger Aktionslosungen, die in ihr Gegenteil umschlugen („Rettet die Gewerkschaften“), wurde eine direkte Kampagne gegen den Austritt aus den gleichgeschalteten Organisationen durch die irreführende Losung des ‚antifaschistischen ADGB‘, während Hunderttausende von früheren Gewerkschaftsmitgliedern im Begriff waren, ihre Gewerkschaftsbücher zu zerreißen, wurde das Auftreten liquidatorischer Stimmungen in der RGO begünstigt.“

In einem weiteren Beschluß des Zentralkomitees zur Gewerkschaftsfrage vom August 1933 wird folgende Aufforderung erlassen:

„Es ist jetzt unabweisbare Klassenpflicht aller Arbeiter, die RGO, jede Betriebsgruppe, jeden Roten Verband durch aktive Mitgliedschaft sofort und bedingungslos zu unterstützen und unter Führung der RGO den Kampf gegen die Pläne der Unternehmer und Faschisten an allen Fronten aufzunehmen.“

Mit der von uns herausgegebenen Losung der Schaffung „Unabhängiger Klassengewerkschaften“ setzten wir die alte sektiererische Linie fort, anstatt die RGO-Gruppen und die Roten Verbände in den neu aufgebauten freigewerkschaftlichen Gruppen aufgehen zu lassen. Es war nur zu natürlich, daß es uns mit dieser sektiererischen Linie nicht gelang, auch nur in nennenswertem Maße Gruppen der Unabhängigen Klassengewerkschaften aufzubauen. Wir sind kaum über den Kreis der bisherigen RGO-Mitglieder hinausgekommen.

Die Ursache lag auch darin, daß wir keine Oppositionsarbeit in der „Deutschen Arbeitsfront“ leisteten. Das bestätigte sich auch bei den Vertrauensrätewahlen im Jahre 1934. Die damaligen Erfolge wurden nur dort erzielt, wo unsere Genossen zusammen mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern, die zwangsweise in der „Arbeitsfront“ waren, den Kampf gegen die Unternehmerkandidaten führten und, wenn auch noch zaghaft, versuchten, dabei Positionen zu erringen. Diese Erfolge wären zweifellos noch bedeutend breiter gewesen, wenn eine solche Einstellung allgemein in unserer Partei vorhanden gewesen wäre.

Gegen die Beschlüsse des EKKI-Präsidiums im Juli 1934, in denen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften klar formuliert war, bestanden auch in der Parteiführung sehr starke sektiererische Bedenken. In der „Roten Fahne“ wurde diese Losung anfänglich verschwiegen und dann durch die sektiererische Losung „Erst Aktionseinheit, dann Gewerkschaftseinheit“ ersetzt. Diese Losung hat sich auch im Saarkampf bei den Versuchen zur Schaffung der Gewerkschaftseinheit ziemlich hemmend ausgewirkt.

4. DIE ARBEIT IN DEN FASCHISTISCHEN MASSEORGANISATIONEN

a) Die Arbeit in der „Deutschen Arbeitsfront“

Das Sektierertum machte sich noch in einer anderen Weise bei der Durchführung unserer Forderung des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften bemerkbar; es wurde nicht verstanden, daß dazu die Hauptarbeit in der „Deutschen Arbeitsfront“ geleistet werden muß. Ich möchte dafür ein Beispiel anführen. Noch Mitte November 1934 schrieb der Genosse Starke in der „Ingewpress“ auf Grund der Hitlerverordnung vom 24. Oktober 1934 über „Wesen und Ziele der Arbeitsfront“ einen Artikel, in dem wohl von der allgemeinen politischen Arbeit in der „Arbeitsfront“ gesprochen, aber kein Wort von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit gesagt wurde. Im Gegenteil. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, daß es in der „Arbeitsfront“ unmöglich sei, auch nur in bescheidenem Rahmen die Arbeiterinteressen zu vertreten. Es heißt in dem Artikel:

„Die hitlerische DAF-Verordnung zieht einen gewissen Schlußstrich unter die Entwicklung der ‚Arbeitsfront‘. Jenen DAF- und NSBO-Mitgliedern wie auch -Funktionären, die noch glaubten, die ‚Arbeitsfront‘ würde in bescheidenem Rahmen die Arbeiterinteressen vertreten, werden dadurch weitere Illusionen genommen. Diese Erkenntnis steigert bei den breitesten Arbeitermassen, vor allem bei den Mitgliedern der ‚Arbeits-

front‘, den Drang zur Schaffung gewerkschaftlicher Organisationen aus eigener Kraft.“

Die Schlußfolgerung, die sich aus dieser Einstellung ergibt, richtet sich gegen die gewerkschaftliche Betätigung in der „Arbeitsfront“; denn wenn es in der „Arbeitsfront“ keine Möglichkeit der Vertretung von Arbeiterinteressen auch nur in bescheidenem Rahmen gibt, wie sollen dann die Arbeiter dazu gebracht werden, sich in der „Arbeitsfront“ gewerkschaftlich zu betätigen?

Starke schreibt zwar an anderer Stelle, daß sich die klassenbewußten Arbeiter in der „Arbeitsfront“ zusammenschließen sollen, um den Kampf gegen die Diktatur der braunen Bürokratie zu organisieren, aber damit weist er den Arbeitern in der „Arbeitsfront“ nur eine rein politische Aufgabe zur Entlarvung der faschistischen Führer zu.

Eine solche Auffassung wie die in diesem Artikel war keineswegs vereinzelt; es lag ihr eine bestimmte Linie zugrunde, eine sektiererische Auffassung über unsere Arbeit innerhalb der „Arbeitsfront“. Sie war geeignet, die sektiererischen Stimmungen auf Unterlassung der gewerkschaftlichen Arbeit in der „Arbeitsfront“ zu unterstützen. Diese Auffassung stellt auch die Dinge auf den Kopf. Nicht der Verzicht auf die gewerkschaftliche Betätigung in der „Arbeitsfront“ führt zur Schaffung freigewerkschaftlicher Organisationen, sondern umgekehrt, die gewerkschaftliche Betätigung in der „Arbeitsfront“ ist der Weg zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften.

Die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, die die Arbeit in der „Arbeitsfront“ bietet, ist unerläßlich für den Aufbau der Freien Gewerkschaften. Die „Arbeitsfront“ ist der beste Rahmen für unsere Massenarbeit. Dazu gehört allerdings eine völlige Umstellung in unserer Arbeit. Wir müssen unsere sektiererische Linie rücksichtslos ausmerzen, unseren Blick auf die Millionen von Arbeitern in den

faschistischen Massenorganisationen richten und sie nehmen, wie sie sind, und nicht, wie wir sie wünschen.

b) Das Beispiel des trojanischen Pferdes

Genosse Dimitroff hat uns die Notwendigkeit der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen mit aller Eindringlichkeit eingehämmert. Er gebrauchte dabei das treffende *Beispiel vom trojanischen Pferd*. Aber wie soll das Pferd in das faschistische Troja hineingebracht werden? Wir müssen dazu alle Möglichkeiten ausnutzen, die uns die faschistische Demagogie, welche die Faschisten zum Betrug der Arbeitermassen anwenden, bietet. Ich möchte dafür ein Beispiel geben. Als Ley die Parole des „Kampfes um den gerechten Lohn“ aufstellte, um damit die wachsende Empörung der Betriebsarbeiterschaft gegen die Lohnverschlechterung einzudämmen, wurde in einer unserer Zeitungen unter Anführung eines Zitates von Engels, daß es im Kapitalismus keinen gerechten Lohn gebe, versucht, wissenschaftlich gegen diese Parole zu polemisieren. Anstatt daß wir diese Parole kühn aufgriffen und damit die Diskussionen über den Lohn in den Betrieben legalisierten und in den Mittelpunkt stellten, wurde hier die Aufgabe verschoben und zum Gegenstand einer theoretischen Diskussion gemacht.

Diese Losung von Ley gibt uns die beste Möglichkeit, in jedem Betrieb, in jeder Betriebsversammlung uns auf diese Losung zu berufen, die Frage zu stellen, ob der Lohn etwa in Anbetracht der hohen Dividenden und Gehälter der Direktoren und in Anbetracht der wachsenden Teuerung ein gerechter genannt werden könne, und daran anknüpfend die Forderung auf Erhöhung der Löhne zu stellen. Wenn wir so die legalen Möglichkeiten ausnutzen, die faschistische Demagogie als Basis für unseren Kampf in den Betrieben nehmen, dann heißt das in der Tat das tro-

janische Pferd in das faschistische Troja bringen. Wir müssen den Faschismus mit den Massen schlagen, die er in die von ihm beherrschten Massenorganisationen hineingezwungen hat. Wir müssen in diesen Organisationen den Kampf für seinen Sturz organisieren.

Und noch ein Beispiel. In der führenden Wirtschaftszeitschrift der NSDAP, der „Deutschen Volkswirtschaft“, wird ein Aufsatz gebracht, in dem die Forderung der Senkung der Preise der Schwerindustrie, der Preise für Brennstoffe, Eisen, Energie und Verkehrstarife gestellt wird, damit der Reallohn erhalten und erhöht werde. Wie sollen wir auf diese Demagogie reagieren? Solche Vorschläge zu einer angeblichen Erhaltung und Erhöhung des Reallohnes wurden auch schon in der Zeit vor Hitler von den Reformisten gemacht. Wir haben uns damals darauf beschränkt, die Demagogie dieser Vorschläge zu entlarven. In einem Flugblatt aus dem Ruhrgebiet 1932, das die Ueberschrift trug: „Kannst Du Eisen auf Dein Brot schmieren?“ nahm die Partei zu dieser Demagogie Stellung und zeigte auf, daß die Senkung der Preise in der Schwerindustrie den Arbeitern nichts bringen werde, daß die ganze Sache nur ein Schwindel sei. Wir sollten jetzt aber anders dazu Stellung nehmen und angesichts der Teuerung die Parole der Preissenkung aufgreifen, allerdings mit der Forderung, sie auch auf andere Produkte, besonders auf die Massenprodukte auszudehnen, und so in den Betrieben die Diskussion über die Notwendigkeit der Erhaltung und Erhöhung des Reallohnes unter Bezugnahme auf diese Stellungnahme in der offiziellen Wirtschaftszeitschrift der Nazis legalisieren.

Auch als der „Völkische Beobachter“ vor kurzem, um die Arbeiter zu beruhigen, einen demagogischen Artikel darüber brachte, daß in der nächsten Zeit Lohnerhöhungen bevorstehen, hätten unsere Genossen in den Betrieben den Artikel ausschneiden und im Betrieb ankleben sollen, um damit die Lohndiskussion im Betrieb zu legali-

sieren. Der „Betriebsführer“ kann doch unmöglich den Arbeitern verbieten, über einen Artikel des „Völkischen Beobachter“ zu diskutieren. Natürlich muß das von unseren Genossen geschickt angefangen werden. Es bieten sich sicher noch eine Reihe von anderen Gelegenheiten, Diskussionen und Bewegung in die Betriebe zu bringen.

c) Die Aenderung unserer Agitation und Sprache

Wir müssen verstehen, mit den Massen heute in der Sprache zu reden, die dieser Situation entspricht. Die Massen von heute sind anders als die Massen in der legalen Zeit. Millionen von Menschen sind in den letzten Jahren in das politische Leben hineingezogen worden, der Nationalsozialismus packte sie mit seiner nationalistischen und antikapitalistischen Demagogie. Sie wurden von ihm mit neuen Vorstellungen und mit neuen Schlagworten beeinflusst. Wollen wir den Kontakt mit den Massen, so müssen wir diese neue Sprache sprechen, an diese neuen Vorstellungen und Schlagworte anknüpfen, die uns die Möglichkeit zu Diskussionen bieten und die diese Diskussionen legalisieren. Aber gerade das wird von uns noch sehr wenig verstanden.

Die Bewegungen in der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Naziarbeiter beginnen, in ihnen eine aktive Rolle zu spielen. Wir müssen auch mit diesen Naziarbeitern einen Kontakt gewinnen, mit ihnen in ein gutes Verhältnis zu kommen versuchen. Dazu benötigen wir die genaue Kenntnis der Mentalität des Naziarbeiters. Der Haß, mit dem die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft gegen die NSDAP erfüllt ist, ist ein gesunder Haß. Er darf sich aber nicht gegen die von den Nazis irreführten nationalsozialistischen Arbeiter richten, sondern wir müssen zwischen den braunen Bonzen und den Massen in der nationalsozialistischen Bewegung differenzieren. Gegenüber der Sorge der

unteren Nazifunktionäre und SA-Leute, was später, wenn die werktätigen Massen Hitler gestürzt haben, mit ihnen werden wird, müssen wir offen zum Ausdruck bringen, daß die wahren Schuldigen der Hitlerschen Terror- und Katastrophenpolitik vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden, daß aber die übrigen Funktionäre der Hitlerpartei nicht verfolgt und an ihnen keine Vergeltung wegen der unerhörten Blutopfer, die der Faschismus von den werktätigen Massen gefordert hat, geübt werden wird.

Wir müssen vor allen Dingen auch den Unterschied, der in der Stimmung der Betriebsarbeiterschaft und in der Möglichkeit ihres Kampfes gegenüber der legalen Zeit vor Hitler liegt, erkennen und daraus die Schlußfolgerungen für unsere Arbeit ziehen. Die antikapitalistische Demagogie der Nazis ist nicht ohne Auswirkung auf die Betriebsarbeiterschaft geblieben. Es ist heute in Deutschland eher möglich, eine Betriebsbewegung gegen die hohen Dividenden und Direktorengehälter als für eine Lohnerhöhung zu entfachen. Das war in der legalen Zeit weniger der Fall, obwohl wir auch damals gegen die Gehälter und Tantiemen agitiert haben. Jetzt ist das Neue, daß in dem Protest gegen die hohen Direktorengehälter und Dividenden sich in neuen Formen die Unzufriedenheit der Arbeiter offenbart. Natürlich muß im Zusammenhang mit diesen neuen Formen die Frage des Kampfes um den „gerechten Lohn“, um die Erhöhung der Löhne und Gehälter gestellt werden.

Noch eines ist für unsere Arbeit in der „Arbeitsfront“ von Bedeutung. Wir dürfen nicht zu den Mitgliedern der „Arbeitsfront“ als Außenseiter, sondern müssen zu ihnen vom Standpunkt der unzufriedenen, oppositionellen Mitglieder der „Arbeitsfront“ sprechen, die ihre Beiträge zahlen und durch die „Arbeitsfront“ ihre Interessen wahrnehmen wollen. Auch zu den Vertrauensräten sollen wir als ein Teil von ihnen sprechen, wir sollen fordern, daß ihnen die Möglichkeit zur Vertretung unserer Interessen

und das Recht gegeben wird, die verschiedenen Betriebsabteilungen zu besuchen und andere Rechte aus dem alten Betriebsrätegesetz wahrzunehmen.

Das alles sind Beispiele, wie wir das trojanische Pferd in das faschistische Troja hineinbringen müssen.

d) Die Gewinnung der werktätigen Jugend

Ich möchte im Zusammenhang mit der Notwendigkeit unserer Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen noch auf die Mängel unseres Jugendverbandes auf diesem Gebiet eingehen. Die Jugendfrage und die Arbeit unseres Jugendverbandes wie auch der Kampf der Partei um die werktätige Jugend sollen auf unserer Parteikonferenz noch in einer besonderen Rede etwas eingehender behandelt werden, so daß ich mich nur auf einige Merkmale beschränken will, die aufzeigen, wie auch in unserer Jugendarbeit sehr stark die sektiererischen Tendenzen zutage traten, die sich in dem Widerstand gegen eine organisierte Arbeit in den faschistischen Jugendorganisationen äußerten.

Wir brauchen uns nur des wütenden Kampfes zu erinnern, der in den letzten zwei Monaten gegen die Katholiken von den Nazis geführt wurde und der sich besonders gegen die Organisationen der katholischen Jugend richtete. Die Organisationen der katholischen Jugend sind die größten noch legal existierenden Jugendorganisationen in Deutschland, die sich ihre Unabhängigkeit von den Nazis bewahrt haben. Jetzt wird von den Nazis der Kampf zur Vernichtung dieser Organisationen geführt. Wir haben sehr große Möglichkeiten, uns mit der katholischen Jugend zu verbinden, um gemeinsam mit ihr den Kampf gegen das Naziregime zu führen. Aber wir haben diese Möglichkeiten bisher noch nicht aufgegriffen und stehen eigentlich abseits von diesem Kampf der katholischen Ju-

gend. Es sind starke, sogar moralische Hemmungen vor einem Eintritt in die katholischen Organisationen bei unseren Jugendgenossen vorhanden, die sich durch die Notwendigkeit des Kirchenbesuches, des Betens etc. davon abhalten lassen. Wir müssen aber im Interesse der Verbreiterung unserer Einheitsfront diese Hemmungen überwinden und auch eine gemeinsame Sprache mit der katholischen Jugend finden.

Genosse Kuusinen hat auf dem VII. Weltkongreß sehr kühn die Frage der kommunistischen Arbeit unter den Jugendlichen gestellt, gerade an Hand der Erfahrungen des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. Wir müssen feststellen, daß unser Jugendverband seine große Aufgabe, entscheidende Teile der werktätigen Jugend für den Kommunismus zu gewinnen, nicht gelöst hat, daß er nicht vermocht hat, sich in den Jugendmassen fester zu verankern und sie mit Begeisterung für unsere Kampfziele zu erfüllen.

Wir sollen demgegenüber sehen, daß es der faschistischen Bewegung sehr viel besser gelungen ist, die Jugend in ihren Bann zu ziehen. Wir brauchen uns nur der nationalsozialistischen Demonstrationen in den Jahren 1931 und 1932 zu erinnern, wie in ihren Reihen große Massen der proletarischen Jugend mit Begeisterung marschierten.

Der Aufmarsch der Jugendmassen anlässlich des diesjährigen Naziparteitages, die dort an die Jugend gehaltenen Ansprachen zeigen, wie sich der Faschismus alle erdenkliche Mühe gibt, die Jugend mit seiner Ideologie zu erfüllen, und er geht dabei ziemlich geschickt zu Werke. Er begnügt sich nicht mit der chauvinistischen Verhetzung, er versucht auch, die Jugend durch eine Reihe demagogischer Maßnahmen an sich zu fesseln. Die Erhöhung der Urlaubstage für verschiedene Gruppen der Arbeiterjugend, die Kampagne um das Berufsausbildungs- und Arbeitsschutzgesetz, eine gewisse Umschmeichelung der Jugend, das große Theater in Nürnberg — das alles sind

demagogische Versuche der Faschisten, sich in der Jugend ein festes Bollwerk zu schaffen.

In den letzten drei Jahren haben nicht weniger als zwei Millionen Jugendliche die Schulen verlassen; sie werden von der Hitlerjugend und anderen faschistischen Massenorganisationen im Geiste des Faschismus erzogen. Vor uns steht die große Aufgabe, durch unsere Arbeit in den faschistischen Jugendorganisationen einen engen Kontakt mit der dort organisierten Arbeiterjugend zu schaffen. Wir müssen dabei an die Sprache und die Versprechungen der Faschisten anknüpfen. Wir müssen die Durchführung der in dem Berufsausbildungs- und Arbeitsschutzgesetz enthaltenen Bestimmungen fordern, den Kampf darum organisieren, wir müssen in den Betrieben dagegen auftreten, daß die Jungarbeiter zu niedrigeren Löhnen als die erwachsenen Arbeiter beschäftigt werden, daß sie minderen Rechtes sind, und vor allen Dingen dagegen, daß sie als Kanonenfutter für den kommenden Krieg im Heere gedrillt werden. Die Faschisten werden natürlich versuchen, den militärischen Ausbildungsdienst geschickt der Psyche der Jugend anzupassen, sie mit sportlicher Ausbildung zu beschäftigen und auch sonst versuchen, den militärischen Betrieb durch Veranstaltungen von „Kraft durch Freude“ und andere Ablenkungsmittel erträglich zu machen. Wir werden sehr ernste Anstrengungen machen müssen, um der chauvinistischen Verhetzung und der faschistischen Beeinflussung der Jugend auch im Heere entgegenzuwirken.

Es ergibt sich dabei die ernste Frage, ob der Kommunistische Jugendverband in seiner gegenwärtigen Organisationsform und mit seinen bisherigen Arbeitsmethoden dazu in der Lage sein wird. Er war es bisher nicht, und es wird sehr grundlegender Änderungen bedürfen, um eine breite proletarische Jugendorganisation zu schaffen, die bisherige Abkapselung unseres Jugendverbandes von der werktätigen Jugend zu überwinden und auf dem Bo-

den der breitesten Einheitsfront für die Interessen der werktätigen Jugend zu kämpfen. Wir müssen unbedingt mit der sozialdemokratischen Jugend den engsten Kontakt herstellen, um eine Vereinigung auf der Grundlage des Klassenkampfes herbeizuführen, um dadurch die Kraft für die Auslösung und Steigerung einer breiten antifaschistischen Massenbewegung der jungen Generation zu schaffen.

Aber eins ist vor allem notwendig: die Gewinnung der werktätigen Jugend muß zu einer Aufgabe der gesamten Partei werden. Wir haben auch hier mit einem sehr starken Sektierertum in unserer Partei zu rechnen, einem Sektierertum, das nicht die große Bedeutung dieser Aufgabe für die Partei begreift und gleichgültig allen Beschlüssen und Aufforderungen der Partei zu dieser Aufgabe gegenübersteht. Wir müssen eine gemeinsame sozialistische Freiheitsbewegung der gesamten Jugend schaffen und Formen und Methoden unserer Arbeit finden, um die gesamte antifaschistische Jugend in den Kampf gegen das faschistische Regime einzureihen. Die Erfüllung dieser Aufgabe hängt aber eng zusammen mit der für die gesamte Massenarbeit der Partei notwendigen taktischen Wendung und der Schaffung der Einheitsfront auf neue Art.

5. DIE SCHAFFUNG DER VOLKSFRONT ALS WICHTIGSTE UND NÄCHSTE AUFGABE

a) *Verhältnis zwischen Einheitsfront und Volksfront*

In der Januar-Resolution des EKKI-Präsidiums 1935 wurde das Zentralkomitee angewiesen, die Frage der Wege und Möglichkeiten der Organisierung einer breiten antifaschistischen Volksfront zu erörtern, die nicht nur kommunistische und sozialdemokratische, sondern auch katholische Arbeiter und unzufriedene Elemente der Bauernschaft, des Mittelstandes und der Intellektuellen, also alle diejenigen erfassen soll, die bereit sind, gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen. Es war das eine neue Aufgabe, die der Partei gestellt wurde, obwohl die Einbeziehung des städtischen Mittelstandes und der werktätigen Bauernschaft in die antifaschistische Kampffront eine besondere Aufgabe für die Partei seit dem Auftauchen der faschistischen Gefahr war.

Daß es dem Faschismus gelang, diese Schichten zu seiner Massenbasis zu machen, hat seine Ursachen darin, daß für diese Schichten die Arbeiterklasse infolge ihrer Spaltung und damit der Beschränkung ihrer Kampffähigkeit gegen den Faschismus nicht die selbständige Kraft war, die die städtischen Mittelschichten und die Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen vermocht hätte. Sie wurden deshalb das Opfer der faschistischen Demagogie.

Die Erfahrungen, die unsere französische Bruderpartei

durch die einheitlichen Kampfaktionen mit den Sozialisten und die Förderung der Einheitsfront in der Beeinflussung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen und ihrer Einbeziehung in die antifaschistische Volksfront, wie das bei den großen Massendemonstrationen am 14. Juli 1935 zum Ausdruck kam, gemacht hat, haben auch ihren Niederschlag in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses gefunden, der die Zusammenschweißung der Werktätigen um die Arbeiterklasse in einer breiten Volksfront gegen Kapital und Reaktion, gegen Faschismus und Kriegsgefahr in jedem einzelnen Lande auf dem internationalen Kampfplatz als wichtigste und nächste Aufgabe gestellt hat.

Diese Aufgabe, die Schaffung der antifaschistischen Volksfront und die Schaffung der Einheitsfront im Kampfe gegen die faschistische Diktatur, muß erfüllt werden. Genosse Dimitroff hat sich mit Recht über die Scholastiker lustig gemacht, die die Frage nach der Reihenfolge stellen, in der die Einheits- und Volksfront zu verwirklichen ist. Er hat dabei auf die konkreten Bedingungen in jedem Lande verwiesen und aufgezeigt, daß die Entwicklung der Einheits- und Volksfront ein dialektischer Prozeß ist, daß die proletarische Einheitsfront aber die führende Kraft der Volksfront sein muß.

b) *Ausnutzung der sozialdemagogischen Manöver der Nazis*

Wie ist die Lage in Deutschland, wie sind die Aussichten für die Schaffung der Volksfront? Wie in der Arbeiterklasse, so haben wir auch in den städtischen Mittelschichten und in der werktätigen Bauernschaft große Möglichkeiten, sie in die Kampffront gegen den Faschismus, in die antifaschistische Volksfront einzubeziehen. Gerade diese beiden Schichten sind am meisten vom Faschismus ent-

täuscht worden, weil sie die größten Hoffnungen auf ihn gesetzt und erwartet hatten, daß er sie aus ihrer Not und ihrer Bedrängnis befreien würde. Haben ihnen doch die Faschisten vor ihrer Machtergreifung Versprechungen in sehr großem Umfange gemacht.

Ich will nur eine dieser demagogischen Forderungen der Nationalsozialisten herausgreifen, die „Brechung der Zinsknechtschaft“. Gerade die Handwerker und Bauern, die genötigt sind, Darlehen für ihre Betriebe aufzunehmen, werden durch die Zinsknechtschaft am meisten bedrückt. Warum sollten wir nicht diese Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ in unserer Massenagitation unter diesen Schichten aufgreifen und zu Kämpfern für diese Parole werden? Wir brauchen uns doch nicht daran zu stoßen, daß die Nazis einmal diese Forderung aufgestellt haben, ohne sie je verwirklichen zu wollen. Das gleiche betrifft eine ganze Reihe der sozialen Punkte aus dem Naziprogramm, die wir in unserer Agitation aufgreifen sollten, um damit die werktätigen Massen für den Kampf um diese Punkte zu gewinnen und damit am besten die soziale Demagogie der Nazis zu entlarven. Gleichzeitig müssen wir den Kampf gegen die Faschisten organisieren, die sich selbstverständlich einer Mobilisierung der werktätigen Massen für die von ihnen aus demagogischen Gründen aufgestellten sozialen Punkte widersetzen werden.

Ich möchte für unsere Massenagitation noch auf eine weitere günstige Gelegenheit zur Mobilisierung der Bauern verweisen, und zwar unter Anlehnung an die Blut- und Bodenterminologie (Blubo-Theorie) der Nazi-propaganda. Da wir für die Befriedigung der Bodennot der werktätigen Bauern durch die Enteignung des Großbesitzes sind, so könnten wir in unserer Bauernagitation den Punkt 17 des Naziprogramms herausgreifen, in dem die „Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ und die „Abschaffung des Bodenzinses“ gefordert werden. Warum sollen

wir uns diese günstige Gelegenheit entgehen lassen unter Berufung auf das Naziprogramm unsere Bauernagitation zu betreiben?

c) Der Kampf um die demokratischen Freiheiten

Bei der allgemeinen Unterdrückung, die von den Faschisten gegen jede freiheitliche Bewegung mit aller Rigorosität durchgeführt wird, ist die Schaffung einer Ideologie des Freiheitskampfes und einer Freiheitsbewegung, die auch breite Kreise des Bürgertums erfaßt, dringend notwendig. Der Haß gegen die Willkür der braunen Bonzen, gegen ihre Korruption, gegen ihr gutes Leben, die Empörung über die Rechtlosigkeit, über die Unterdrückung und die faschistische Barbarei, der Wille zur Freiheit, zum Mitbestimmungsrecht des deutschen Menschen im Staat und in der Wirtschaft — das alles muß von uns für die Schaffung dieser Freiheitsideologie ausgewertet werden.

Millionen von Menschen sind heute in Deutschland von dem faschistischen Regime beengt und bedrückt und über die eine oder andere Maßnahme dieses Regimes empört. Alle diese Ströme der Unzufriedenheit müssen in das große Meer des Volkswiderstandes gelenkt werden. So werden wir die wahre antifaschistische Volksfront in Deutschland zum Sturz der faschistischen Diktatur schaffen. Aber eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Sprache, die wir in unserer Agitation und in der Organisierung des Kampfes führen. Sie muß gerade auf diese Freiheitsideologie außerordentlich stark eingestellt werden, damit wir wirklich das Verständnis und den Kontakt des werktätigen Volkes finden.

d) Die Unterstützung des Kampfes der katholischen Massen gegen die faschistische Diktatur

Von großer Bedeutung für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist der Kampf, der gegenwärtig von

den Nazis mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Katholiken als eine Art von Kulturkampf geführt wird. Im Regierungsbezirk Münster wurden sofort im Anschluß an den Naziparteitag in Nürnberg alle katholischen Arbeitervereine wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ von der Gestapo verboten. Es ist das der Kampf, der auch gegen die katholischen Jugendorganisationen geführt wird und der eine völlige Zerschlagung der katholischen Organisationen zum Ziele hat. Es werden davon mindestens fünf Millionen Menschen betroffen, die um die Existenz ihrer Organisationen kämpfen. Da 30 Prozent der deutschen Bevölkerung katholisch sind, werden weit über diese fünf Millionen hinaus breite Kreise von diesem Kampfe berührt.

Wir müssen den Katholiken in ihrem gerechten Kampf gegen die faschistische Diktatur reale Hilfe leisten und uns mit ihnen in diesem Kampfe verbünden. Das wird uns die größten Möglichkeiten in der Schaffung der Volksfront geben.

Haben wir nun in unserer bisherigen Massenagitation eine solche Linie gegenüber den katholischen Organisationen verfolgt? Niemand wird das behaupten wollen; im Gegenteil, wir haben auch hier ein sehr starkes Sektierertum und bedürfen einer sehr ernsten radikalen Wendung auf diesem Gebiet. Wir dürfen keine Angst vor einer solchen Massenbewegung haben, auch wenn sie gegenwärtig von Losungen getragen wird, die noch nicht die unsrigen sind. Ich möchte als Beispiel, wie notwendig eine Wendung in dieser Arbeit für die Partei ist, auf einen Artikel in der „Internationale“ vom Herbst 1934 verweisen, zu einer Zeit also, als die katholische Opposition schon breite Formen angenommen hatte. Es heißt dort:

„In manchen Teilen des Landes sind wir im Bewußtsein der Massen die Verbündeten der katholischen Opposition gegen das Regime, anstatt daß wir als die Führung der gesamten werktätigen Opposition gegen das

Hitlerregime anerkannt werden. In diesen Gebieten bedarf es noch einer besonderen Arbeit, denn die irreführten katholischen Werktätigen könnten mit den vom Prager Vorstand beeinflussten Sozialdemokraten zusammen bei einer Formveränderung der faschistischen Diktatur (z. B. nach der Seite der Monarchie hin) eine neue Massenbasis für eine veränderte Kapitalsdiktatur darstellen, wenn wir dies nicht heute schon durch unsere ideologische Arbeit und durch die Organisierung der Massenkämpfe verhindern, wenn wir nicht zum Hegemon des antifaschistischen Kampfes im ganzen Lande werden.“

Es wird also die Forderung der Anerkennung der Partei als Hegemon, als Führerin des antifaschistischen Kampfes gestellt. Zum Hegemon des antifaschistischen Kampfes werden wir Kommunisten aber nur dann werden, wenn wir es verstehen, uns kühn in alle Bewegungen gegen die faschistische Diktatur einzuschalten und, von den Interessen der werktätigen Massen ausgehend, die breite Kampffront zu organisieren. Von diesen Massen aber fordern, daß sie uns als ihre Führung anerkennen, heißt von vornherein das Zustandekommen der Einheits- und Volksfront in Frage stellen.

e) Die Lage der Bauern und des städtischen Mittelstandes und ihre Gewinnung für die Volksfront

Von sehr großer Bedeutung für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist die Gewinnung der werktätigen Bauernschaft. Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte im Dorfe. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehen-

den Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind. Immerhin hatten wir doch gewisse Erfolge in unserer Bauernagitation, was sich zum Teil auch bei den Parlamentswahlen im Dorfe bemerkbar machte.

Genosse Ernst Thälmann hat besonders gelegentlich der Wahlagitation wiederholt sehr gute Versuche unternommen, einen engeren Kontakt der Partei mit der Bauernschaft herzustellen. Ich erinnere nur an seine Verbindungen mit den Eifelbauern, an seine Bauernagitation im Herbst 1931 in Oldenburg und Ostfriesland, wo er das erste Bauernhilfsprogramm proklamierte. Der Erfolg dieser Agitation war, daß eine Gruppe norddeutscher Bauernführer, die früher mit den Faschisten verbunden waren, sich der Kommunistischen Partei zuwandten. Aber die Partei hat doch nicht verstanden, die Erläuterung dieses Bauernhilfsprogramms richtig in Angriff zu nehmen und damit dem wachsenden Einfluß der Faschisten auf dem Lande entgegenzutreten.

Unter der Hitlerdiktatur verloren wir fast alle Verbindungen mit dem Dorfe, wo der Faschismus seine volle Herrschaft aufrichtete. Erst allmählich ist es wieder gelungen, zum Dorfe die Verbindungen herzustellen, was durch den Stimmungsumschwung im Dorfe wesentlich begünstigt wurde. Die Lage der werktätigen Bauernschaft hat sich in den 2½ Jahren der faschistischen Herrschaft keineswegs gebessert, sondern merklich verschlechtert, was eine wachsende Enttäuschung und teilweise Erbitterung unter den Klein- und Mittelbauern und den Landarbeitern auslöst.

Von den Faschisten wurden drei große Maßnahmen im Dorfe durchgeführt: 1. die agrarische Marktordnung, 2. das Erbhofgesetz und 3. die Bindung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Diese Maßnahmen waren im

wesentlichen diktiert von den Interessen der imperialistischen Rüstungspolitik und von den ökonomischen Interessen der Großagrarien und Großbauern.

Die agrarische Marktordnung enthielt die Zwangsablieferungspflicht, das Verbot des Selbstmarktes und damit die Unterbindung jedes freien Verkaufs der selbständigen Erzeuger. Da die staatlich festgesetzten Preise erheblich unter den Preisen liegen, die auf dem freien Markt von den Bauern erzielt werden können, ist es klar, daß die Bauern sehr unzufrieden mit dieser Regelung sind und die Vorschriften in jeder Weise zu umgehen versuchen, was andererseits zu Zusammenstößen mit den faschistischen Amtspersonen führt.

Die Einführung des Erbhofgesetzes bedeutete die Heraushebung einer privilegierten Schicht wohlhabender Bauern als Massenstütze des Faschismus im Dorfe. Von den rund 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe sind etwa 650 000 Betriebe mit ungefähr der Hälfte des landwirtschaftlich benutzten Bodens Erbhöfe. Den Erbhofbauern sind gewisse Sonderrechte eingeräumt. Sie erhalten staatliche Subventionen und Steuererleichterungen, während die übrigen Bauern wachsender Not ausgesetzt sind. Der durch das Erbhofgesetz aus dem Grundstücksverkauf herausgenommene Bodenbesitz hat den für den freien Markt verfügbaren Boden außerordentlich vermindert, was zu einem unerhörten Bodenwucher und zu einer Steigerung der Bodenpreise geführt hat.

Das alles sind Maßnahmen, die die Existenz des Bauern im Dorfe immer mehr gefährden. Von der Not des Klein- und Mittelbauern zeugt die wachsende Zahl der Pfändungen landwirtschaftlichen Bodens. Die Zwangsvollstreckungen haben 1934 um 24 Prozent zugenommen. In einzelnen klein- und mittelbäuerlichen Bezirken, wie im Rheinland, Hessen, Pfalz, ist die Zahl der Zwangsvollstreckungen sogar um 300 Prozent gestiegen.

Die Bindung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte,

der Landarbeiter und werktätigen Bauern, durch das Gesetz vom 15. Mai 1934 hat die Freizügigkeit dieser Schichten vollständig aufgehoben. Dazu kommt die massenhafte Verschickung jugendlicher Arbeitsloser als Landhelfer und schulentlassener Proletarierkinder in Form des „Landjahres“ auf die großen Güter, wo sie als fast unbezahlte Zwangsarbeiter den Landarbeitern eine große Konkurrenz bereiten und deren wirtschaftliche Lage bis zur Unerträglichkeit verschlechtern. Die ansässigen Gutsarbeiter werden unter Anwendung fronwirtschaftlicher Ueberreste, insbesondere durch die Wiedereinführung der Arbeitspacht, auf das schlimmste ausgebeutet.

Wenn es auch bisher zu elementaren Ausbrüchen der Massenerbitterung im Dorfe nur in vereinzelt Ausnahmen gekommen ist, so wächst doch diese Erbitterung im Dorfe von Tag zu Tag. In vielen Teilen des Reiches machte sich diese angehäuften Mißstimmung der werktätigen Dorfbevölkerung auf dem Gebiete des Kirchenkampfes Luft. In Bayern, Württemberg, Pfalz, Ostpreußen, Rheinland und Brandenburg kam es zu größeren Massenprotesten und Widerstandsaktionen, die auch zu gelegentlichen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht führten.

Die Bauernschaft ist gegen die Zwangsablieferung, gegen die Zinsknechtschaft, gegen die braunen Bonzen. Es ist unsere Aufgabe, diese wachsende Unzufriedenheit für die Schaffung der Volksfront im Dorfe auszunutzen. Wir müssen die Forderungen der Bauernschaft formulieren und ihren Protest in die Bahn organisierter Kämpfe lenken. Unsere bisherigen Versuche, unter der Hitlerdiktatur an die werktätigen Bauern heranzukommen, waren noch von wenig Erfolg. Unsere Agitation war viel zu allgemein, als daß wir damit das Vertrauen der Bauern hätten gewinnen können. In dem von uns im Herbst 1934 herausgegebenen Brief „An die werktätigen Bauern Deutschlands“ sind nicht nur einige grundsätzliche tak-

tische Fehler (Drohungen an die Mittelbauern) enthalten, das Dokument ist auch viel zu ausgeklügelt, als daß es eine ernste Wirkung in der Bauernschaft auslösen könnte.

Wo überhaupt Bewegungen auf dem Lande ausgelöst wurden, wie z. B. beim Milchlieferungsstreik in Sachsen 1934, geschah das mehr auf dem Boden der von den Faschisten geleiteten Bauernorganisationen, ohne daß wir als Partei dabei genügend in Erscheinung traten. Jedenfalls stellt uns die wachsende Mißstimmung im Dorfe vor die sehr ernste Aufgabe, die engste Verbindung mit den werktätigen Bauern und organisatorische Stützpunkte für unsere Agitation im Dorfe zu schaffen. Wir werden bei der Konkretisierung der vom VII. Weltkongreß gestellten Aufgaben besonders auf diese Aufgabe im Dorfe sehr eingehend Bezug nehmen müssen.

Die Lage des städtischen Kleinbürgertums ist beinahe noch schlechter als die der werktätigen Bauernschaft. Auch hier ist eine große Enttäuschung über das faschistische Regime vorhanden. Von all den Versprechungen, die die Faschisten ihnen vor der Machtübernahme machten, haben sie überhaupt nichts gehalten. Nicht einmal solche staatlichen Maßnahmen, wie sie die Hitlerdiktatur für das Dorf traf, wurden für den städtischen Mittelstand ergriffen. Die soziale Demagogie der Faschisten hat am schnellsten an der wachsenden Not des städtischen Kleinbürgertums Schiffbruch erlitten. Wenn wir auch dem städtischen Kleinbürgertum bei unserer Agitation viel näher stehen, als das im Dorfe bei den Bauern der Fall ist, so ist es uns doch ebensowenig gelungen, stärkere Verbindungen mit diesen Schichten aufzunehmen.

Wir haben zwar in unserer Januar-Resolution in dem Kapitel über die Schaffung der Volksfront auch für das städtische Kleinbürgertum und die Intelligenz eine Reihe von Forderungen aufgenommen. Aber das will wenig bedeuten, wenn wir nicht verstehen, eine der Psychologie des städtischen Kleinbürgers angepaßte Agitation zu trei-

ben und an ihn mit den Fragen heranzutreten, die ihn besonders beschäftigten, und wenn wir nicht in den Massenorganisationen dieser Schichten arbeiten. Da der städtische Mittelstand, die bürgerliche Intelligenz, wie auch die Bauernschaft die soziale Basis der faschistischen Diktatur bilden, ist es klar, daß wir bei der wachsenden Empörung dieser Schichten, die die Massenbasis des Faschismus äußerst gefährdet, unsere Agitation in diesen Schichten außerordentlich steigern, in ihren Organisationen arbeiten müssen, um dadurch die Einbeziehung dieser Schichten in die antifaschistische Volksfront zu beschleunigen.

f) Der Kampf um die Erhaltung des Friedens

Die Notwendigkeit der Gewinnung dieser Schichten ergibt sich besonders aus der Kriegsgefahr, die durch die Rüstungspolitik und die provokatorische Außenpolitik des Hitlerfaschismus sehr akut geworden ist. Die werktätigen Massen wollen nicht den Krieg. Die ungeheuren Kriegsrüstungen in Deutschland und die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht erfüllen sie mit großer Sorge um die Erhaltung des Friedens. Es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir in den Mittelpunkt der Schaffung der Volksfront der großen deutschen Freiheitsbewegung den Kampf um die Erhaltung des Friedens und gegen den imperialistischen Krieg stellen.

In Deutschland steht es mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens etwas anders als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern. Das Versailler Diktat hat den werktätigen Massen in Deutschland große Lasten auferlegt, und die Bourgeoisie versuchte alle Schwierigkeiten der Nachkriegszeit auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages zurückzuführen. Auch die faschistische Bewegung ist zu einem großen Teile unter Ausnutzung der Stimmungen gegen das Versailler Diktat zur Macht

gelangt. Wir Kommunisten hatten demgegenüber große Versäumnisse in diesem Kampf und verstanden es nicht, das nationale Gefühl der Massen bei unserer Agitation zu berücksichtigen.

Genosse Dimitroff hatte durchaus recht mit seinen Ausführungen auf dem VII. Kongreß, wenn er sagte:

„Unsere Genossen in Deutschland haben lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend in Rechnung gestellt, sie haben sich zu den Schwankungen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums geringschätzig verhalten, haben sich mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung verspätet, und als sie es aufstellten, da verstanden sie nicht, es entsprechend den konkreten Bedürfnissen und dem Niveau der Massen anzuwenden, verstanden sie nicht einmal, es unter den Massen großzügig zu popularisieren.“

Das ist durchaus richtig. Die Faschisten versuchen, mit Hilfe des Chauvinismus unter Ausnutzung des verletzten Nationalgefühls auch in solche Kreise einzudringen, die sonst dem Faschismus ablehnend gegenüberstehen. Der Chauvinismus ist eine scharfe Waffe in den Händen der Faschisten.

Die Reden, die Hitler, Goebbels, Frank, Rosenberg wie überhaupt fast alle Redner auf dem Naziparteitag in Nürnberg gegen die Sowjetunion und gegen den Bolschewismus gehalten haben, sind auf die chauvinistische Verhetzung der Volksmassen berechnet. Wir müssen demgegenüber sehr konkret die Frage stellen, wie wir am besten den Chauvinismus bekämpfen können. Dabei müssen wir beachten, daß unsere Argumentation gegen den Chauvinismus in der Arbeiterklasse eine andere sein muß als unter dem Mittelstand, unter den Intellektuellen und unter der Bauernschaft.

In der Arbeiterklasse müssen wir der chauvinistischen Propaganda, die eine Abart der faschistischen Volksgemeinschaftspropaganda ist, die Idee des Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus entgegenstellen, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern aufzeigen und nachweisen, daß nur die Ausbeuter ein Interesse am Kriege und an der Eroberung fremder Länder haben.

In den anderen sozialen Schichten müssen wir zur Bekämpfung der chauvinistischen Propaganda an ihre speziellen Interessen, ihre besonderen Erlebnisse und ihre eigenen Erfahrungen anknüpfen, um von diesem Standpunkt aus ihnen begreiflich zu machen, daß die chauvinistische Hetze nur der Vorbereitung des Krieges dient, und ihnen in diesem Zusammenhang die Folgen eines imperialistischen Krieges für ihre ganze materielle Lage aufzeigen. Auch das muß wieder gesondert nach den einzelnen Schichten geschehen, wenn auch der Krieg sich allgemein auf die gesamten werktätigen Massen in der fürchterlichsten Weise auswirkt. Aber die Mentalität dieser Schichten ist eben sehr unterschiedlich und wir kommen an sie nicht heran, wenn wir bei ihnen Argumente verwenden, die nur von Arbeitern verstanden werden. Wir müssen darauf bei unserer Agitation Rücksicht nehmen.

Der Faschismus versucht, das Versailler Diktat für die chauvinistische Verhetzung der Massen und für seine Kriegspolitik auszunutzen. Wir müssen verstehen, daß das Versailler Diktat im Bewußtsein der Massen auch jetzt noch eine große Rolle spielt. Wir Kommunisten sind für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland. Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Wege der Freiwilligkeit und einer friedlichen Verständigung mit den anderen Völkern erfolgen. Hitlers Politik aber treibt Deutschland in den

Krieg und führt zu einer neuen Niederlage. Unter dieser Parole müssen wir unseren Kampf für die Erhaltung des Friedens führen.

In diesem Kampf für die Erhaltung des Friedens müssen wir sehr stark die Friedenspolitik der Sowjetunion in den Vordergrund stellen. All das, was von der Sowjetunion in den letzten Jahren zur Erhaltung des Friedens getan wurde, der Eintritt in den Völkerbund, der Abschluß von Nichtangriffspakten, der Abschluß von Sicherheitsverträgen und nicht zuletzt auch die große Verstärkung der Wehrmacht, der Roten Armee, Flotte und Luftflotte müssen eng mit den Interessen der werktätigen Massen verbunden und ihnen gezeigt werden, daß wir wahrscheinlich längst schon den Weltkrieg hätten, wenn nicht die Sowjetunion sich im Interesse der werktätigen Massen der ganzen Welt für die Erhaltung des Friedens eingesetzt hätte. Wir müssen in allen unseren Schriften, Flugblättern, Zeitungsartikeln diese Friedensrolle der Sowjetunion aufzeigen und ihr die provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung und ihre Hetze gegen die Sowjetunion gegenüberstellen; an Hand von Tatsachen, besonders der Nürnberger Parteitagreden, müssen wir beweisen, daß unsere These: „Hitler ist der Hauptbrandstifter des Weltkrieges“ absolut den Tatsachen entspricht und richtig ist.

g) Die Aenderung unserer Agitationsmethoden

Ich möchte dieses Kapitel nicht abschließen, ohne an die Ausführungen zu erinnern, die Genosse Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß über die Sprache unserer Schriften, Zeitungen und Flugblätter gemacht hat. Es waren gerade Erfahrungen unserer Partei, die dem Genossen Dimitroff den Anlaß zu seiner scharfen Kritik gaben. Ein paar Sätze seien aus dieser Kritik und diesen Ratschlägen hervorgehoben:

„Jeder von uns muß sich folgende elementare Regel wie ein Gesetz, wie ein bolschewistisches Gesetz zu eigen machen:

Wenn du schreibst oder sprichst, so mußt du stets an den einfachen Arbeiter denken, der dich verstehen, deinem Rufe glauben und dir mit Bereitschaft folgen soll! Du mußt daran denken, für wen du schreibst und zu wem du sprichst.“ (Beifall.)

Wir sollten uns das alle sehr genau einprägen und immer daran denken, wenn wir die Feder zur Hand nehmen. Leider können wir unter den illegalen Bedingungen nicht in Versammlungen zu den Arbeitern sprechen. Wenn wir Rückschau auf unsere bisherige Agitation halten, auf den Inhalt unserer „Roten Fahne“ vor und nach Hitler, auf unsere Flugblätter, so darf es uns nicht wundernehmen, wenn wir trotz der günstigen Lage und des großen Vertrauens, das die Kommunistische Partei bei den Massen besitzt, nicht größere Erfolge in der Gewinnung der Massen erzielten. Wir haben einfach den Massen nicht klar zu machen verstanden, wofür und warum der Kampf geführt werden muß. Wir sprachen zu den Massen wie zu Parteifunktionären, und leider haben auch diese uns vielfach nicht verstanden. Statt daß wir uns bemühten, an Hand von Tatsachen die Notwendigkeit unserer Forderungen zu beweisen, anstatt daß wir unsere Losungen an die die Massen bewegenden Fragen anknüpften, glaubten wir den Massen durch eine gewisse Prahlerei imponieren oder in Form von Anweisungen Befehle erteilen zu können. Was in unserer Presse vor und nach Hitler in dieser Beziehung geleistet worden ist, hier wiederzugeben, würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich möchte nur ein Beispiel aus der letzten Zeit herausgreifen. Als der Hitlerfaschismus bei dem Plebiszit an der Saar einen überraschenden Sieg errungen hatte, schrieb unsere „Arbeiterzeitung“ in Saarbrücken am Tage nach der Abstimmung

mit großer Schlagzeile auf der ersten Seite: „Hitler an der Saar geschlagen!“ Wie sollen uns da die Arbeiter ernst nehmen?

Natürlich hängt die Wendung in der Massenarbeit, sowohl was den Inhalt wie die Sprache unserer Massenagitation angeht, sehr viel von der Qualität unserer Kader ab. Unsere illegale Literatur muß mit vieler Mühe und unter großen Gefahren hergestellt und verbreitet werden. Viele unserer Genossen haben diese Arbeit schon mit ihrem Leben bezahlen müssen. Um so mehr sollten wir uns genau überlegen, was und wie wir schreiben sollen, um auf dem kleinsten Raum so verständlich wie möglich für den Arbeiter zu werden. Einen Artikel für unsere „Rote Fahne“ von zwei bis drei Schreibmaschinenseiten zu schreiben, ist eine sehr große und sehr verantwortliche Arbeit. Wir müssen da sehr sorgfältig versuchen, die besten Argumente, die besten Wortbilder zu finden, an die Argumente unserer Gegner anknüpfen, jedes ihrer Schlagworte in geschickter Weise ausnutzen, das bekanntgewordene Tatsachenmaterial geschickt einflechten, dabei nicht übertreiben, sondern in der einfachsten Weise die Dinge behandeln. Jede Nummer unserer „Roten Fahne“ muß geeignet sein, unseren Genossen im Lande zu helfen, sie politisch zu erziehen, ihnen eine Anleitung zum Handeln zu geben. Sie muß für den Arbeiter zu einem Erlebnis werden, sie muß ihm immer wieder neuen Mut und neue Kraft zu der sehr gefährlichen illegalen Arbeit geben. Das alles trifft auch für unsere Flugblätter, Broschüren, Traktätchen und andere Literatur zu.

6. DAS PROBLEM UNSERER KADERPOLITIK

Aus den Ausführungen, die Genosse Dimitroff in dem Schlußwort zu seinem Referat über die Kaderfrage machte, müssen gerade wir außerordentlich viel lernen, sie gehen uns ganz besonders an.

Wir haben durch die Aufrichtung der faschistischen Diktatur einen sehr großen Verlust an Kadern gehabt. Es gelang den Faschisten, viele unserer Funktionäre zu verhaften. Viele von ihnen sitzen noch in den Konzentrationslagern, viele waren genötigt, in die Emigration zu gehen, und viele wurden erschlagen.

Wir haben eine Aufstellung über den Verbleib unserer zentralen Funktionäre gemacht, also der Genossen aus dem Zentralkomitee, der leitenden Funktionäre aus den Bezirken und Massenorganisationen. Diese Aufstellung umfaßt 422 Funktionäre. Davon wurden 219 verhaftet und größtenteils verurteilt, 125 mußten in die Emigration gehen, 24 wurden ermordet.

Prozentual ergibt sich folgendes Bild: von den 422 in der Statistik erfaßten Funktionären wurden 52 Prozent verhaftet, 5 Prozent ermordet, 10 Prozent schieden aus der Partei aus, 33 Prozent befinden sich noch in Freiheit. Dieses Verhältnis trifft allerdings nicht auf den gesamten Kaderbestand der Partei zu, weil die Faschisten am meisten die führenden Genossen verfolgten. Aber es ist sicher, daß unsere Kaderverluste durch den faschistischen Terror außerordentlich umfangreich sind.

Wir müssen hier ernste Kritik an uns selbst üben, besonders auch an der Führung der Partei, daß wir nicht genügend Sicherungen für den Schutz der Kader getroffen haben, daß wir die Partei nicht rechtzeitig und aus-

reichend für die Umstellung auf die Illegalität erzogen haben und daß wir selbst das Opfer einer gewissen Legalitätsillusion nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur geworden sind. Die Tatsache, daß die Hitlerregierung nach ihrem Machtantritt Reichstagswahlen ausschrieb, hat nicht nur die Sozialdemokratie dazu veranlaßt, unsere Kampfangebote zum Generalstreik mit dem Hinweis abzulehnen, daß erst abgewartet werden müsse, ob sich Hitler in den legalen Grenzen halten werde, auch wir wurden durch die Ausschreibung der Reichstagswahl veranlaßt, nicht sofort bei Aufrichtung der faschistischen Diktatur die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für unsere Kader zu treffen.

Nur so ist es zu verstehen, daß am frühen Morgen nach der Reichstagsbrandprovokation die Faschisten vermochten, eine große Anzahl unserer führenden Funktionäre in allen Teilen des Reiches zu verhaften, meistens in ihren legalen Wohnungen. Viele haben das mit ihrem Leben bezahlen müssen. Es wurden aber auch sonst sehr schwere Verstöße gegen die Regeln der Konspiration begangen, die uns in der ganzen Zeit seit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur sehr ernste Verluste unserer Kader gebracht haben.

Diese Verluste zeigen nicht nur die Fehler und Mängel in der Behandlung unserer Kader, daß wir nicht genügend versucht haben, rechtzeitig die verantwortlichen Funktionäre nach einer längeren Tätigkeit an einem Orte auszuwechseln, um sie vor Verrat oder faschistischer Verfolgung zu schützen, daß wir nicht genügend Gewicht auf die Erziehung zur Konspiration gelegt haben, sie zwingen uns auch, alle Maßnahmen zu ergreifen, um neue Kader zu gewinnen und zu erziehen und in der Behandlung unserer Kader viel größere Sorgfalt als bisher zu üben. Das Wort von Stalin, daß die Kader alles entscheiden, gilt im besonderen auch für die Lage unserer Partei in der gegenwärtigen Situation.

Wir können jedoch mit Stolz auf unsere unter der Führung des Genossen Thälmann erzogenen Kader blicken. Unsere Genossen im Lande beseelt nicht nur Standhaftigkeit, Kühnheit und Opfermut, sondern sie sind es auch, die fortgesetzt neue Methoden in der Agitation unter den illegalen Bedingungen erfinden und die das große Verdienst daran tragen, daß weder die Partei zertrümmert noch ihr bolschewistischer Kampfgeist unterdrückt werden konnte.

Es ist sehr richtig, was Genosse Dimitroff auf dem Kongreß forderte, daß wir die Vorbilder, die wir in unseren besten Kadern haben, popularisieren, erzieherisch ausnützen und neben ihnen die Fälle von Kleinmut, Spießertum, Fäulnis und Schwäche in das rechte Licht stellen müssen.

Der Umstand, daß die Partei nicht arm ist an heldenhaften Vorbildern und fähigen Kräften und daß uns auch der Uebertritt sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre zur Kommunistischen Partei neuen Zufluß an Kräften gebracht hat, gibt uns die Gewähr, daß wir auch in Zukunft unseren Kaderbestand nicht nur auf gleicher Höhe zu halten, sondern auch in bedeutendem Maße zu verbessern in der Lage sein werden. Die kommenden Kämpfe der Partei werden noch höhere Anforderungen an die Standhaftigkeit, die Kühnheit und den Opfermut unserer Kader stellen, als sie bisher unter der faschistischen Diktatur bereits an sie gestellt wurden. Gerade darum ist es eine dringende Notwendigkeit, daß sich die Parteiführung in der sorgfältigsten Weise um die Heranbildung, Auslese, Erhaltung und Behandlung unserer Kader kümmert. Genosse Dimitroff hat uns darauf verwiesen, daß eine richtige Kaderpolitik für uns eines der wesentlichsten Probleme ist. Wir werden zur Erfüllung dieser Aufgabe sehr konkrete Maßnahmen beschließen, die nicht nur von der Parteiführung, sondern auch von unseren Leitungen im Lande unbedingt durchgeführt werden müssen.

II. DIE ANALYSE DER GEGENWÄRTIGEN LAGE IN DEUTSCHLAND

1. WAS GEHT IN DER ARBEITERKLASSE VOR?

a) Wachsender Widerstand gegen das faschistische Regime

Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird durch eine neue Steigerung der Massenunzufriedenheit gekennzeichnet, wobei das Neue darin liegt, daß diese Steigerung der Unzufriedenheit mit einer beginnenden Aktivisierung der Betriebsbelegschaften zusammenfällt.

In Deutschland spielen sich in den letzten Monaten Vorgänge ab, die von einer außerordentlichen Verschärfung der Situation durch die wachsende Opposition gegen das Hitlerregime und durch die von diesem ergriffenen Maßnahmen zur Niederrückung dieser Opposition zeugen. Die Reden, mit denen die faschistischen Führer wie Hitler, Goebbels, Frick, Göring, Streicher, Rosenberg und andere Naziführer in der letzten Zeit, besonders auf ihrem diesjährigen Nürnberger Parteitag, auftraten, enthalten fast durchweg Drohungen gegen die verschiedenen „Staatsfeinde“, denen mit ihrer Ausrottung gedroht wird.

Wir haben in Deutschland eine gesteigerte Aktivität der deutschen Arbeiterklasse, und auch die Unzufriedenheit der übrigen werktätigen Schichten, der städtischen Kleinbürger und der werktätigen Bauernschaft macht sich in immer stärkerer Opposition gegen das Regime bemerkbar.

Die faschistische Diktatur hat die größte Angst vor der Vereinigung dieser Ausbrüche der Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und der Bauernschaft mit der immer stärker werdenden Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse. Sie sucht sie teils durch gesteigerten Terror, teils durch Manöver zu verhindern, die bisher unbekannt waren und etwas Neues in der Taktik der Hitlerregierung darstellen.

Ich habe schon an anderer Stelle aufgezeigt, daß die Maßnahmen der Hitlerregierung gegen die katholische Bewegung, gegen den Stahlhelm und gegen die Juden, wie vor allem gegen die Kommunisten, der Versuch sind, die Oppositionsbewegung einzuschüchtern und ihr jede organisatorische Basis zu nehmen; andererseits werden aber gewisse Konzessionen an die Opposition in den eigenen Reihen, innerhalb der SA und SS, gemacht, wie z. B. in der Ernennung des Grafen Helldorf zum Polizeipräsidenten von Berlin und jetzt auf dem Naziparteitag in der von Hitler angekündigten Uebertragung von Staatsfunktionen an die Nazipartei.

Worin liegt das Neue in diesen Maßnahmen der Hitlerregierung? Während sie am 30. Juni 1934 noch mit äußerster Brutalität gegen die Opposition im eigenen Lager vorging, vermag sie das heute nicht mehr. Die Ursache hierfür liegt darin, daß in der Arbeiterklasse eine Widerstandsbewegung eingesetzt hat, die es der Hitlerregierung für geraten erscheinen läßt, vorsichtiger gegen die Opposition im eigenen Lager vorzugehen. Die auf dem Hitlerparteitag erhobenen Drohungen gegen die Staatsfeinde sollen diese Schwäche des Regimes verschleiern.

b) Beginnende Aktivisierung der Betriebsbelegschaften

Seit dem Juni dieses Jahres zeigt sich in Deutschland eine Belebung des Widerstandes in den Betrieben, die ihre

Ursache teils in objektiven, teils in subjektiven Faktoren hat. Wir können seit der Errichtung der faschistischen Diktatur drei Widerstandswellen in den Betrieben feststellen. Die erste Welle war im Sommer 1933, wo es zu einer Anzahl kleiner Streiks gegen die Maßregelung von Betriebsräten, gegen die Verhaftung populärer Arbeiter und die Schikanen der Nazikommissare kam. Dann folgte über ein ganzes Jahr, wo fast keine Widerstandsaktionen bemerkbar waren, und erst im Herbst und Winter 1934 setzte wieder eine kleine Belebung in den Betrieben ein, die hauptsächlich gegen die Zwangsabzüge für Winterhilfe, Luftfahrtspenden und „Arbeitsfront“-Beiträge gerichtet war. Ich erinnere dabei an die Widerstandsbewegungen in Oberschlesien, besonders auf der Königin-Luise-Grube, wo es gelang, einen Erfolg gegen den Abzug der „Arbeitsfront“-Beiträge vom Lohn zu erreichen. Erwähnen will ich noch die passive Resistenz in der AEG-Brunnenstraße in Berlin gegen die Abzüge für die Winterhilfe. Dann folgte wieder eine Pause, bis im Juni dieses Jahres die dritte Welle des Widerstandes einsetzte, die sich durch eine Reihe von passiven Resistenzen und auch Streiks auszeichnet, bei der es fast ausschließlich um Lohnforderungen geht, wofür die Ursache die vorhandene Teuerung bildet.

Die faschistische Presse verschweigt natürlich diese Bewegungen in den Betrieben. Nur von Zeit zu Zeit sickert etwas davon durch. So bringt zum Beispiel die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. Juli eine Bekanntmachung des Treuhänders der Arbeit für Sachsen, Stiehler, mit folgendem Inhalt:

„Die dem Treuhänder der Arbeit in den vergangenen Monaten vorgelegten und von ihm bearbeiteten Fälle von Betriebsstreitigkeiten und Störungen des Arbeitsfriedens waren in der großen Mehrzahl verursacht durch konfessionelle Fanatiker, Sektierer, ernste Bibelfor-

Die faschistische Diktatur hat die größte Angst vor der Vereinigung dieser Ausbrüche der Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und der Bauernschaft mit der immer stärker werdenden Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse. Sie sucht sie teils durch gesteigerten Terror, teils durch Manöver zu verhindern, die bisher unbekannt waren und etwas Neues in der Taktik der Hitlerregierung darstellen.

Ich habe schon an anderer Stelle aufgezeigt, daß die Maßnahmen der Hitlerregierung gegen die katholische Bewegung, gegen den Stahlhelm und gegen die Juden, wie vor allem gegen die Kommunisten, der Versuch sind, die Oppositionsbewegung einzuschüchtern und ihr jede organisatorische Basis zu nehmen; andererseits werden aber gewisse Konzessionen an die Opposition in den eigenen Reihen, innerhalb der SA und SS, gemacht, wie z. B. in der Ernennung des Grafen Helldorf zum Polizeipräsidenten von Berlin und jetzt auf dem Naziparteitag in der von Hitler angekündigten Uebertragung von Staatsfunktionen an die Nazipartei.

Worin liegt das Neue in diesen Maßnahmen der Hitlerregierung? Während sie am 30. Juni 1934 noch mit äußerster Brutalität gegen die Opposition im eigenen Lager vorging, vermag sie das heute nicht mehr. Die Ursache hierfür liegt darin, daß in der Arbeiterklasse eine Widerstandsbewegung eingesetzt hat, die es der Hitlerregierung für geraten erscheinen läßt, vorsichtiger gegen die Opposition im eigenen Lager vorzugehen. Die auf dem Hitlerparteitag erhobenen Drohungen gegen die Staatsfeinde sollen diese Schwäche des Regimes verschleiern.

b) Beginnende Aktivisierung der Betriebsbelegschaften

Seit dem Juni dieses Jahres zeigt sich in Deutschland eine Belebung des Widerstandes in den Betrieben, die ihre

Ursache teils in objektiven, teils in subjektiven Faktoren hat. Wir können seit der Errichtung der faschistischen Diktatur drei Widerstandswellen in den Betrieben feststellen. Die erste Welle war im Sommer 1933, wo es zu einer Anzahl kleiner Streiks gegen die Maßregelung von Betriebsräten, gegen die Verhaftung populärer Arbeiter und die Schikanen der Nazikommisars kam. Dann folgte über ein ganzes Jahr, wo fast keine Widerstandsaktionen bemerkbar waren, und erst im Herbst und Winter 1934 setzte wieder eine kleine Belebung in den Betrieben ein, die hauptsächlich gegen die Zwangsabzüge für Winterhilfe, Luftfahrtspenden und „Arbeitsfront“-Beiträge gerichtet war. Ich erinnere dabei an die Widerstandsbewegungen in Oberschlesien, besonders auf der Königin-Luise-Grube, wo es gelang, einen Erfolg gegen den Abzug der „Arbeitsfront“-Beiträge vom Lohn zu erreichen. Erwähnen will ich noch die passive Resistenz in der AEG-Brunnenstraße in Berlin gegen die Abzüge für die Winterhilfe. Dann folgte wieder eine Pause, bis im Juni dieses Jahres die dritte Welle des Widerstandes einsetzte, die sich durch eine Reihe von passiven Resistenzen und auch Streiks auszeichnet, bei der es fast ausschließlich um Lohnforderungen geht, wofür die Ursache die vorhandene Teuerung bildet.

Die faschistische Presse verschweigt natürlich diese Bewegungen in den Betrieben. Nur von Zeit zu Zeit sickert etwas davon durch. So bringt zum Beispiel die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. Juli eine Bekanntmachung des Treuhänders der Arbeit für Sachsen, Stiehler, mit folgendem Inhalt:

„Die dem Treuhänder der Arbeit in den vergangenen Monaten vorgetragenen und von ihm bearbeiteten Fälle von Betriebsstreitigkeiten und Störungen des Arbeitsfriedens waren in der großen Mehrzahl verursacht durch konfessionelle Fanatiker, Sektierer, ernste Bibelfor-

scher, Vereinsmeier, Besserwissende, Eigenbrötler, un-
belehrbare Sozialreformer und vom Standesdünkel Be-
sessene. Die staatspolitisch interessante Entdeckung da-
bei war: in 90 von 100 Fällen waren die Streikbeschwö-
rer nicht Mitglieder der ‚Deutschen Arbeitsfront‘. Es war
notwendig, in meinen Reden der Werbeveranstaltungen
der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ im Monat Juni darauf hin-
zuweisen und anzukündigen, daß die Störer des Arbeits-
friedens in Zukunft ohne Schonung aus den Betrieben
entfernt werden. Ich bin entschlossen, mit der gebotenen
und gesetzlich möglichen Strenge zu handeln.“

Wenn ein Treuhänder des faschistischen Regimes schon
in solchen Tönen Bekanntmachungen erlassen muß, so ist
daraus zu entnehmen, daß diese „Störungen des Arbeits-
friedens“ schon sehr umfangreich und sehr ernster Natur
sein müssen.

In der offiziellen nationalsozialistischen Wirtschafts-
zeitschrift „Deutsche Volkswirtschaft“ erschien in der
Nr. 16 vom Juni 1935 ein Leitartikel, der die wachsende
Beunruhigung der führenden Nazikreise über die in der
Arbeiterklasse vor sich gehenden Prozesse ausdrückt. Es
wird in dem Artikel offen zugegeben, daß die Finanzierung
der Arbeitsbeschaffung nur den Industriellen und den Ban-
ken zugute kam und daß der Lohn der beschäftigten Ar-
beiter sich auf dem Niveau des Krisentiefpunktes von 1932
und, wie es heißt „zum Teil auch wohl darunter“ be-
findet. Die Zeitschrift erklärt aber, daß Lohnerhöhungen
unmöglich seien, weil dadurch die Ausfuhr und die Rü-
stungen gefährdet würden.

Noch interessanter ist ein Artikel im „Völkischen Beob-
achter“ vom 18. August, der sich mit der Lohnfrage be-
schäftigt und die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhal-
ten versucht. Es heißt dort:

„Es hat keinen Zweck, die Löhne gewaltsam empor-
zutreiben. Das Interesse der Betriebsführer an guten

Arbeitern besorgt das auf die Dauer viel wirkungsvol-
ler.“

Der Artikel trägt die bezeichnende Ueberschrift: „Der
entscheidende Augenblick“; gemeint ist der Moment, in
dem Lohnerhöhungen einsetzen werden und der viel näher
herangerückt sei, als es äußerlich den Anschein habe. Hit-
ler hätte selbst zugegeben, daß die Löhne unbefriedigend
seien, aber sie würden einfach dadurch wachsen, daß
durch die Vermehrung der Einstellungen von Arbeitern
ein Mangel an Arbeitern einsetzen werde, der zu Lohn-
erhöhungen führen müsse.

Noch einen interessanten Beitrag zur Lage in den Be-
trieben bringt der „Völkische Beobachter“ vom 21. August
über eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes unter
der Ueberschrift: „Tariflohnverzicht ist unzulässig und
strafbar“, worin auseinandergesetzt wird, daß die Zahlung
eines untertariflichen Lohnes sowie ein Verzicht auf tarif-
liche Ansprüche nicht nur unzulässig, sondern auch straf-
bar sei.

Die Belebung des Widerstandes in den Betrieben zeigt
auch die Entwicklung in der „Deutschen Arbeitsfront“.
Ich habe schon an anderer Stelle auf die Verordnung Hit-
lers über die Aufgaben der „Deutschen Arbeitsfront“ vom
24. Oktober 1934 hingewiesen. Im Punkt 7 dieser Verord-
nung wird der Arbeitsfront die Aufgabe gestellt:

„Zwischen den berechtigten Interessen aller Beteilig-
ten jenen Ausgleich zu finden, der den nationalsoziali-
stischen Grundsätzen entspricht und die Anzahl der
Fälle einschränkt, die nach dem Gesetz vom 20. Januar
1934 zur Entscheidung den allein zuständigen staat-
lichen Organen zu überweisen sind.“

Mit dieser Verordnung wurden gleichzeitig Beiräte der
Reichsbetriebsgemeinschaften vorgesehen, die sich aus Un-
ternehmern und Arbeitern zusammensetzen und die errei-

chen sollen, daß „nur einige wenige Fragen durch Eingreifen des Treuhänders ihre Erledigung finden“ sollen. Die Tätigkeit der Treuhänder zugunsten der Unternehmer hat bereits einen ziemlich starken Widerstand sogar in den Reihen der Naziarbeiter hervorgerufen.

Ich habe schon in dem Kapitel über die Arbeit in der „Arbeitsfront“ auf eine Reihe von Tatsachen hingewiesen, die die veränderte Lage in der „Arbeitsfront“ auf Grund der wachsenden Widerstandsbewegung in den Betrieben kennzeichnen. Das sind die Äußerungen von Ley über den „Kampf um den gerechten Lohn“ und die von ihm der Arbeitsfront gestellten Aufgaben, „die gesunden und berechtigten Interessen der schaffenden Menschen wahrzunehmen“. Ebenso die Anordnung auf Schaffung von Organen, die sich mit den Lohn- und Arbeitsfragen beschäftigen sollen; der Reichsarbeitskammer, der Reichswirtschaftskammer und in 18 Wirtschaftsbezirken bezirklicher Arbeits- und Wirtschaftskammern. Außerdem werden örtliche Arbeitsausschüsse nach Industriegruppen geschaffen, die paritätisch aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt werden und sich mit Lohn- und Arbeitsfragen beschäftigen sollen. Die Rede von Ley auf der diesjährigen Jahrestagung der „Arbeitsfront“ spiegelt trotz aller Aufschneiderei und Reklame die Schwierigkeiten wider, die sich für das faschistische Regime aus dem Widerstand in der Arbeiterschaft ergeben.

c) Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter unter der faschistischen Diktatur

Ich will nicht größeres Zahlenmaterial über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter vorlegen, die eine Verschlechterung durch die wachsende Teuerung erfahren hat und damit auch die objektive Ursache der neuen Widerstandsbewegung in den Betrieben ist. Die anhaltende Be-

lebung der Wirtschaft und auch die Neueinstellung von einigen Millionen Erwerbslosen hat für den Lohnkampf günstigere Bedingungen geschaffen.

Nach den Angaben der faschistischen Statistik läßt sich errechnen, daß die nominellen Stundenlöhne 1934 um mindestens 10 Prozent niedriger sind als 1932. Wenn dazu noch die Steigerung der Ernährungskosten von der faschistischen Statistik selbst mit mindestens 8 Prozent angegeben wird, so ist der Lohn nach zwei Jahren Hitlerdiktatur um 18 Prozent niedriger als 1932, am Tiefpunkt der Krise. Und obwohl 2½ Millionen Arbeiter und Angestellte in Deutschland wieder Arbeit gefunden haben, ist doch das nominelle Gesamteinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger nur um 8 Prozent gestiegen, die aber wieder durch die Steigerung der Ernährungskosten ausgeglichen werden, so daß tatsächlich eine Steigerung des Gesamteinkommens nicht erfolgt ist. Das bedeutet, daß die deutsche Bourgeoisie 2½ Millionen Arbeiter und Angestellte mehr beschäftigt, ohne daß sie dafür eine höhere Lohnsumme auszugeben braucht. Wenn auch das durchschnittliche Monatseinkommen der neu eingestellten Arbeiter und Angestellten nur mit je 100 Mark angesetzt wird, so ergibt sich daraus für die deutsche Bourgeoisie ein Mehrprofit von 3 Milliarden Mark. Es ist natürlich nützlich, wenn wir das den Arbeitern in der ihnen verständlichen Sprache begreiflich machen und sie damit für die Er kämpfung höherer Löhne in Bewegung bringen.

Neben den objektiven Faktoren (Verschlechterung der Lage der Arbeiter, Belegung der Wirtschaft) ist es auch der subjektive Faktor (Kampfbereitschaft der Arbeiter, Arbeit und Losungen der Partei etc.), der die wachsende Widerstandsbewegung in den Betrieben hervorruft. Dabei müssen wir aber auch die Schwierigkeiten beachten, die der Auslösung von offenen Lohnbewegungen in den Betrieben gegen die faschistische Diktatur entgegenstehen.

Es wurde in der Parteiführung in der letzten Zeit die Frage diskutiert, ob wir den Kampf für Lohnerhöhungen als eine zentrale gewerkschaftliche Losung aufstellen sollen. Es bestanden bei einigen Genossen Bedenken in der Richtung, daß der Zeitpunkt für eine solche Losung noch nicht gekommen sei, daß sie noch nicht zu einer Massenlosung werden würde. Die inzwischen immer stärker in Erscheinung tretende Teuerung schafft aber die Möglichkeit, in den Betrieben mit der Losung der Lohnerhöhung als Ausgleich für die Teuerung und Leistungssteigerung als breitetste Schichten der Betriebsarbeiterschaft zu mobilisieren. Eine solche Forderung, zu einer allgemeinen zentralen gewerkschaftlichen Losung erhoben, würde auch eine Verbreiterung der Widerstandsbewegung, die sich heute vielfach nur auf einzelne Betriebsabteilungen oder Arbeitergruppen erstreckt, über den gesamten Betrieb hinaus ermöglichen.

Wir müssen auch sehen, daß sich erfahrungsgemäß eine solche Lohnbewegung immer erst allmählich entwickelt und nicht gleich die große Masse der Lohnarbeiter erfaßt, sondern zuerst die entgegengesetzten Pole, die schlechtestbezahlten und die bestbezahlten Gruppen. Das findet seine Bestätigung auch in der gegenwärtigen Lohnbewegung. Die aktivsten Elemente sind die schlechtestbezahlten Arbeiter der Autostraßen und der Textilbetriebe und andererseits die qualifizierten Arbeiter in den Metallbetrieben. Natürlich wäre es falsch, nun etwa in jedem Betrieb oder in jeder Betriebsabteilung sofort mit einer solchen zentralen Losung aufzutreten, sondern wir müssen uns nach den jeweiligen konkreten Bedingungen und der Stimmung der Arbeiterschaft richten. Doch sollten wir die Initiative hierzu ergreifen.

Gerade die Meldungen aus Deutschland über die Teuerungsdemonstrationen der Hausfrauen, die Empörung auf den Märkten über die ungeheure Verknappung der wichtigsten Fette, Butter, Schweinefleisch usw., die Mahnungen

der Faschisten an die Arbeiter, im Interesse des Wohles des deutschen Staates weniger Fleisch, Butter und Eier zu verzehren — all das sind die Anzeichen einer sehr starken, in den Massen vorhandenen Gärung. Wir wollen diese Gärung zur Mobilisierung der Betriebsarbeiter für Lohnforderungen benutzen, natürlich im Zusammenhang mit unserer großen Aufgabe der Bildung der Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur.

d) Die Hauptmassen der Arbeiterschaft sind gegen den Faschismus

Zur Belebung der Widerstandsbewegung in den Betrieben haben auch die Vertrauensrätewahlen beigetragen. Sie haben fast in jedem Betrieb und in jeder Abteilung Diskussionen ausgelöst, wobei die Lohn- und Arbeitsbedingungen stark hervortraten. Der Erfolg der diesjährigen Vertrauensrätewahlen liegt darin, daß die Unternehmer genötigt waren, viel mehr auf diese Stimmungen in der Belegschaft bei der Aufstellung der Kandidaten Rücksicht zu nehmen. Die Folge davon ist, daß auch die gewählten Vertrauensräte viel mehr unter dem Einfluß der Betriebsbelegschaft stehen und geeignet sind, stärker im Interesse der Arbeiter gegen den Unternehmer aufzutreten. Jedenfalls können sich daraus eine Reihe von Konflikten ergeben, die geeignet sind, die Widerstandsaktionen in den Betrieben auf eine höhere Stufe zu heben. Der Umstand, daß die Unternehmer genötigt waren, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten auf die Stellungnahme der Belegschaft Rücksicht zu nehmen, wie auch die bei der Wahl von den Arbeitern angewandte Taktik der differenzierten Abstimmung hat sich günstig auf die Entwicklung des Willens zur Einheitsfront im Betriebe ausgewirkt.

Ich möchte noch die vielfach aufgeworfene Frage be-

fragen, ob es dem Faschismus gelungen ist, tiefer in die Arbeiterklasse einzudringen, und ob er in der Lage sei, die alte Arbeiteraristokratie für sich zu gewinnen. Der Faschismus gibt sich gewiß alle Mühe, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, und verwendet darauf seine ganze soziale Demagogie; die von ihm geschaffene Organisation „Kraft durch Freude“, die Urlaubsgewährung, die Ueberführung einiger Arbeitergruppen in ein Angestelltenverhältnis, den Leistungslohn, den Kündigungsschutz für einige Angestelltengruppen, die Festsetzung sogenannter „Ehrentage“ für bestimmte Berufe und anderes mehr.

Aber die Profitsucht der Unternehmer und die Lage in der deutschen Wirtschaft gestatten ihm nicht, solche Vergünstigungen auf breiterer Grundlage durchzuführen. Die Entwicklung zeigt, daß sich die Lage der Arbeiter und Angestellten zusehends verschlechtert. Besonders wird der neue Wirtschaftskurs dazu beitragen und immer stärkere Empörung und Unzufriedenheit gegen das faschistische Regime hervorrufen.

Bei der alten Arbeiteraristokratie, dieser hochqualifizierten Schicht, ist die Tatsache offenkundig, daß diese Schicht sich ablehnend gegenüber der faschistischen Ideologie verhält, weil der Faschismus ihr nicht die demokratischen Rechte und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit einräumen kann, die sich diese Schicht früher auf Grund ihrer Qualifikation und ihrer hohen gewerkschaftlichen Organisiertheit erkämpft hatte und die auch die Grundlage für ihren Einfluß und ihre Rolle in der Belegschaft bildeten. Wir dürfen uns selbstverständlich mit dieser Feststellung nicht zufrieden geben, sondern müssen sehen, daß der Faschismus sehr geschickt in der Arbeiterschaft zu differenzieren versteht, um ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterschaft zu erschweren und ihre Schlagkraft zu mindern. Aber Tatsache ist, was Genosse Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß ausführte, daß die Hauptmassen der

deutschen Arbeiterklasse dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstehen. Wir müssen jedoch diese Hauptmassen in die offene Kampffront gegen den Faschismus hineinziehen und so die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse gegen die Hitlerdiktatur schaffen.

2. DIE DIFFERENZEN IM LAGER DER BOURGEOISIE

a) Die Bedeutung dieser Differenzen für die Arbeiterklasse

Ich komme nunmehr zu den Differenzen im Lager der Bourgeoisie, die sich in der letzten Zeit zweifellos gesteigert haben und deren genaue Analyse für eine richtige Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Deutschland und deren Ausnutzung für unsere Politik von Bedeutung ist. Wir haben das nicht immer gut verstanden, und daraus folgte auch ein Teil der von uns gemachten Fehler und der Mängel unserer Politik. Ich möchte dabei nur auf den 30. Juni 1934 verweisen. Daß wir damals nicht vermochten, diese Ereignisse zur Steigerung unseres Einflusses in der Arbeiterklasse und der Widerstandsbewegung gegen das faschistische Regime auszunutzen, lag erstens daran, daß wir die Arbeit innerhalb der faschistischen Massenorganisationen unterließen und infolgedessen auch die Stimmung der Massen in diesen Organisationen nicht kannten, und zweitens daran, daß wir die innerhalb der Bourgeoisie vor sich gehenden Prozesse nicht studierten, so daß sie uns mehr oder weniger unbekannt blieben.

Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen, sondern müssen sehr aufmerksam die innerhalb der deutschen Bourgeoisie vorhandenen Gegensätze und die vor sich gehenden Reibereien studieren, um daraus die Schlußfolgerungen für unsere Politik, insbesondere bei der konkreten Anwendung der vom VII. Weltkongreß gefaßten Be-

schlüsse in bezug auf die Einheitsfront und die Volksfront zu ziehen. Ich möchte hierüber einige Ausführungen machen.

b) Die Differenzen zwischen Reichswehrgeneralität und Hitlerpartei

Zunächst das Verhältnis zwischen der Generalität der Reichswehr und der Nazi-partei. Es sind ziemlich ernste Reibungen zwischen ihnen vorhanden, aber es wäre eine Uebertreibung, wenn man daraus schließen würde, daß etwa die Generalität der Reichswehr das Hitlerregime in Deutschland stürzen will. Die Reichswehr hat bei diesem Regime in den 2 Jahren 8 Monaten so viel erreicht, daß ein anderes Regime der Reichswehr kaum mehr zu geben vermöchte. Die Differenzen liegen auf einem anderen Gebiete. Die Armee eines jeden kapitalistischen Landes ist dazu da, um Krieg zu führen. Das Hitlerregime tut alles, um der Reichswehr zu ermöglichen, dies mit dem besten Erfolge zu erreichen. Aber die Innenpolitik des Hitlerregimes, der weltanschauliche und Rassenkampf der Hitlerpartei ist nicht geeignet, die erforderliche Einmütigkeit im Volke zu schaffen, deren die Bourgeoisie bedarf, diese Politik der Hitlerpartei zerklüftet die Volksmassen und muß damit die Massenbasis der Diktatur immer mehr einengen. Hier liegen die Besorgnisse der Reichswehrgeneralität, die sich nicht mit dem Nationalsozialismus identifizieren will, sondern gegen den sie im Gegenteil ihre Selbständigkeit, auch aus einem gewissen Standesdünkel heraus, bewahren will. Die Reichswehr will wegen der ihr gestellten Aufgabe sozusagen über dem Staat, über dem Hitlerregime stehen, um breitere Massen für den Krieg bereit zu haben.

Andererseits sind in der Hitlerpartei und bei ihren Vertretern in der Reichswehr die Tendenzen sehr stark, die

Reichswehr zu einem Teil des neuen nationalsozialistischen Deutschland zu machen und sie dem Naziregime zu unterstellen. Diese Differenzen haben letzthin einen krassen Ausdruck in der Entfernung des Generalmajors von Reichenau und des Majors Foertsch aus dem Reichswehrministerium gefunden, die beide als die Verfechter des Nationalsozialismus in der Reichswehr bekannt waren. Reichenau war der spezielle Vertrauensmann Hitlers in der Reichswehrgeneralität. Er war es, der in der Zeitschrift der „Deutschen Arbeitsfront“, dem „Arbeitertum“, einen Artikel veröffentlichte, der von der ganzen deutschen Presse übernommen wurde, in dem es heißt:

„Die Wehrmacht wurzelt also im Heute. Sie ist ein lebendiger, ihrer Verantwortung bewußter Teil des neuen nationalsozialistischen Deutschland, dem sie ihre Größe und ihre innere Kraft verdankt . . . Die Wehrmacht eines nationalsozialistischen Volkes kann selbst nur nationalsozialistisch sein.“

Ich glaube, daß gerade in diesem Artikel, in diesem Versuch der völligen Identifizierung der Reichswehr mit der Hitlerpartei, die Ursache liegt für die Entfernung Reichenaus und des Major Foertsch, der der Leiter der Inlandsabteilung des Reichswehrministeriums war und der militärpolitische Schriftsteller der Nazipartei ist.

Noch eine Reihe anderer Tatsachen kennzeichnet diese Differenzen bezüglich des Verhältnisses der Reichswehr zur Hitlerpartei. Von der Reichswehr ist die Aufstellung eines *Landesverteidigungsrates* vorgeschlagen worden, um dessen Zusammensetzung seit Monaten ein heftiger Kampf zwischen der Nazipartei und der Generalität geführt worden ist. Die Generalität wollte nur Hitler und Göring in diesen Rat aufnehmen, ihn im übrigen aber aus Generalen und einflußreichen Industriellen zusammensetzen. Nach dem Vorschlag der Reichswehr sollte General Seeckt an die Spitze dieses Rates berufen werden. Diese Mitteilungen

sind, da die Beteiligten schweigen, natürlich niemals auf ihre unbedingte Richtigkeit zu kontrollieren. Aber es ist doch aufgefallen, daß Seeckt aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums von der Reichswehr sehr gefeiert wurde, während ihn die nationalsozialistische Parteipresse mit keinem Wort erwähnte.

Die Reichswehr hat durch das Kompromiß, das Hitler, um zum Reichspräsidenten gewählt zu werden, mit ihr einging und das sie zur einzigen Waffenträgerin im Lande machte, eine große Bedeutung erlangt. Ihr spezifisches Gewicht ist dadurch außerordentlich gewachsen. Die Leitung der Reichswehr — das sind hauptsächlich die aus den alten deutschnationalen und konservativen Kadern hervorgegangenen Offiziere und die mit ihnen verbundenen Elemente im Staatsapparat. Sie erstreben eine Zurückdrängung der Bürokratie der Hitlerpartei, der sie lediglich die Aufgabe der Agitation und Propaganda überlassen wollen. Die Schlußrede Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag versuchte die Kompetenzen von Partei, Staat und Armee abzugrenzen. Es war der Versuch, die Generale von den Konservativen zu trennen.

c) Die Differenzen zwischen Kirche und Hitlerpartei

Ein ähnlicher Distanzierungsprozeß, wie er sich zwischen der Reichswehr und der Nazipartei vollzieht, geht auch zwischen den Kirchenfürsten und der Hitlerpartei vor sich. So wie die Bourgeoisie ganz unabhängig von der Art der Ausübung der Diktatur die Reichswehr für ihre Zwecke verwendet, so natürlich auch die Kirche. Doch die bürgerliche Demokratie überläßt der Kirche eine bestimmte äußere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Das aber gerade kann die faschistische Diktatur nicht, weil jede von ihr nicht direkt kontrollierte und geleitete Organisation sich in einen Konzentrationspunkt der Oppo-

sition verwandeln kann. Das ist auch der Grund, warum die faschistische Diktatur mit der Zerschlagung der katholischen Massenorganisationen beginnt und ein wahres Trommelfeuer gegen jede Selbständigkeit der katholischen und auch der sehr zahmen protestantischen Kirche richtet. Die gegenwärtige Kirchenbewegung in Deutschland ist eine Form der primitiven Protestbewegung der Massen gegen die faschistische Unterdrückung.

Daß sich auch die höhere Geistlichkeit dagegen wehrt, ist völlig verständlich. Die Schärfe, mit der dieser Kampf in der letzten Zeit geführt wird, hat seine tieferen sozialen Ursachen. In Anbetracht der wachsenden Unzufriedenheit der Massen mit dem Hitlerregime sehen sich die Kirchenfürsten gezwungen, sich von der Hitlerpartei abzugrenzen, um nicht diese Unzufriedenheit auf die Kirche zu übertragen, und andererseits, um von der wachsenden Opposition einen Gewinn für die Kirche zu erzielen.

Diese Bestrebungen der Reichswehrgeneralität und der Kirchenfürsten zur Distanzierung von der Hitlerpartei finden die Unterstützung führender Kreise des deutschen Finanzkapitals. Diese Kreise haben wohl der Hitlerpartei die Ausübung der faschistischen Diktatur übertragen, sind aber keineswegs für die nationalsozialistische These, daß die Hitlerpartei der Staat und die Nation sei. Sie sind gegen die Identifizierung des Staates mit der Hitlerpartei, gegen die restlose Verschmelzung des Staatsapparates mit dem Apparat dieser Partei.

Interessant ist dafür ein Urteil des Reichsgerichts, das den Organen der Hitlerpartei und ihren Gliederungen den Beamtencharakter abgesprochen und in einer umfangreichen Begründung die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Partei gestreift hat. Sofort erschien ein Aufsatz in der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, in dem diese Auffassung des Reichsgerichts als eine „grundsätzlich irri- ge Auffassung vom Wesen der NSDAP“ und eine „völlig schiefe Beantwortung der Frage Partei und

Staat“ verurteilt wird. Es entspann sich eine Diskussion darüber, wobei die Schacht nahestehende Presse sich ziemlich offen das Urteil und die Begründung des Reichsgerichts zu eigen machte.

d) Die Differenzen über den Wirtschaftskurs des Dritten Reiches

Diese Differenzen, Ausdruck des Versuches der führenden Kreise des deutschen Finanzkapitals, sich von der Hitlerpartei zu distanzieren, bestehen schon seit längerer Zeit. Im Zusammenhang mit der zugespitzten wirtschaftlichen Lage erhält diese Frage aber jetzt eine größere Bedeutung. Es sind sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die weitere Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches in der deutschen Bourgeoisie vorhanden. Führende Kreise des Finanzkapitals drängen auf einen wirtschaftlichen Kurs, der von der jetzigen sozialdemagogischen Wirtschaftspolitik des Hitlerregimes abweicht. Die Nazi-bürokratie aber verteidigt diese gerade deshalb, weil sie sie zur Erhaltung ihrer Massenbasis benötigt.

Es handelt sich, um es kurz vorwegzunehmen, um die Frage, wie die Bourgeoisie aus den wachsenden Produktions- und Absatzschwierigkeiten, aus der wachsenden staatlichen, besonders kurzfristigen Verschuldung herauskommt und die mangelnde Initiative des Privatkapitals behebt. Sie macht dazu Vorschläge auf einen neuen Wirtschaftskurs, besonders eine neue Rationalisierung der Industrie, was bedeutet: Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, Einschränkung der Ausgaben für den Staatsapparat und damit Abbau der braunen Bürokratie, Erhebung neuer Steuern zur Finanzierung der Staatsaufträge und damit vermehrte Belastung der werktätigen Massen und Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, Abbau der Arbeitsbeschaffung auf

staatliche Kosten und damit eine Steigerung der Erwerbslosigkeit.

Die Hitlerbürokratie sträubte sich zunächst gegen diesen neuen Wirtschaftskurs der führenden Finanzkreise, weil in seiner Auswirkung auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen zu einer weiteren Einschränkung der Massenbasis der Hitlerpartei führen muß. Das weiß auch die Bourgeoisie, aber es bleibt ihr keine andere Wahl, und deshalb unterstützt sie auch die Reichswehr und die Kirche in ihrem Bestreben, sich von der Hitlerpartei zu distanzieren.

Um das noch im einzelnen zu begründen, will ich einige der wichtigsten Tatsachen der deutschen Wirtschaftsprobleme hervorheben. Zunächst den Gegensatz zwischen der ungeheuren Steigerung der Produktion in der Schwerindustrie, hauptsächlich infolge der Kriegsrüstungen und dem Rückgang der Produktion von Konsumtionsmitteln. Bei einem Ansteigen der gesamten industriellen Produktion im Laufe des letzten Jahres um 12 Punkte, erreichte die Produktion von Produktionsmitteln eine Steigerung um 22,8 Punkte, dagegen ging die Produktion von Konsumtionsmitteln um 13,6 Punkte zurück. Das ergibt eine gewaltige Schere zwischen der aufgeblähten Kriegsindustrie und der rückläufigen Produktion von Konsumtionsmitteln. Der Rückgang der letzteren ist vorwiegend eine Folge der Stagnation der Kaufkraft der breiten Massen.

In dieser Schere sind die Wirtschaftssorgen des Dritten Reiches begründet. Dafür ein Beispiel aus der Textil- und Schuhindustrie, die beide zusammen fast die Hälfte der gesamten Konsumtionsindustrie ausmachen. Während noch Mitte 1934 die Faschisten gegen die Hamsterpsychose, gegen die Angstkäufe von Textil-, Schuh- und anderen industriellen Konsumwaren wetterten und behördliche Maßnahmen gegen die Hamsterkäufe getroffen wurden, ist jetzt ein Ueberfluß an Vorräten eingetreten, weil es keine Käufer gibt. Die Berichte der Fachpresse der Textil- und

Schuhfabriken sind voll von Klagen über Anhäufung der Vorräte und Mangel an Aufträgen.

Die jetzige Finanzierung der Schwerindustrie aus Staatsgeldern schafft ebenfalls für die Bourgeoisie immer größere Schwierigkeiten durch die ungeheure Verschuldung des Staates. Die gegenwärtige Konjunktur wird deshalb offen von der Bourgeoisie als „Staatskonjunktur“ bezeichnet, im Gegensatz zu einer „Privatkonjunktur“, die auf der Initiative des Privatkapitals beruht. In einer Artikelserie ihres Wirtschaftsredakteurs Wolf begründete Anfang dieses Jahres die „Frankfurter Zeitung“ näher, daß der gegenwärtige Stand der Produktion nur erhalten werden kann, wenn der Staat unaufhörlich weitere Aufträge erteilt und die Aufträge finanziert.

Es entsteht dann aber die weitere Sorge für die Bourgeoisie, woher der Staat die Mittel nehmen soll, um den gegenwärtigen Produktionsumfang zu erhalten und zu finanzieren. Diese Frage hängt eng zusammen mit der ungeheuer wachsenden Verschuldung des Reiches, die nach den Angaben des Reichsfinanzministers von Schwerin-Krosigk im „Deutschen Volkswirt“ über 30 Milliarden Mark beträgt (er bezog das allerdings auf die Schulden des Reiches, der Länder und Gemeinden), wovon etwa 10 Milliarden kurzfristige Schulden sind. Die Weltpresse aber, die sich auf Schätzungen in den Berliner Bankkreisen stützt, berechnet allein die Reichsschulden auf 30 Milliarden Mark, wovon die kurzfristige Verschuldung etwa 20 Milliarden Mark beträgt. Gerade die Kurzfristigkeit der Verschuldung macht der Bourgeoisie die größten Sorgen, weil sie den Staatsbankrott oder die Inflation in eine sehr gefährliche Nähe rückt. Es gibt für die Bourgeoisie nur zwei Wege, sich aus dieser Gefahr zu befreien: entweder die Verwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige oder die Aufbringung neuer Steuern, um die Steuereinkünfte zur Abdeckung der kurzfristigen Schulden zu verwenden. Den ersten Weg zu gehen, der als Konsolidierung

der Staatsschuld bezeichnet wird, dazu braucht die Bourgeoisie entweder das Vertrauen der Geldgeber, und dieses Vertrauen ist sehr gering, oder sie muß, was in der letzten Zeit schon geschieht, zur Aufnahme von Zwangsanleihen greifen, also die vorhandenen Spargelder in den Sparkassen und bei den Banken dafür verwenden. Die Bourgeoisie geht beide Wege, wobei der Weg der Erhebung neuer Steuern die werktätigen Massen in außerordentliche Gärung gegen das Hitlerregime bringen muß.

Aber es handelt sich für die Bourgeoisie nicht nur um die Deckung der vorhandenen Schulden, sondern auch um die Erhaltung des gegenwärtigen Produktionsumfanges. Das erfordert eine Finanzierung von jährlich etwa 5 Milliarden Mark durch den Staat, wozu noch die anderen Staatsausgaben kommen.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Bourgeoisie zu einer Abwertung der Mark, zur Devaluation greifen wird, obwohl die große Verschuldung des Reiches und auch die Schwierigkeiten in der Exportindustrie sehr danach drängen. Aber die Erfahrung, die die Nazis mit ihrem Experiment in Danzig, in diesem kleinen Staate, gemacht haben, macht es wenig wahrscheinlich, daß sie etwa eine solche Aktion für das Reich unternehmen werden. Daß aber die Devaluation sogar von den sachkundigen Börsenjobbern in den Bereich der Möglichkeit gezogen wird, zeigt die Tatsache, daß an der Berliner Börse monatelang eine Kurssteigerung von Industripapieren, also eine Flucht in die Sachwerte vor sich ging. Die gegenwärtige gespannte Kriegslage hat eine Aenderung herbeigeführt. Schacht hat sich in seiner Königsberger Rede vom 18. VIII. gegen diese „Sachwertpsychose“ gewandt und gegenüber den Kapitalisten, die ihr Kapital durch die Flucht in die Sachwerte retten wollen, folgendes interessante Bild gebraucht:

„Wir sitzen alle in einem Boot, und es wird niemandem Gelegenheit gegeben auszusteigen. Es gibt nur eins:

Vertrauen in die Seetüchtigkeit dieses Bootes und in die Führung des Kapitäns, der dem deutschen Reichsschiff befiehlt.“

Ich habe nur die wichtigsten Wirtschaftsschwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie erwähnt. Es wären noch die bekannten Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe hinzuzufügen, welche wiederum eine Exportfrage ist, mit der es ebenfalls äußerst schwierig steht. Gerade über den neuen Wirtschaftskurs, durch den die Bourgeoisie aus dieser schwierigen Lage herauskommen will, gibt es in der Bourgeoisie heftige Meinungsverschiedenheiten, die ihren Ausdruck besonders in den Differenzen zwischen den mit Schacht verbundenen Kreisen des deutschen Finanzkapitals und den Wirtschaftspolitikern der Nazi-partei finden.

Das Finanzkapital sieht die Rettung in der allmählichen Ersetzung der „Staatskonjunktur“ durch die „Privatkonjunktur“, d. h. in der stärkeren Beteiligung des Privatkapitals an der Finanzierung der Produktion. Aber dazu wird das Privatkapital nur geneigt sein, wenn ihm eine noch höhere Rentabilität als bisher gesichert wird. Als wichtigste Voraussetzung dazu soll eben eine neue Rationalisierung mit Lohnsenkungen und Erhöhung der Arbeitsintensität durchgeführt werden. Auch die Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung sollen allmählich vermindert werden, was eine rapide Steigerung der Erwerbslosenzahl zur Folge haben muß.

In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 19. Mai 1935 wird von der Umschaltung der staatlichen „Arbeitsbeschaffungskonjunktur“ auf eine „Privatkonjunktur“ gesprochen, die von ausschlaggebender Wichtigkeit für die Rentabilität der eingelegten Privatkapitalien sein soll. Und in einem Artikel des „Deutschen Volkswirt“, der Zeitschrift Schachts, vom 19. Juli 1935, wird die Senkung der Produktionskosten durch eine neue Ra-

tionalisierung gefordert, dazu neue Steuern und sogar eine „Beeinträchtigung der normalen Konsumsphäre zugunsten vordringlich wirtschaftlich-politischer Zwecke“. Das bedeutet Lohnsenkung und Herabsetzung der Kaufkraft der werktätigen Massen. Dazu wird weiter gefordert die Senkung der sozialen Abgaben und auch die Senkung der Ausgaben für den Staatsapparat.

Diesem Wirtschaftskurs, wie er von den Finanzkreisen um Schacht eingeschlagen wird, wird von den Wortführern der Hitlerpartei die Fortsetzung und Verschärfung des bisherigen Wirtschaftskurses gegenübergestellt, der ebenfalls die Lage der werktätigen Massen fortgesetzt verschlechtert. Der Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“ Nonnenbruch und andere Wirtschaftsredakteure der Nazis fordern, daß alle Redereien, daß die Staatskonjunktur zu einer nur auf der privaten Initiative beruhenden Konjunktur werden könnte, aufhören müßten. Die Staatskonjunktur könne nie aufgegeben werden, weil sie ein Fundamentalsatz des Nationalismus sei. Auch die Verschuldung des Staates sei keine Gefahr, wohl aber die Erwerbslosigkeit *die* Gefahr für den Staat. Es wird über die „alten Tanten“ gehöhnt, die sich den Kopf zerbrechen, wo das Geld hergenommen werden soll.

Von den Nationalsozialisten wurde demagogisch vorgeschlagen, die Mittel zur Arbeitsbeschaffung durch eine progressive Gewinnbesteuerung aufzubringen. Sie versuchen, mit ihren antikapitalistischen Phrasen die Arbeiter zu täuschen und zu belügen. Hitler hat auf dem diesjährigen Naziparteitag offen ausgesprochen, daß trotz der Teuerung eine Steigerung der Löhne nicht in Frage käme, weil das Inflation bedeute. Er hat sich zwar auch gegen Preissteigerungen ausgesprochen, aber die Tatsachen zeigen, daß die Preise immer mehr in die Höhe schnellen. Die Löhne werden also nicht erhöht, aber die Teuerung geht weiter und damit tritt eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter ein. Dazu kommt die ungemein

gesteigerte Arbeitsintensität. Ley hat sie auf der Tagung der „Arbeitsfront“ als ein „unerhörtes und fast unfaßliches Arbeitstempo“ bezeichnet.

Während Schacht in seiner Königsberger Rede am 18. VIII. sich scharf gegen die Außerachtlassung der Schwierigkeiten für die Aufbringung der Staatsmittel, für die Finanzierung der Produktion wandte, hat er darüber auf der Tagung der „Arbeitsfront“ in Nürnberg nicht gesprochen und ist dort auch den ernststen Wirtschaftsproblemen aus dem Wege gegangen. Tatsächlich hat aber Hitler die Schachtsche Wirtschaftspolitik mit Ausnahme des Abbaus der Arbeitsbeschaffung akzeptiert und damit dem Finanzkapital die Zusicherung gegeben, daß die Hitlerregierung diesen Kurs der Lohnsenkung, Steigerung der Arbeitsintensität, Steuererhöhung, des Abbaus der sozialen Leistungen unter gesteigertem Terror gegen die „inneren Staatsfeinde“ durchführen wird. Damit sind aber keineswegs die Differenzen in der Bourgeoisie behoben, die sich infolge der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der wachsenden Radikalisierung der Massen weiter verstärken werden.

3. WIE MÜSSEN WIR DIESE DIFFERENZEN AUSNUTZEN?

Inwiefern ist nun die Kenntnis der innerhalb der Bourgeoisie vorhandenen Differenzen und der in verschiedenen Schichten mehr oder minder offen geführten Kämpfe von Bedeutung für unsere Taktik? Wie müssen wir verstehen, diese Differenzen im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten auszunutzen? Wir müssen uns vor einer Unter- oder Ueberschätzung dieser Differenzen bewahren, um sie richtig bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung in Deutschland einzukalkulieren.

Das trifft besonders auf die Differenzen zwischen der Reichswehrgeneralität und der Hitlerpartei zu. Wir dürfen nicht annehmen, daß etwa durch die Reden von Hitler auf dem Parteitag, besonders durch die in seiner Schlußrede enthaltene Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Partei und Armee, diese Differenzen beseitigt seien. Dazu sind die Tendenzen in der Hitlerpartei, die Armee der Parteigewalt unterzuordnen, und die Unzufriedenheit der Generale mit verschiedenen Maßnahmen der Hitlerdiktatur viel zu stark, als daß sie durch solche Reden von Hitler abgeschwächt werden könnten. Andererseits müssen wir verhindern, daß etwa anläßlich dieser Differenzen die Illusion wieder auftaucht, die besonders durch den sozialdemokratischen Parteivorstand genährt wurde, daß die Arbeiterschaft auf eine Befreiung von der Hitlerdiktatur durch die Reichswehr hoffen könne.

Diese Differenzen sind für den Kampf der Arbeiter nicht zuletzt von Bedeutung im Zusammenhang mit den Auswirkungen dieser Differenzen auf das Kleinbürgertum, das in seiner politischen Orientierung von diesen Differenzen viel mehr beeinflußt wird als die Arbeiterklasse. Die Ausnutzung dieser Differenzen durch die Arbeiterklasse besteht also gerade darin, das in Gärung begriffene Kleinbürgertum auf seine Seite zu ziehen. Das wird um so eher möglich sein, je größer die Differenzen in der Bourgeoisie sind, und insofern ist die Arbeiterklasse an der Steigerung dieser Differenzen interessiert.

Von sehr viel größerer Bedeutung ist die genaue Kenntnis der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie. Die Hitlerpartei verfolgt hierbei selbstverständlich in erster Reihe den Plan, die Erhaltung ihrer Massenbasis mit den Interessen ihrer Auftraggeber zu verbinden, während die Bourgeoisie in erster Reihe ihre Profitinteressen verfolgt und die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Kosten der werktätigen Massen zu beheben sucht, was auf die Dauer die Massenbasis der Faschisten einschränken muß. Die Hitlerpartei ist bei der Verfolgung ihres Parteiinteresses, die Massen durch Versprechungen zu beruhigen und von Kämpfen zurückzuhalten, genötigt, eine starke antikapitalistische Phraseologie anzuwenden. Das bietet sehr gute Möglichkeiten zur Auslösung von Diskussionen in den Betrieben und zur Mobilisierung der Arbeiterklasse. So z. B. wenn die Faschisten von dem Profit- und Dividendenhunger der Kapitalisten sprechen, wenn sie gegen die Preissteigerung und gegen Tarifverletzungen auftreten, wenn sie von „gerechtem Lohn“ sprechen und ähnliches mehr.

Wir müssen außerdem sehr stark die Differenzen ausnutzen, die sich besonders zwischen der katholischen Kirche und der Hitlerpartei in außerordentlich scharfem Maße zuspitzen und die uns Gelegenheit geben, die breitesten katholischen Massen bis in die Schichten der katho-

lischen Bourgeoisie hinein für den gemeinsamen Kampf gegen das faschistische Regime zu gewinnen und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Volksfront zu schaffen.

Das trifft auch auf die Differenzen der Deutschnationalen und der mit ihnen politisch verbundenen Stahlhelmorganisationen und Studentenverbindungen mit der Hitlerpartei zu, die sich auch auf die in ihrer Mehrheit politisch mit den Deutschnationalen verbundene Reichswehrgeneralität erstrecken. Das rigorose Vorgehen der Nazi-partei, besonders gegen die Stahlhelmorganisation, denen große bäuerliche und auch kleinbürgerliche Schichten angehören, muß von uns in der stärksten Weise dahingehend ausgenutzt werden, daß wir mit diesen Organisationen Verbindung aufnehmen, ihnen das offene Angebot machen, sie in ihrem Kampfe gegen die Hitlerpartei zu unterstützen, und dadurch auch diese Schichten für die Volksfront gewinnen. Die bestehenden politischen Gegensätze zu den Führungen dieser Organisationen dürfen uns hieran nicht hindern.

III. DIE PERSPEKTIVE UND DIE GENERAL- LINIE DER PARTEI

1. DIE PERSPEKTIVE

a) Die neuen Merkmale in der Lage

Was haben wir auf Grund der Analyse der neuen Momente in der gegenwärtigen Lage Deutschlands festgestellt:

1. Den Beginn einer Aktivisierung in den Betriebsbelegschaften;

2. wachsende Unzufriedenheit im Kleinbürger- und Bauerntum, die für die faschistische Diktatur besonders drohend ist, weil sie mit der Aktivisierung in der Arbeiterklasse zusammenfällt;

3. neue Differenzen im Lager der Bourgeoisie;

4. wachsende Schwierigkeiten in der Wirtschaft, die zu einem neuen Wirtschaftskurs drängen;

5. weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter, Kleinbürger und Bauern im Zusammenhang mit der Durchführung dieses neuen Kurses;

6. die unmittelbare Gefahr eines Krieges, begünstigt durch die gegenwärtige kritische Lage in Europa.

Bei den sich aus dieser Lage ergebenden Perspektiven ist von ausschlaggebender Bedeutung, ob Möglichkeiten für die Hitlerdiktatur bestehen, ihre Schwierigkeiten auf dem einen oder anderen Wege zu mildern, oder ob die Schwierigkeiten sich zwangsläufig weiterentwickeln und

sich aus dieser Entwicklung günstige Bedingungen für die weitere Verschärfung der Gegensätze, für ein schärferes Aufeinanderprallen der Klassenkräfte und für die Auslösung einer politischen Krise ergeben werden.

Wir müssen selbstverständlich die Faktoren, die bei dieser Entwicklung eine Rolle spielen, so nehmen wie sie sind, und nicht etwa so, wie wir sie uns wünschen. Das hat auch Genosse Dimitroff in seinen Ausführungen auf dem Kongreß besonders hervorgehoben.

Die Entwicklung wird entscheidend beeinflußt von dem subjektiven Faktor des proletarischen Klassenkampfes, von der Entwicklung der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und in Verbindung damit auch von der Orientierung der Mittelschichten zur Arbeiterklasse. Hier liegt eben die große Aufgabe der Kommunistischen Partei, inwieweit sie es versteht, diesen subjektiven Faktor zu entwickeln. Aber das geschieht doch wiederum unter den Bedingungen, die der Kapitalismus schafft, auf der Basis der kapitalistischen Wirtschaft. Damit ist also die Frage verbunden, ob die Bourgeoisie die Möglichkeit hat, die Lage der werktätigen Massen zu verbessern und damit die Ursache ihrer wachsenden Unzufriedenheit und ihres Widerstandes zu beheben, oder ob sie durch Gewalt die werktätigen Schichten an ihrem Kampfe zu hindern suchen muß. Deshalb ist die Untersuchung der objektiv wirkenden Faktoren in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft die Voraussetzung für die Herausarbeitung einer richtigen politischen Linie.

b) Weitere Anhäufung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestehen für die Hitlerdiktatur vorwiegend in den Exportschwierigkeiten und damit in Devisennot und mangelnder Rohstoffversor-

gung, in der mangelnden Initiative des Privatkapitals, in der ungeheuren Verschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden, wobei die kurzfristige Verschuldung besonders gefährlich ist; eng damit zusammen hängt die Gefahr der Inflation.

Selbstverständlich werden von der Bourgeoisie Anstrengungen gemacht, diese Schwierigkeiten herabzumindern, sowohl im Interesse der Erhaltung und Steigerung der Profite als auch wegen der sozialen Auswirkungen auf die Lage der werktätigen Massen. Aber alle von der Bourgeoisie unternommenen Versuche haben bisher keine Abschwächung, sondern eher eine Vermehrung dieser Schwierigkeiten herbeigeführt. Die Schwierigkeiten des Weltmarktes machen eine wesentliche Steigerung des Exports ziemlich aussichtslos: die Versuche, Ersatzstoffe für die fehlenden Rohstoffe herzustellen, haben bisher keine günstigen Resultate erzielt. Die Versuche der Exportsteigerung rufen Gegenmaßnahmen der anderen Länder hervor, die den Export noch mehr vermindern. Auch die Versuche des Dritten Reiches, aus den Devisenschwierigkeiten durch Aufnahme einer Auslandsanleihe herauszukommen, waren bisher ergebnislos. Die Möglichkeiten, durch Zwangsanleihen im Lande aus der Gefahr herauszukommen, die die kurzfristige Verschuldung mit sich bringt, sind sehr begrenzt und auch in Anbetracht der hohen Summen der kurzfristigen Verschuldung und ihres weiteren Wachstums nur sehr bedingt wirksam. Das Privatkapital, das sich bisher in der Investierung sehr zurückhielt, kann nur durch eine Steigerung der Profitrate mobilisiert werden.

Gerade aus diesem Grunde schlägt das Finanzkapital einen Wirtschaftskurs ein, der in einer neuen Rationalisierung der Wirtschaft besteht, durch die aber die Lage der werktätigen Massen wesentlich verschlechtert wird. Das trifft sowohl auf die mit dieser Rationalisierung verbundene Lohnsenkung, die Steigerung der Arbeitsintensi-

tät, den Abbau der sozialen Leistungen und Unterstützungen wie auch auf die Erhebung neuer Massensteuern und den Abbau der Arbeitsbeschaffung durch Staatsgelder zu.

c) Die Verschärfung des terroristischen Kurses der faschistischen Diktatur

Die Hitlerdiktatur wird also kaum in der Lage sein, die wachsende Unzufriedenheit der Massen einzudämmen. Sie wird im Gegenteil durch ihre Maßnahmen zu ihrer Steigerung beitragen. Natürlich vermag sie die Massen über die Ursachen der Verschlechterung ihrer Lage zu täuschen und die Unzufriedenheit der Massen in solche Bahnen zu lenken, die die Massen vom Klassenkampf ablenken, wie das vor allem durch die Judenhetze teilweise mit Erfolg geschieht. Aber auf die Dauer versagen auch diese Mittel. Außerdem versucht die Hitlerdiktatur mit Gewalt, mit verstärktem Terror die werktätigen Massen, besonders die Arbeiterklasse, am Klassenkampfe zu hindern. Aber auch hier zeigt die Entwicklung der letzten Zeit, daß ihr das immer weniger gelingt.

Gerade der diesjährige Nürnberger Parteitag der Nazis, die Reden Hitlers und der anderen Naziführer zeigen, daß selbst durch den stärksten faschistischen Terror der Bourgeoisie nicht die Ruhe in der Arbeiterklasse und in den übrigen werktätigen Schichten verschafft wurde, die sie zur Durchführung ihres neuen Wirtschaftskurses braucht. Die Auswirkung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten trägt außerdem dazu bei, daß das Kleinbürgertum und die Bauernschaft infolge ihrer sich verschlechternden Lage immer rebellischer werden, die Massenbasis des Faschismus sich verengt und für die Bourgeoisie die große Gefahr entsteht, daß sich diese Schichten mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen das faschistische Regime verbinden.

Der Nürnberger Parteitag der Nazis zeigt in allen Reden

von Hitler, Goebbels, Rosenberg den Willen zur Fortsetzung und Steigerung des extremen Kurses der letzten Monate bei der Verfolgung der Gegner und der sozialen Demagogie, in Verbindung mit der Durchführung des neuen Wirtschaftskurses und der provokatorischen Kriegspolitik.

Die Perspektive, die sich für den Klassenkampf aus dieser Entwicklung ergibt, zeigt die Möglichkeiten der Verschärfung des Klassenkampfes auf, und zwar bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei in einer Ausbreitung und Schärfe, die bis zum Sturz der faschistischen Diktatur führt.

Wir müssen dabei selbstverständlich auch die großen Schwierigkeiten beachten, die unseren Versuchen der Mobilisierung der Massen gegen die faschistische Diktatur entgegenstehen. Wir müssen sehr ernst die Quellen studieren, aus denen der Faschismus seine Kraft schöpft, seine teilweisen außenpolitischen Erfolge, die Großmachtideologie, den Nationalismus, womit er die großen Massen des Kleinbürgertums immer wieder an sich heranzieht. Dazu kommt, daß er alle ihm entgegenstehenden Organisationen im Lande aufgelöst oder gleichgeschaltet hat, daß er seine fast vollständige Totalität aufgerichtet und sich einen ungeheuren Staatsapparat, verbunden mit der Organisation der SA und der SS, geschaffen hat. Auch die verminderte Erwerbslosigkeit wird von der faschistischen Diktatur zur Täuschung der Arbeitermassen ausgenutzt. Wenn auch die Opposition gegen das faschistische Regime bereits breitere Ausmaße angenommen hat, so fehlt doch bisher ihre Zusammenfassung und Organisation. Dadurch wird es dem Faschismus erleichtert, mit den Mitteln des Terrors gegen jeden einzeln auftretenden Widerstand vorzugehen. Es entsteht also die Aufgabe, mit verstärkter Kraft zu versuchen, die Einheitsfront und die Volksfront zu organisieren und Widerstandsaktionen gegen das faschistische Regime auszulösen.

d) Die Steigerung der Kriegsgefahr

Die Hitlerdiktatur versucht, aus den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Verschärfung des Klassenkampfes durch den Krieg herauszukommen. Gerade hier liegt die Erklärung für die provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung, die sie natürlich im Auftrage des deutschen Finanzkapitals betreibt. Der letzte Parteitag der Nazis war in seiner Hetze gegen die Sowjetunion, in seinen Drohungen gegen Litauen eine einzige Provokation, wobei die Hitlerregierung die Verschärfung der internationalen Lage durch den italienisch-englischen Konflikt um Abessinien nicht nur im Auge hatte, sondern direkt darauf spekulierte, um dadurch Handlungsfreiheit in Litauen zu erhalten und sich dort ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu verschaffen.

Die Verschärfung dieser Konflikte hat bereits einen Grad erreicht, bei dem jeden Tag der offene Kriegsfall eintreten kann. Wir müssen ganz klar diese Perspektive vor Augen haben.

Die Stimmung der werktätigen Massen im Lande ist keineswegs für den Krieg. Die Versuche der Hitlerregierung, diese Kriegsstimmung im Lande durch ihre chauvinistische Hetze zu schaffen, haben bisher keinen ernststen Erfolg gehabt. Wenn wir auch klar sehen müssen, daß der Erfolg der Saarabstimmung, die Durchbrechung der Versailler Militärbestimmungen durch die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht, durch die offene Demonstration der schwersten Kriegswaffen in den letzten Manövern, auf dem Hitlerparteitag und jetzt am 6. Oktober bei dem sogenannten Erntedankfest auf dem Bückeberg einen starken Eindruck auf bestimmte Teile der Bevölkerung machten und der Hitlerregierung einen Prestigegegewinn verschafften, so bedeutet das noch keineswegs, daß sie damit die Massen für den Krieg gewonnen hat. Aber wir müssen uns daran erinnern, was Lenin über das Ge-

heimnis des Kriegsausbruchs geschrieben hat. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir uns etwa auf die Anti-kriegsstimmung der Massen verlassen und nicht alles tun würden, um Verständnis in den Massen dafür zu erwecken, daß nur durch die Schaffung der Einheits- und Volksfront die Garantien für ein erfolgreiches Auftreten gegen diese Kriegsprovokationen geschaffen werden können.

e) Die Verschärfung der Differenzen innerhalb der Bourgeoisie

Hitler hat sich in den 2 Jahren 8 Monaten seiner Diktatur durch die Gleichschaltung aller bürgerlichen Parteien und Organisationen sehr darum bemüht, diese Kräfte der Totalität der Nazipartei unterzuordnen und dadurch die Differenzen in der Bourgeoisie auszugleichen und eine Konsolidierung seiner Diktatur zu sichern. Das ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil, er mußte auf dem Nürnberger Parteitag von der Verschärfung dieser Differenzen sprechen. Diese Differenzen haben sowohl für die Bourgeoisie wie auch für die Arbeiterklasse eine sehr große Bedeutung, und zwar in bezug auf die Orientierung der Mittelschichten, des städtischen Mittelstandes und der Bauernmassen. Je stärker diese Differenzen in der Bourgeoisie hervortreten, um so zwangsläufiger werden die Mittelschichten in diese Differenzen hineingezogen, da sich jeder der widerstreitenden Teile der Bourgeoisie um die Gefolgschaft der Mittelschichten bemüht. Wenn aber von keinem dieser Teile den Mittelschichten eine Erleichterung in ihrer schlechten Lage verschafft wird und sie mehr oder weniger nur das Objekt sind, das man mit Versprechungen zu ködern sucht, so übt das eine starke zersetzende Wirkung auf diese Schichten aus, und um so größer wird die Möglichkeit, diese Schichten für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Die Hitlerregierung versucht, den Bestrebungen der

Deutschnationalen, diese Schichten für sich gegen die Hitlerdiktatur zu gewinnen, mit dem Verbot der Stahlhelmorganisationen, der Studentenverbindungen und mit anderen Maßnahmen zu begegnen. Dasselbe macht sie gegenüber dem Zentrum, das durch die katholische Kirche und die noch bestehenden katholischen Organisationen seinen Einfluß auf die Mittelschichten auszuüben versucht, um dadurch die Wahrung der politischen und materiellen Interessen der katholischen Kirche zu sichern: die Hitlerregierung geht mit dem Verbot der katholischen Organisationen, der Verhaftung renitenter Geistlicher, dem Terror gegen die katholische Jugend und ähnlichen Mitteln dagegen vor.

Die Differenzen in der Bourgeoisie bezüglich der Wirtschaftspolitik des „Dritten Reiches“ haben ihre Ursachen teils in den unterschiedlichen Interessen der Großindustrie und der Großagrariarier, teils in den unterschiedlichen Interessen der Exportindustrie und der mehr für den Inlandsbedarf produzierenden Industrie, besonders der Rüstungsindustrie, hauptsächlich aber in einem bestimmten Widerspruch zwischen den unmittelbaren Profitinteressen einflußreicher Teile des Finanzkapitals und den Bestrebungen der Nazibürokratie zur demagogischen Beeinflussung der werktätigen Massen. Diese Widersprüche werden sich ebenfalls keineswegs vermindern, sondern sich durch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehren. Damit ergibt sich auch die Perspektive der wachsenden Differenzen innerhalb der Bourgeoisie und deren Auswirkung auf die werktätigen Massen, insbesondere auf die Mittelschichten.

f) Gesteigerter Widerstand der Arbeiterklasse und der Mittelschichten gegen die faschistische Diktatur

Am entscheidendsten für die weitere Entwicklung ist die begonnene Aktivisierung in den Betriebsbelegschaften.

Wenn auch die bis jetzt bekanntgewordenen Vorgänge in den Betrieben noch keinen hohen Grad dieser Aktivisierung zeigen, sehr unterschiedlich in der Form des Widerstandes und in den Forderungen sind, so ist doch eine Verbreiterung dieses Widerstandes festzustellen, wie ich das schon an einzelnen Stellen nachgewiesen habe. Wird dieser Widerstand wachsen und wird er breitere und aktivere Formen annehmen oder wird es den Faschisten gelingen, die Arbeiter hiervon abzuhalten oder durch Terror zurückzuschrecken? Der neue Wirtschaftskurs weist alle Elemente der Verschlechterung der Lage der Arbeiter auf und es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter das kampflos hinnehmen werden, auch nicht die der Nazipartei angehörenden Arbeiter. Die Auswirkungen dieses Kurses werden also sowohl die Arbeiterschaft zu gesteigertem Widerstand treiben als auch die Differenzen in der Nazipartei vermehren. Das wird um so eher eintreten, je besser wir es verstehen, in den Betrieben und in der „Arbeitsfront“ die antikapitalistische Demagogie der Faschisten und die legalen Möglichkeiten zur Auslösung von Diskussionen über die Arbeiterforderungen und die Organisierung des Kampfes auszunutzen. Jedenfalls bestehen große Möglichkeiten für die Steigerung dieses Widerstandes bis zu Streiks oder passiver Resistenz und der weiteren Zuspitzung des Klassenkampfes.

2. DIE GENERALLINIE DER PARTEI

a) Aktionseinheit aller Hitlergegner für den Sturz der faschistischen Diktatur

Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht bei dieser Perspektive der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Verschiebung der Klassenkräfte darin, die Initiative zur Erfassung aller mit dem faschistischen Regime und mit ihrer Lage unzufriedenen Kräfte zu ergreifen und ihre vereinigten Anstrengungen auf ein Ziel zu richten — auf den Sturz der Hitlerdiktatur. Das bedeutet natürlich keineswegs die Zurückstellung des revolutionären Endzieles, das wir uns mit der proletarischen Revolution, mit dem Sturz des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung der Sowjetmacht gestellt haben. Wir müssen verstehen, daß die Erreichung dieses Zieles nur durch die Heranführung der Massen an den Kampf um dieses Ziel auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und der Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Zieles möglich ist. Wir sollen auch beachten, daß wir in Anbetracht der objektiv günstigen Bedingungen, die durch die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen, die wachsende Unzufriedenheit der Mittelschichten und die Differenzen im Lager der Bourgeoisie gekennzeichnet sind, einen Tempoverlust in der Zusammenschweißung der Kräfte zu verzeichnen haben. Das ist auf das Unverständnis in unseren Reihen und teilweise sogar auf einen gewissen Widerstand da-

gegen zurückzuführen, die gemeinsame Kampffront in der Arbeiterklasse und mit den Mittelschichten und sogar mit Teilen der Bourgeoisie gegen die Hitlerdiktatur zu schaffen.

Hitler hat auf dem Nürnberger Parteitag die ihm gegenüberstehenden Kräfte wie folgt charakterisiert: „1. der jüdische Marxismus und die mit ihm verwandte parlamentarische Demokratie, 2. das politisch und moralisch verderbliche Zentrum, 3. gewisse Elemente eines unbelehrbaren, dummreaktionären Bürgertums“, und daraus schlußfolgert: „Alle diese Erscheinungen sind nur einig im Negativen, d. h. sie sehen im heutigen Staat den gemeinsamen Feind. Allein ihnen allen ist nicht zu eigen auch nur die geringste gemeinsame Idee.“ Darin hat Hitler vorläufig recht. Aber hier ist gerade der Punkt, an dem wir Kommunisten mit unserer neuen taktischen Orientierung zur Schaffung der Einheits- und Volksfront einsetzen müssen. Wir müssen diese positive gemeinsame Idee, die politische Plattform für die Sammlung aller Gegner der Hitlerdiktatur schaffen.

Der VII. Weltkongreß hat allen kommunistischen Sektionen die Aufgabe der Schaffung der Einheitsfront und Volksfront gestellt, und es ist unsere Pflicht, diese Aufgabe an Hand der Lage in Deutschland und der Perspektive konkret zu entwickeln, d. h. die Formen und Methoden und die Losungen zu finden, durch die wir alle diese Kräfte in dem einen Ziel vereinen: in dem Ziel des Sturzes der Hitlerdiktatur.

b) Neues Verhältnis zur Sozialdemokratie für Schaffung der Einheitsfront

Für die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse ist die wichtigste Voraussetzung, daß wir in erster Reihe die sozialdemokratischen Arbeiter für sie gewinnen.

Dazu ist wiederum eine wichtige Voraussetzung, daß wir unser Verhältnis zur Sozialdemokratie völlig neu gestalten. Wir müssen alle Hemmungen, die sich aus unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie vor der faschistischen Diktatur ergeben, restlos überwinden. Die Lage der Sozialdemokratie hat sich doch seit dieser Zeit grundlegend geändert. Sie wurde durch die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, durch das Verbot ihrer Partei und die Verfolgung ihrer Mitglieder in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime gedrängt und vermochte deshalb ihre frühere Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie nicht mehr zu erfüllen.

Wir haben diese Veränderung nicht beachtet, und das hat uns gehindert, unser Verhältnis zur Sozialdemokratie zu ändern. Es kommt in der Politik nicht darauf an, alte Wahrheiten, die auf frühere Verhältnisse paßten, mechanisch zu wiederholen, unabhängig davon, ob sich die Verhältnisse inzwischen geändert haben. Im Gegenteil, Politik machen heißt, in der jeweiligen Situation alle Kräfte für die Erreichung eines Kampfzieles zusammenreißen und in Bewegung setzen. Und davon muß auch unser Herantreten an den sozialdemokratischen Parteivorstand ausgehen. Das soll nicht formell, sondern auf Grund bestimmter Voraussetzungen und unter entsprechender Vorbereitung geschehen. Die Vorbereitung liegt in dem völligen Wandel unserer bisherigen Methoden zur Schaffung der Einheitsfront, des Herantretens an die sozialdemokratischen Arbeiter. Mit aller Schärfe müssen Methoden zurückgewiesen werden, die den Eindruck erwecken können, daß es uns dabei nur auf Agitation, nur auf eine Werbung für die Kommunistische Partei, nur auf eine Entlarvung der sozialdemokratischen Führer ankommt.

Wir müssen klar und eindeutig unser Ziel vor den sozialdemokratischen Arbeitern entwickeln, ihnen beweisen, daß es unser ehrlicher Wille ist, mit ihnen und ihrer Partei eine gemeinsame Kampffront, die auf gleichen Voraus-

setzungen, auf gleichen Rechten und Pflichten beruht, zu schaffen, mit ihnen gemeinsam die Kampfforderungen aufzustellen. Jedes Kommandieren, jede Schulmeisterei muß dabei auf unserer Seite vollständig verschwinden.

Wir dürfen uns aber auch die Entwicklung der Einheitsfront nicht so mechanisch vorstellen, daß etwa das Zustandekommen der Einheitsfront stufenmäßig vor sich geht, erst die unteren Einheiten und Gruppen, dann die Organisationen, dann die Spitzen. So richtig es ist, daß der sozialdemokratische Parteivorstand erst durch den Druck des Willens der Mitglieder seiner Partei sich zu Verhandlungen über Einheitsfrontabkommen mit uns bereit erklären wird, so können wir doch mit dem Herantreten an ihn nicht warten.

Die Lage in Deutschland ist so, daß wir alles an die Schaffung dieses Einheitsfrontabkommens setzen müssen, weil es eine wichtige Voraussetzung für die Verbreiterung der Einheitsfront auch über den Kreis der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter hinaus ist. Wir haben eine Lage, wo das Herantreten an die katholischen Arbeiter und auch an die katholischen Organisationen, sogar an die Spitzen, dringend notwendig ist. Aber solange wir nicht vermocht haben, mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand oder seinem oppositionellen Teil ein Einheitsfrontabkommen abzuschließen, wird das Herantreten an die katholischen Organisationen kaum zu einem Resultat führen.

c) Die Bedeutung der Einheitsfront für die Herbeiführung der antifaschistischen Volksfront

Die gleiche Bedeutung hat das Zustandekommen eines solchen Einheitsfrontabkommens auch für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront. Solange uns die Erfüllung dieser Aufgabe nicht gelungen ist, wird die Arbeiter-

klasse für die Mittelschichten nicht der Magnet sein, der sie anzieht, wird die Arbeiterklasse nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren. Gerade für die Lage in Deutschland ist die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen der Volksfront, nicht nur weil die Arbeiterklasse in Deutschland zahlenmäßig von entscheidender Bedeutung ist, sondern weil große Massen der Mittelschichten sich heute noch, wenn auch weniger aus innerer Ueberzeugung, in der Gefolgschaft des Faschismus befinden. Erst wenn sie in der Einheitsfront der Arbeiterklasse die führende Kraft sehen, die fähig ist, den Faschismus zu schlagen, werden sie sich vom Faschismus abwenden und sich der Arbeiterklasse anschließen.

Natürlich müssen für die Schaffung der Volksfront noch andere Voraussetzungen geschaffen werden. In den Schichten, die dafür gewonnen werden müssen, sind sehr viel mehr unterschiedliche Interessen und politische Auffassungen vorhanden als in der Arbeiterklasse. Darauf müssen wir bei dem Versuch, sie in dem Kampfziel des Sturzes der Hitlerdiktatur zu vereinen, natürlich Rücksicht nehmen, jedenfalls dürfen wir das nicht ignorieren. Das erfordert in den Formen und Methoden unserer Arbeit eine noch größere Beweglichkeit, Vermeidung jedes Schematismus und die Aenderung der uns geläufigen politischen Formeln und Sprache. Es liegt also sehr viel Neues vor uns, und wir müssen sehr viel neu lernen, wenn wir unsere Aufgaben erfüllen wollen. Wir sollen nicht etwa annehmen, daß wir unsere bisherige Einheitsfronttaktik nur ungenügend oder schlecht *durchgeführt* haben und daß wir sie nur zu verstärken brauchen. Das hieße vollkommen verkennen, worauf es jetzt ankommt. Wir müssen wirklich lernen, die Einheitsfronttaktik *auf neue Art*, auf Grund einer *neuen taktischen Orientierung* anzuwenden.

*d) Unsere Initiative zur Verwirklichung der politischen
Einheit der Arbeiterklasse*

Noch eines ist von größter Bedeutung für die Entfaltung der Kraft der Arbeiterklasse: die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats. Auch dieser Gedanke und diese Aufgabe sind vom VII. Weltkongreß der Komintern völlig neu gestellt worden. Diese Losung ist auch von den Linken in der Sozialdemokratie, vom „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ in ihrer Plattform der Schaffung einer „Revolutionären Sozialistischen Einheitspartei“ aufgestellt worden. Es kommt aber nicht allein auf die Aufstellung einer politischen Parole an, wichtiger sind die Wege und Methoden ihrer Verwirklichung. Von den Linken ist seit der Veröffentlichung ihrer Plattform nichts getan worden, um die Einheitspartei in Deutschland zu schaffen. Der VII. Weltkongreß hat die Bedingungen festgelegt, unter denen die einheitliche Massenpartei geschaffen werden muß, wenn sie ihre Aufgabe im Interesse der Arbeiterklasse erfüllen soll.

Ich will nochmals die Notwendigkeit der Schaffung der Gewerkschaftseinheit hervorheben, die in Deutschland, wo die Freien Gewerkschaften zerschlagen sind, nur in der Form angestrebt werden kann, daß wir in den Betrieben und in der „Arbeitsfront“ die ehemals freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften gewinnen. Wir müssen durch die Gewerkschaftsgruppen in der „Arbeitsfront“ und in den Betrieben die organisatorischen Stützpunkte für eine freigewerkschaftliche Bewegung schaffen.

e) Die neue Taktik

Auf dem VII. Weltkongreß ist von Genossen Dimitroff das Beispiel vom trojanischen Pferd für unsere Arbeit in

den faschistischen Massenorganisationen gewählt worden. Wir müssen sehr gut verstehen, welche große Bedeutung dieses Beispiel hat. Der Faschismus hat durch die faschistischen Massenorganisationen, die er beherrscht und unter seiner ständigen Kontrolle hält, wie auch durch den faschistischen Terror eine Art Mauer zum Schutze seines Regimes gegen die feindlichen Kräfte aufgerichtet. Wir werden den Faschismus nicht stürzen, wenn wir nicht verstehen, in die Festung einzudringen und dort unsere Kräfte zu entwickeln, um so durch das Zusammenwirken dieser Kräfte von innen und der antifaschistischen Kräfte von außen die Möglichkeit seines Sturzes zu schaffen.

Darum müssen wir ganz konsequent und energisch die Hemmungen in unseren Reihen beseitigen, die noch für die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen bestehen. Das ist wiederum nicht nur die Frage eines Beschlusses oder der Disziplin, sondern der Ueberzeugung, daß diese Arbeit unbedingt notwendig zur Erreichung unseres Kampfzieles ist. Es hängt das auch mit unserer Fähigkeit zusammen, alle legalen Möglichkeiten in diesen Organisationen zur Gewinnung der Arbeiter für die Einheitsfront und für den Tageskampf auszunutzen.

Für die politische Plattform zur Schaffung der Einheits- und Volksfront ist von entscheidender Bedeutung, welche Losungen wir für diese Bewegung aufstellen und wie weit wir es verstehen, diese Losungen in den Massen zu popularisieren, sie zu ihrem Gemeingut zu machen.

Auch hier müssen wir eine gründliche Aenderung unserer bisherigen Taktik vollziehen. Wir haben gewiß immer Losungen aufgestellt, die unserem kommunistischen Programm entsprechen. Wenn wir also eine Wendung vornehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren, sondern es soll bedeuten, daß wir in unserem Kampfe für

unser Teilziel, für den Sturz der faschistischen Diktatur, solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind.

f) Die Losungen für den Freiheitskampf

Große Teile des werktätigen Volkes sind unzufrieden und empört über die faschistische Diktatur, die ihnen jegliche Freiheit genommen hat. Sie sind empört über die Willkür der braunen Bonzen, der Kommissarwirtschaft. Nichts liegt näher, als daß wir, um diese Schichten für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen, die Losungen der demokratischen Freiheiten in den Vordergrund stellen, um deren Erringung der gemeinsame Kampf geführt werden soll. Es gibt eine Anzahl solcher Forderungen, für die es möglich ist, breite Massen, ohne Unterschied ihrer politischen Richtung, der Religion und der Weltanschauung zu gewinnen, und die wir selbstverständlich auch verbinden müssen mit den Losungen zur Verbesserung der materiellen Lebenshaltung dieser Schichten. Dazu kommen Losungen für die Erhaltung des Friedens, die Verhinderung des Krieges, Losungen gegen den faschistischen Terror, für die Freilassung der politischen Gefangenen, die gegenwärtig in Deutschland fast allen Schichten der Bevölkerung angehören. Wir sollten sehr kühn an die Formulierung solcher Losungen herangehen, besonders was die demokratischen Losungen betrifft, und nicht etwa besorgt sein, daß wir damit von unserem revolutionären Endziel ablenken.

Sehr richtig hat Genosse Dimitroff an folgende Worte Lenins erinnert, die uns den Kampf um die Demokratie verständlich machen:

„Es wäre ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß der Kampf für die Demokratie imstande sei, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder sie in den Hintergrund zu schieben, zu verdunkeln und dergleichen. Im Gegenteil, wie ein siegreicher Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen, konsequenten und revolutionären Kampf für die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“*

g) Die Regierung der Volksfront

Der VII. Weltkongreß hat die völlig neue Frage behandelt, daß in dem Vormarsch der revolutionären Massenbewegung eine Situation eintreten kann, bei der die Massen wohl zum Sturz der faschistischen Diktatur entschlossen sind, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen. Unter solchen Bedingungen werden die Kommunisten für die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion garantiert, eintreten, sie unterstützen und unter gewissen Voraussetzungen auch selbst an ihr teilnehmen. Die wesentliche Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein einer politischen Krise, die dann gegeben ist, wenn die herrschenden Klassen nicht mehr imstande sind, mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig zu werden, und die Schaffung einer solchen Regierung nicht mehr zu hindern vermögen. Unter solchen Voraussetzungen werden die Kommunisten auch für die Wahl einer Nationalversammlung auf Grund einer gesicherten freien, allgemeinen, gleichen und direkten Wahl eintreten.

* *Lenin. Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 40.*

Eine derartige Situation, die der Weltkongreß für die Schaffung einer Regierung der Einheitsfront als möglich angenommen hat, kann durch die Entwicklung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront in Deutschland bei Durchführung der Aktionseinheit der werktätigen Massen für den Sturz der Hitlerdiktatur eintreten. In dieser Situation werden wir grundlegende revolutionäre Losungen aufstellen, die darauf gerichtet sind, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie noch mehr zu erschüttern, die Kräfte der Arbeiterklasse zu steigern, alle Widerstände gegen die Zuspitzung des Kampfes zu überwinden, und so die Massen unmittelbar an die revolutionäre Machtergreifung heranzuführen.

Mit unseren freiheitlichen Losungen und unserem Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten werden wir breite Massen in Deutschland für den gemeinsamen Kampf gewinnen, die zwar noch nicht mit unserem revolutionären Endziel der Schaffung der Sowjetmacht einverstanden sind, die aber doch bereit sind, mit uns gemeinsam für den Sturz der Hitlerdiktatur zu kämpfen. Wir handeln mit solchen Losungen durchaus nach der Lehre von Lenin, daß wir „Formen des Ueberganges oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig machen“ müssen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand versteht aber die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sehr schlecht, wenn er sie dahin auslegt, daß, wie er schreibt, „die bisher verfeimte Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien jetzt akzeptiert wird“. Damit ist er vollständig im Irrtum. Eine Regierung der Einheitsfront hat nichts mit einer Koalitionsregierung oder mit einer sogenannten sozialdemokratischen Arbeiterregierung zu tun, sondern ist ein Organ der Zusammenarbeit der revolutionären Avantgarde des Proletariats mit anderen antifaschistischen Parteien im Interesse des gesamten werktätigen Volkes, das entschlossene Maßnahmen gegen Faschismus und Reak-

tion, gegen Großkapitalisten und Großagrarien durchführt und den Kampf der Arbeiterklasse und die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in keiner Weise einschränkt.

h) Die Koordinierung des Kampfes aller Hitlergegner

Diese vom Kongreß gestellte neue Aufgabe hat auch eine besondere Bedeutung für die Lage in Deutschland. Unter den führenden bürgerlichen Politikern und Intellektuellen, die sich in der Emigration befinden, sind Bestrebungen im Gange, ein Auslandszentrum für den Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu schaffen. Diese Kreise sind natürlich sehr genau über die Differenzen im Lager der Bourgeoisie, über die Bestrebungen auf Beseitigung der Totalität der Nazipartei in der Regierung und allen Amtsstellen sowie auf eine Aenderung der Außenpolitik der Nazi-Regierung informiert und träumen von einer Wiederherstellung der alten Zustände vor Hitler. Die Drohungen Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag gegen diese Kreise werden ihren Bestrebungen einen noch größeren Nachdruck verleihen. Es wäre eine schwere Unterlassung, wenn wir nicht alles versuchen würden, mit diesen Kreisen in engste Fühlung zu kommen, um deren Kampf gegen Hitler mit dem Kampfe der Volksfront zu verbinden. Das trifft auf alle oppositionellen Teile der Bourgeoisie zu.

Das Polbüro hat deshalb bereits Direktiven für solche Verhandlungen mit diesen Kreisen ausgearbeitet. Die Direktiven bewegen sich im Rahmen meiner Ausführungen über die demokratischen Losungen des Kampfes gegen den faschistischen Terror, gegen die Verbote der Organisationen und gegen die provokatorische Kriegspolitik der Hitlerregierung. Wir Kommunisten müssen die Initiative ergreifen, wir müssen alle schwankenden und noch unentschlossenen Kräfte in diese Bewegung hineinreißen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Genossen! Das ist die Generallinie der Partei, die politische Plattform für unsere Einheitsfronttaktik, für unsere revolutionäre Massenarbeit. Wir müssen eine radikale Wendung in den Formen, den Methoden und der Taktik unserer Massenarbeit vornehmen. Diese Aufgabe ist uns vom VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale gestellt. Diese Aufgabe stellt uns auch das deutsche Proletariat, das vom Hitlerfaschismus geknebelte und unterjochte deutsche Volk. Von uns, Genossen, hängt das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, das Schicksal Deutschlands ab.

Wir haben eine Partei, die in sich die besten und opferfreudigsten Elemente der deutschen Arbeiterklasse aufgenommen hat. Wir haben eine Partei, auf die die Kommunistische Internationale und die Arbeiterklasse der ganzen Welt stolz ist.

Unsere Partei wurde von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet, die ihr Leben bis zum letzten Atemzuge der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution hingegeben haben. Unsere Partei wurde zu einer bolschewistischen Massenpartei unter der Führung unseres Genossen Ernst Thälmann, der zum Symbol des antifaschistischen Kampfes in der ganzen Welt geworden ist. Unsere Partei hat Tausende proletarischer Helden. Sie sind das beste Blut, das die Arbeiterklasse besitzt. Es ist unsere Pflicht, diese Kräfte der Partei so einzusetzen, daß

wir die größtmöglichen Erfolge im Kampfe für den Sturz des Faschismus erreichen.

Das Sektierertum in unserer Partei, das uns bisher daran hinderte, müssen wir restlos ausrotten. Wir haben aus den Erfahrungen, aus den Fehlern und Mängeln unserer Arbeit, aus den Erfahrungen unserer französischen Bruderpartei und ihrem Erfolg bei der Schaffung der Einheits- und Volksfront sehr ernste Lehren zu ziehen. Es darf nicht wieder nur ein Lippenbekenntnis zur Wendung in unserer Arbeit sein. Wir brauchen Enthusiasten unserer neuen Generallinie, unserer neuen taktischen Orientierung, unserer politischen Plattform. Wir müssen sie mit Leidenschaft und größter Initiative ins Leben umsetzen.

Auf dieser Generallinie müssen wir alle Kräfte der Partei zusammenreißen, müssen wir eine starke Konzentration aller Kräfte herbeiführen, die aus innerster Ueberzeugung diese Linie vertreten und durchführen wollen, müssen wir die stärkste Agitation in unseren Reihen für diese Linie durchführen und jeden unserer Genossen von ihrer Notwendigkeit überzeugen. Wir wollen uns mit größter Kameradschaftlichkeit und Geduld mit allen Genossen auseinandersetzen, die von dieser Linie noch nicht überzeugt sind. Wir brauchen jeden einzelnen für den großen Kampf, den wir um die Befreiung des werktätigen Volkes Deutschlands aus dem Hitlerjoch und darüber hinaus aus der kapitalistischen Knechtschaft führen.

Die Entwicklung in Deutschland bietet uns, der Kommunistischen Partei große Möglichkeiten, die Massen zu gewinnen. Aber wir müssen uns ganz diesen Massen zuwenden, wir müssen die für die Massen verständliche, zündende Sprache finden. Wir müssen uns die Arbeitsmethoden aneignen, die uns mit den Massen verbinden und die dieses Band unzerreißbar machen.

Genossen! Wir gehen in Deutschland großen Kämpfen entgegen. Es hängt von uns, von unserer Arbeit ab, daß wir diese Kämpfe zum Ausgangspunkt für den Sturm

machen, für den Sturm von Millionen gegen die faschistische Sklaverei und kapitalistische Unterdrückung, für den Sturm zur Durchführung der proletarischen Revolution, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur und zur Schaffung eines freien sozialistischen Sowjetdeutschland!

SCHLUSSWORT

Genossen! Wenn wir das Resultat der zwölfzügigen Beratungen unserer Konferenz würdigen, dann müssen wir uns vor Augen halten, welche Aufgabe unserer 4. Parteikonferenz gestellt war. Sie sollte aus unserer vergangenen Parteiarbeit, aus den dabei gemachten Erfahrungen die Lehren für die kommende Arbeit ziehen, und das besonders im Hinblick auf die welthistorischen Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

Die vom Kongreß gestellten Probleme einer neuen taktischen Orientierung auf Grund der veränderten Weltlage, der Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront gegen Faschismus, imperialistischen Krieg und Kapitalsoffensive galt es auf der Parteikonferenz für ihre Anwendung in Deutschland zu konkretisieren, die Mittel und Wege ausfindig zu machen, die es der Arbeiterklasse in Deutschland ermöglichen sollen, den Faschismus zu stürzen. Bei dieser Aufgabe steht im Vordergrund die Schaffung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen, um die entscheidenden Schichten der deutschen Arbeiterklasse für diesen Kampf zu gewinnen, die Aktionseinheit der Arbeiter mit ihren Verbündeten, den städtischen Mittelschichten und der Bauernschaft, herzustellen. Es galt, die Kräfte des Gegners des Hitlerfaschismus klar zu analysieren, die eintretende Verschiebung der Klassenkräfte an Hand einer genauen Analyse der gesamten Lage festzustellen und daraus die weitere Entwicklungslinie, unsere Perspektive aufzuzeigen.

Ist der Parteikonferenz die Erfüllung dieser Aufgabe gelungen? Die Arbeit der Konferenz hat eine ernste Kritik durch den Genossen Ercoli als Vertreter der Komintern erfahren, der darauf hinwies, daß wir noch ungenügend die Kräfte des Faschismus, die Lage in den faschistischen Massenorganisationen, die Einstellung der Nazianhänger, ihre Stimmungen, Wünsche und Nöte aufgezeigt haben. Warum konnte dieser Mangel in unseren Beratungen auftreten? Es hängt das sehr eng zusammen mit der Krankheit, die unserer Arbeit anhafte, mit dem Sektierertum. Gerade weil unsere Partei nicht in den von den Faschisten geleiteten Massenorganisationen verankert ist, weil wir nicht die Verbindung mit den breiten Massen, die der Faschismus beherrscht, haben, weil wir uns von ihnen isolierten, gerade deshalb mußte dieser Mangel auch auf unserer Parteikonferenz hervortreten. Wir haben gegen das Sektierertum schon sehr viel gesprochen und uns vorgenommen, es gründlich auszurotten, aber wir stehen doch noch stark unter seinem Einfluß.

Das muß uns eine sehr ernste Lehre sein und uns veranlassen, grundlegend unsere Auffassung über die revolutionäre Massenarbeit zu ändern. Wir müssen verstehen, was der Weltkongreß mit seinen Beschlüssen über die neue taktische Orientierung und über die Einheitsfront auf neue Art von den Sektionen verlangt und was das von dem Genossen Dimitroff angewandte Beispiel vom trojanischen Pferd für unsere Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen bedeutet.

Ein Genosse hat uns auf der Konferenz einige sehr gute Beispiele dafür gegeben, wie in seinem Bezirk die Arbeit in den von den Faschisten geleiteten Sportorganisationen geleistet und in sehr geschickter Weise dieses Beispiel vom trojanischen Pferd praktiziert wurde, und wie sie verstanden, mit großem Erfolg den Kampf um die Besetzung der Leitung einer großen Sportorganisation zu führen. Wahrscheinlich hatten die Genossen bis zum Weltkongreß

nichts vom trojanischen Pferd gehört, aber doch begriffen, daß wir in der Methode und Sprache unserer Arbeit uns auf die durch die faschistische Diktatur herbeigeführten veränderten Bedingungen einstellen müssen, um unseren Einfluß auf die Arbeiter zu steigern.

Es sind hier von den Genossen noch viele andere Beispiele für die Arbeit in den Massenorganisationen angeführt worden. Ich möchte dabei nur an das von einem Jugendgenossen berichtete Beispiel der Arbeit unter der katholischen Jugend hinweisen, wo es sogar gelang, einen katholischen Pfarrer dazu zu bewegen, mit uns zusammen für die legale Vertretung der Jugendinteressen im Betrieb und im Arbeitsdienst zu wirken und Geld für die Opfer des faschistischen Terrors unter der Losung „Für die notleidenden Volksgenossen“ zu sammeln.

Was ist nun das Neue, das uns die Parteikonferenz gegeben hat? Worin bestehen die neuen Wege, die neuen Methoden, die wir in unserer Massenpolitik anwenden müssen? Ich möchte das in fünf Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Es ist das neue Verhältnis, das wir zur Sozialdemokratie schaffen müssen. Darin besteht eines der wesentlichen Merkmale der Einheitsfront auf neue Art. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf Grund ihrer durch den Sieg des Faschismus herbeigeführten veränderten Lage nicht mehr die Rolle der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie spielen kann, sondern in eine Kampfstellung gegenüber dem Faschismus gezwungen wurde, ist für die Bestimmung unseres Verhältnisses zu ihr von entscheidender Bedeutung.

Wir haben einen gemeinsamen Feind, wir haben ein gemeinsames Ziel, wir müssen gemeinsam kämpfen — darin besteht die Grundlage unseres Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Das hebt noch nicht die politischen Gegensätze auf, die zwischen der Politik der Sozialdemokratie und der der Kommunistischen Partei bestehen, aber das

zwingt uns, die gemeinsame Kampfaufgabe vor den sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen zu stellen. Das heißt nicht, daß wir darauf verzichten, über die politischen Gegensätze zu diskutieren. Aber es kommt auf die Form an, in der wir über diese Fragen mit den sozialdemokratischen Arbeitern sprechen. Denn gerade indem wir ihnen die von uns verfolgte Politik begreiflich machen, müssen wir uns zwangsläufig mit der entgegengesetzten Politik, die von den Reformisten geführt wird, auseinandersetzen. Das neue Verhältnis muß auch in der Form unseres Herantretens, in der Art unserer Sprache, in den ganzen Methoden unserer Arbeit zum Ausdruck kommen, um bei den Sozialdemokraten das Verständnis und die Bereitwilligkeit für den gemeinsamen Kampf, für den Abschluß von Einheitsfrontabkommen herbeizuführen. Wir müssen jeden Versuch, die Einheitsfront als Werbeaktion für die KPD, als Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer zu betrachten, zurückweisen und jeder formellen Behandlung der Einheitsfrontangebote und jeder schematischen Gegenüberstellung der Einheitsfront von oben und von unten entgegenreten und jede Geringschätzung der sozialdemokratischen Arbeiter energisch bekämpfen. Nur wenn wir so in unseren eigenen Reihen eine völlige Umstellung in unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie herbeiführen, werden wir auch Erfolg bei der Schaffung der Einheitsfront haben.

2. Es ist die neue Erkenntnis, daß die faschistischen Massenorganisationen das entscheidende Wirkungsfeld für unsere gesamte Tätigkeit zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Faschismus sind. Wir müssen den Faschismus mit den Massen, die er in seinen Zwangsorganisationen vereint und beherrscht, zu schlagen verstehen. Das werden wir aber nur vermögen, wenn wir uns mit unserer gesamten Organisation und unserer Arbeit in diesen Massenorganisationen wirklich verankern. Wir

müssen eine ständige systematische Arbeit zur Beeinflussung der Massen in diesen Organisationen leisten, sowohl in der allgemeinen politischen Aufklärung als in der gewerkschaftlichen Tätigkeit und in allen Betriebsfragen. Darin liegt die hohe Bedeutung des vom Genossen Dimitroff gegebenen Beispiels des trojanischen Pferdes. Das ist natürlich unter den illegalen Bedingungen, unter denen unsere Genossen arbeiten müssen, nicht so einfach. Wir müssen dazu die Kunst erlernen, alle legalen Möglichkeiten in diesen Organisationen und im Betrieb richtig auszunutzen. Die Faschisten werden selbstverständlich dagegen mit dem schärfsten Terror vorgehen. Sie haben schon damit begonnen, weil sie verstehen, welche Gefahr das trojanische Pferd für sie bedeutet.

3. Es ist die Ueberwindung der Uneinigkeit innerhalb der Opposition gegen das faschistische Regime, auf die Hitler auf dem Nürnberger Parteitag hingewiesen hat. Wir müssen durch unsere Politik, durch eine geeignete politische Plattform die Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte herbeizuführen versuchen. Wir haben das in unserem *Manifest* an die werktätigen Massen unternommen. Wir wollen mit diesem Manifest und mit dem darin enthaltenen Kampfprogramm die Möglichkeit des Herankommens an die verschiedensten Oppositionsschichten und ihrer Gewinnung für den Kampf schaffen. Aber selbstverständlich handelt es sich nicht nur um ein solches Dokument, sondern vielmehr darum, durch unsere tägliche Arbeit, durch die neuen Formen und Methoden unserer Arbeit die Verbindung mit diesen Massen herzustellen, sie für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, für die Wiedereroberung der demokratischen Freiheiten, für die Erhaltung des Friedens und für den Sturz des Faschismus zu gewinnen.

Eine solche antifaschistische Plattform ist aber eine sehr wichtige Voraussetzung zur Ueberwindung der Uneinigkeit in der Opposition und zur Zusammenfassung ihrer

Kräfte für den gemeinsamen Kampf. Wir werden deshalb nicht wieder in den Fehler verfallen, daß wir uns mit der Aufstellung und Verbreitung eines solchen Programms begnügen, sondern werden bei jeder Diskussion, in jedem Artikel, in jedem Traktätchen, überall wo wir Gelegenheit haben, an die Massen heranzukommen, diesem Programm in der Methode und Sprache unserer Agitation lebendige Kraft verleihen.

4. Es ist das Neue in der Jugendfrage. Auf dem Weltkongreß, insbesondere auf dem Jugendkongreß, wurde die Bedeutung der Jugendfrage für den Kampf des Proletariats, für die Schaffung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront stark hervorgehoben. Das geht in erster Linie die Partei an. Wir müssen eine wirklich grundlegende Umstellung in unserem Verhältnis zur Jugendarbeit vornehmen. Wir müssen sie als eine der elementarsten Fragen des proletarischen Klassenkampfes ansehen. Wir müssen in unserer Parteimitgliedschaft das Verständnis dafür wecken, daß wir als Partei in der Hauptsache dafür verantwortlich sind, daß die große Freiheitsfront der werktätigen Jugend zustande kommt. Was wir darüber in unserer Resolution beschlossen haben, müssen wir zum Gemeingut jedes Mitgliedes unserer Partei, jedes Funktionärs machen. Die Jugendarbeit muß in unserer Gesamtmassenarbeit der Partei verwurzelt sein. Wenn wir so eine radikale Umstellung in unserer Arbeit vornehmen, dann werden wir auch das Resultat erzielen, das wir damit erreichen wollen.

5. Es ist die Schaffung eines völlig neuen Parteilebens, einer von Grund auf geänderten Form unserer Organisation, entsprechend den illegalen Bedingungen und den Anforderungen unserer revolutionären Massenarbeit. Das Entscheidende dabei ist, daß die höchste Initiative jeder Parteieinheit in allen Situationen und bei allen Anlässen, die eine Mobilisierung der Massen, ihre Vereinigung auf ein bestimmtes Kampfziel erfordern, entfaltet wird. Das

eben heißt Politik machen. Jede Parteiorganisation, jede Parteizelle muß lernen, selbständig politisch zu handeln, und darf keine Gelegenheit ungenützt vorübergehen lassen, die zur Auslösung irgendwelcher, selbst der kleinsten Widerstandsaktionen geeignet ist.

Wir müssen dabei auch eine solche Lage ins Auge fassen, die sehr schnell über uns hereinbrechen kann, daß durch den Ausbruch eines Krieges die Möglichkeit der zentralen Leitung der Partei außerordentlich erschwert ist, trotzdem aber unsere Parteieinheiten, unsere Kader keinen Tag in der Durchführung ihrer Aufgaben nachlassen dürfen.

Die Gelegenheit zur Auslösung von Widerstandsaktionen wird in den nächsten Wochen und Monaten bei dem Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande, bei der gegenwärtigen Teuerung und ihrer Auswirkung auf die Lebenshaltung der Massen, bei dem wachsenden Terror der Faschisten sehr oft gegeben sein, und es wird viel davon abhängen, ob wir es vermögen, unsere gesamte Parteiorganisation schnell auf diese Notwendigkeiten umzustellen.

Wir müssen vor allem versuchen, zu Einheitsfrontabkommen mit den sozialdemokratischen Organisationen zu kommen, die der erste Schritt zur Verwirklichung der Einheitsfront und zur Auslösung gemeinsamer Kämpfe sind. Aber gerade bei diesen Abkommen wird außerordentlich viel davon abhängen, ob unsere Genossen es verstehen, diese Abkommen wirklich zu einem Motor der Einheitsfront zu machen, daß sie den sozialdemokratischen Arbeitern geeignete Vorschläge unterbreiten, wie der Kampf gemeinsam geführt werden soll, solche Vorschläge, die von diesen als real angesehen werden und auch ihren Auffassungen und Bedürfnissen entsprechen. Wenn wir das nicht verstehen, werden unsere Einheitsfrontabkommen auf dem Papier bleiben und uns nicht helfen, die Einheitsfront zu verwirklichen.

Das sind die fünf wesentlichsten neuen Fragen, die vor der Partei stehen und die wir auf unserer Parteikonferenz behandelt haben. Wir haben noch nicht recht verstanden, sie so zu konkretisieren, so handgreiflich und allgemein verständlich für unsere Parteimitglieder und für die Arbeiterschaft zu machen, wie das notwendig wäre. Aber wir wollen die von uns geleistete Arbeit als einen Anfang auf diesem Wege ansehen und uns ernstlich vornehmen, diese Arbeit mit aller Energie fortzusetzen, um entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses den Interessen der werktätigen Massen Deutschlands gerecht zu werden.

Inhalt und Ziel der Einheitsfront erfordern noch eine sehr ernste Arbeit, weil damit die bedeutendsten Probleme unserer Massenarbeit verbunden sind. Wir müssen einen entscheidenden Durchbruch in unserer bisherigen Parteiarbeit vornehmen. Das tief eingewurzelte Sektierertum in der Partei steht uns noch als eine dicke Mauer entgegen. Wir haben das auf unserer Konferenz in einigen Reden sehr deutlich spüren können.

Ich möchte noch einige Probleme berühren, die für die nächste Zukunft von größter Bedeutung sind und zugleich der Partei die ernstesten Aufgaben stellen.

Dabei möchte ich zunächst auf die gegenwärtige Lage in unserem Lande eingehen, die durch die Lebensmittelknappheit gekennzeichnet wird und die auch schon zu Teuerungsdemonstrationen geführt hat. Die Lebensmittelknappheit hat ihre Ursache nicht nur in der schlechten Ernte des Vorjahres, sondern auch in der Rebellion der Bauern gegen die faschistische Marktordnung, wie überhaupt in der gesamten Politik der Hitlerregierung und in ihrer Kriegsvorbereitung. Die zur Verfügung stehenden Devisen werden nicht für die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande, sondern für die Einfuhr von Rohstoffen für die Rüstungsproduktion verwendet. Ein großer Teil der Lebensmittel wird dem Konsum dadurch ent-

zogen, daß sie zu Konserven für den Kriegsfall verarbeitet und aufgespeichert werden. Damit Hitler Krieg führen kann, muß das Volk hungern.

Die Hitlerregierung versucht die Bevölkerung zu beruhigen und bezeichnet diesen Zustand als vorübergehend. In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Oktober wird bereits angedeutet, daß, „um die Nachfrage selbst zu regulieren“, die Einführung von Lebensmittel- und Fettkarten in Erwägung gezogen wird.

Zur Kennzeichnung der Lage dient auch die Rede von Goebbels, die er am 3. Oktober in Halle über die Lebensmittelknappheit gehalten hat. Er erklärte dort:

„Sind wir denn der Herrgott, der die Sonne scheinen läßt, und regieren wir über den Himmel, der die Ernte macht. Kann man uns verdenken, daß wir lieber einmal 14 Tage Butterknappheit in Kauf nehmen um die dadurch gesparten Devisen für Rohstoffeinfuhr zu verwenden, mit der wir die Arbeitsschlacht schlagen.“

Und zu der Schweineknappheit sagte er:

„Was wir im vorigen Jahr an Schweinefleisch zuviel gegessen, müssen wir denn in Gottes Namen in diesem Jahr zu wenig essen. Können wir denn nicht warten, bis die Schweine gemästet sind, oder bis wir Devisen im Uebermaß frei machen können für die Einfuhr von Schweinen.“

In diesen Ausführungen von Goebbels wird nicht nur die schwierige Lage, die sie im Lande geschaffen haben, zugegeben, sie kennzeichnet auch die Methode, mit der sie versuchen, die Massen über diese Schwierigkeiten hinwegzutäuschen.

Hitler hat auf dem Bückeberg am 6. Oktober erklärt, daß es solchen großen Agrarländern wie der Sowjetunion und Amerika ein leichtes sei, ihre Bevölkerung zu ernäh-

ren, doch das arme Deutschland, das so wenig Land habe, habe es viel schwerer. Daraus erkläre sich die Lebensmittelknappheit. Damit versucht Hitler die Unzufriedenheit der Bevölkerung in das imperialistische Fahrwasser zu lenken und das Volk für den Krieg zu gewinnen.

Natürlich vermag die Hitlerregierung die gegenwärtige Lebensmittelknappheit etwas zu mildern. Aber sie muß dafür eben die für die Einfuhr von Rohstoffen für Rüstungszwecke zur Verfügung stehenden Devisen angreifen. Sie hat auch solche Schritte bereits unternehmen müssen. Sie kann auch auf die festgesetzten Höchstpreise für Fleisch, Milch, Butter, Eier und Kartoffeln verzichten, um den Bauern eine höhere Einnahme zu verschaffen, und sie damit auch zu einer höheren Ablieferung der Agrarprodukte veranlassen. Das wird aber bei der Lebensmittelknappheit sofort zu einer ungeheuren Steigerung der Preise führen und damit die Unzufriedenheit der Lohn- und Gehaltsempfänger nur noch mehr steigern.

Jedenfalls beherrscht gegenwärtig die Lebensmittelknappheit und Teuerung die gesamte Bevölkerung und stellt für die Betriebsarbeiterschaft die Lohnfrage sehr stark in den Vordergrund. Wir werden deshalb unbedingt die Frage des Lohnkampfes als eine zentrale gewerkschaftliche Losung stellen müssen. Es ist auf der Konferenz diese Frage verschiedentlich berührt worden, und ich denke, daß wir nicht länger mit der Aufstellung einer solchen zentralen gewerkschaftlichen Losung warten sollen.

Bei der Durchführung der uns vom Kongreß gestellten Aufgabe der Schaffung der antifaschistischen Volksfront steht unsere Arbeit im Dorfe mit an erster Stelle. Der Beginn einer Scheidung zwischen den Bauernmassen und der faschistischen Diktatur erhöht die Notwendigkeit der Organisierung und Förderung der Widerstandsbewegung in der Bauernschaft. Wir haben von einigen Genossen eine

Reihe von Beispielen dafür gehört, welche Möglichkeiten bei der Organisierung dieses Widerstandes der Bauernmassen bestehen. Ein Genosse zeigte uns, wie die Bauern in einem Dorfe sich zum Schutze ihres Bürgermeisters erhoben, der den Nazis den Hitlergruß verweigerte. Ein anderer Genosse berichtete uns, wie die Bauern und die Arbeiter ein Pfarrhaus gemeinsam bewachten, um die Verhaftung ihres Pfarrers zu verhindern. Von einem anderen Genossen wurde uns ein Bauernbrief vorgelesen, der in dem offiziellen Organ des Reichsnährstandes für Sachsen veröffentlicht wurde und in dem die Freiheit für die Bauern gefordert wird.

Zur Schaffung der antifaschistischen Volksfront werden wir eine besondere Volksfrontliteratur schaffen müssen, die zu den breitesten Massen in ihrer Sprache spricht und durch die wir sie in der Richtung des antifaschistischen Kampfes beeinflussen. Wir müssen dabei berücksichtigen, daß an der Volksfrontbewegung Menschen und Gruppen verschiedener Interessen, verschiedener Weltanschauungen, verschiedener Vorstellungen und Vorurteile teilnehmen werden. Für diese Literatur können wir deshalb auch nicht jene Agitation gebrauchen, die nur von der Arbeiterklasse verstanden wird.

Notwendig ist es, daß wir uns besonders mit der Rassenhetze und mit dem Antisemitismus des Hitlerfaschismus politisch auseinandersetzen. Es kommt dabei nicht auf wissenschaftliche Auseinandersetzungen über die Rassen-theorie sondern auf die politischen Argumente an, die den Widerspruch in der Rassenpolitik der Faschisten deutlich aufzeigen. Die reichen Juden bleiben in Hitlerdeutschland fast unbehelligt. Hitler geht sogar Geld bei ihnen borgen, während die jüdischen Angestellten, der jüdische Kleinhändler und Intellektuelle den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt sind. Der Hitlerfaschismus praktiziert die uralte Methode aller Volksunterdrücker und Ausbeuter, die Empörung der Volksmassen gegen ihre Be-

träger und Ausbeuter auf den Juden abzulenken. Dazu kommt der wirtschaftliche Grund, die Juden aus dem Erwerbsleben auszuschalten und damit die übrigen werktätigen Schichten an der Judenverfolgung zu interessieren.

In unserer gesamten Agitation und bei der Schaffung der Volksfront müssen wir viel stärker als bisher unsere nationalen Losungen für den Freiheitskampf in den Vordergrund stellen. In dem der Konferenz unterbreiteten Manifest ist darauf Rücksicht genommen worden. Aber das genügt keineswegs. Wir müssen wirklich ernsthaft die Frage der nationalen Befreiung als wichtigste Kampflosung stellen. Wir dürfen es Hitler nicht erlauben, die werktätigen Massen mit seiner Losung der Raumschaffung für das deutsche Volk in den Krieg hineinzutreiben und sie nationalistisch zu verhetzen.

Die Parteikonferenz hat in ihrer Zusammensetzung und ihren Beratungen gezeigt, daß die Partei mit den Massen in den Betrieben und Zechen eng verbunden ist und welche großen Möglichkeiten sich daraus für die Massenarbeit ergeben. Wir müssen kühn und in neuer Art an die Massen herangehen, alle Schichten der Arbeiterklasse, auch die Nazianhänger mit dieser Arbeit erfassen. Dann werden die Erfolge der Partei immer stärker hervortreten. Das wird wiederum dazu beitragen, den Mut unserer Genossen zu heben und unserer Partei ein immer größeres Gewicht in der Arbeiterklasse zu verschaffen.

Unsere Parteikonferenz hat in sehr entschiedener Weise gegen das in der Partei tief eingewurzelte Sektierertum Stellung genommen. Aber es wird noch einer sehr ernsten Arbeit bedürfen, um innerhalb unserer Partei eine wirkliche Wendung in unserer Massenarbeit zu vollziehen. Die einmütigen Entscheidungen der Parteikonferenz werden der Partei helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die noch in Teilen der Partei bei der Durchsetzung unserer Generallinie, bei der Schaffung der Einheitsfront und der Volksfront bestehen. Wir wollen uns die größte Mühe

geben, jeden einzelnen Genossen, der noch schwankt oder Hemmungen hat, in kameradschaftlicher Weise von der Notwendigkeit, von dem revolutionären Inhalt dieser Generallinie zu überzeugen und so alle Kräfte der Partei auf die revolutionäre Massenarbeit einzustellen.

Die Beratungen unserer Parteikonferenz haben uns die Schwächen der Partei, aber auch die Kräfte gezeigt, die die Partei für diese Aufgabe einzusetzen vermag. Wir haben in unserer Partei die besten Kader der deutschen Arbeiterklasse, die einen heroischen Kampf gegen die faschistische Diktatur führen. Wir müssen jedoch verstehen, diese Kampffront zu verbreitern, die sozialdemokratischen Arbeiter, die katholischen Arbeiter, die übrigen werktätigen Massen in diese Kampffront einzubeziehen.

Es gilt, mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen in der Einheitsfront ein enges Kampfbündnis zu schaffen und dieses Kampfbündnis bis zur Vereinigung in einer revolutionären Massenpartei zu entwickeln. Es gilt, die werktätige Jugend in einer gewaltigen Freiheitsfront zu erfassen. Die Verbündeten des Proletariats, die städtischen Mittelschichten und Bauernmassen wollen wir gemeinsam mit der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Volksfront vereinigen. Alles für ein Ziel — für die Freiheit des deutschen Volkes, für die Verhinderung des Krieges, für den Sturz der faschistischen Diktatur!

So große Kräfte auch der deutsche Faschismus gegen die Arbeiterklasse einzusetzen vermag, so schwere Schläge er auch gegen unsere Front führt, so große Manöver er auch noch zum Betrug der Massen zu unternehmen vermag, es wachsen doch die Schwierigkeiten für das faschistische Regime, es wächst die Opposition, es verengt sich seine Massenbasis. Die faschistische Diktatur ist eine brutale, aber keine stabile Macht. Sie hat nicht vermocht und vermag nicht ein einziges Problem des deutschen Volkes grundlegend zu lösen.

Daß bei der komplizierten Lage im Lande und bei der

schweren Lage der Partei die Genossen aus dem Lande in völliger Einmütigkeit zu den schwierigen Problemen, vor die uns der VII. Weltkongreß stellte, und zu ihrer Lösung in Deutschland Stellung nahmen, in völliger Einmütigkeit der neuen taktischen Orientierung zustimmten, ebenso einmütig Kritik an den von der Partei gemachten strategischen und taktischen Fehlern übten und der Korrektur dieser Fehler, der Ausmerzung des Sektierertums und der Bekämpfung jeglichen Opportunismus zustimmten, zeigt das hohe Niveau unserer Parteikonferenz.

Die einstimmig angenommene Resolution gibt der Partei die Richtschnur ihrer Orientierung und ihres Handelns. Die Resolution enthält die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses. Sie ist das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen hat. Sie erhält ihren besonderen Wert durch die hohe und komplizierte Aufgabe, die der Partei in der taktischen Neuorientierung zur Schaffung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront gestellt ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Aufgaben nur auf dem Papier bleiben, wir müssen allen unseren Mitgliedern, jedem unserer Funktionäre im Lande die hohe Bedeutung unserer Aufgaben verständlich machen und sie zum höchsten Einsatz ihrer Kräfte veranlassen.

Genossen! Ihr, die ihr von dieser Konferenz ins Land zurückkehrt, übernehmt eine besonders hohe Aufgabe unter den schwierigsten Kampfbedingungen. Ich bin fest überzeugt: keiner von euch zittert, sein Leben einzusetzen. Ihr habt in dieser Konferenz, aus unseren gemeinsamen Beratungen neue Kräfte für den Kampf gesammelt, die euch befähigen, der Partei im Lande, der deutschen Arbeiterklasse den höchsten Dienst zu erweisen — die Voraussetzungen für die proletarische Revolution zu schaffen. Ihr sollt nicht mit dem Gefühl ins Land gehen, Tote auf Urlaub zu sein. Jeder von euch muß für das Höchstmaß seiner persönlichen Sicherheit sorgen. Keine

Unüberlegtheiten bei euren Verbindungen, Treffs oder Besprechungen! Es geht nicht nur um eure Person, es geht um das teuerste Gut der Partei. Wir wollen keinen von euch verlieren. Wir brauchen jeden einzelnen von euch für die Erfüllung dieses großen Werkes. Was wir auf dieser Konferenz begonnen, das wollen wir mit euch im Lande vollenden.

Damit handeln wir im Geiste und nach dem Willen unseres Ernst Thälmann. Wir wollen im Lande im Rahmen unserer großen Aufgabe den Kampf um seine Befreiung, den Kampf gegen den von dem faschistischen Blutgericht vorbereiteten Prozeß führen und für die Befreiung aller eingekerkerten antifaschistischen Kameraden kämpfen. Durch eine breite Solidaritätsbewegung wollen wir zur Schaffung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront beitragen.

Genossen! Die Aufgabe ist uns gestellt. Wir müssen die Opposition für den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur organisieren.

Nach dem Beispiel, das uns die russischen Arbeiter und Bauern unter Führung der Partei Lenins in der Durchführung der Oktoberrevolution und unter Führung des Genossen Stalin in dem Siege des Sozialismus in der Sowjetunion gegeben haben, müssen wir die werktätigen Massen Deutschlands in der Einheitsfront und in der Volksfront vereinen für den Sturz der Hitlerdiktatur, für den Kampf um Freiheit, Frieden und Wohlstand.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Weltkongresses hat unsere Parteikonferenz für diesen Kampf neue Waffen geschmiedet. Wir haben gemeinsam beschlossen, neue Wege der Sammlung der Massen zu geben, neue Methoden in der Organisation des Kampfes anzuwenden, neue Formen unserer Organisation für diesen Kampf zu schaffen, ein neues Leben in der gesamten Partei zu beginnen, jedes Mitglied, jeden Funktionär an den richtigen Kampfplatz zu stellen.

So, Genossen, wollen wir an unsere Arbeit, an die Organisation und Führung des großen Befreiungskampfes des deutschen Volkes gehen.

Es lebe unsere Kommunistische Partei, unsere revolutionären Kader, unser Genosse Ernst Thälmann!

Es lebe die Komintern, unsere Weltpartei, ihr Exekutivkomitee und ihr kühner Steuermann, Genosse Georgi Dimitroff!

Unserem großen Führer und Lehrmeister, dem besten Freund unserer Partei, unserem Genossen Stalin, ein dreifaches Rot Front! (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen. Stürmischer, langanhaltender Beifall. Gesang der „Internationale“. Ruf eines Delegierten: Dem Genossen Pieck, dem Vorsitzenden unseres Zentralkomitees, ein dreifach kräftiges Rot Front! (Erneuter Beifall.) Ruf eines Jugenddelegierten: Dem Genossen Pieck, den die ganze deutsche Jugend achtet, dem Genossen Pieck, dem besten Sachwalter Ernst Thälmanns, ein dreifaches Rot Front! (Lebhafter Beifall.)

DER NEUE WEG ZUM GEMEINSAMEN KAMPF
ALLER WERKTÄTIGEN FÜR DEN STURZ DER
HITLERDIKTATUR

(Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD vom
Oktober 1935)

Die Parteikonferenz begrüßt die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossene *neue taktische Orientierung* der kommunistischen Parteien auf die Sammlung der werktätigen Massen für den Klassenkampf. Die Konferenz stimmt allen Beschlüssen des Weltkongresses zu und begrüßt insbesondere die Wahl des Genossen *Dimitroff* zum Generalsekretär der Kommunistische Internationale.

Die Parteikonferenz zieht aus der vom Kongreß an der Arbeit der Partei und an den von ihr gemachten Fehlern geübten Kritik die Lehre, sofort mit aller Energie und mit allem Enthusiasmus die neue taktische Orientierung in ihrer gesamten Arbeit vorzunehmen, die sektiererischen Tendenzen restlos auszumerzen und ernste Garantien für die Durchführung der Beschlüsse zu schaffen.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind von der größten Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern sowie für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder. Diese Beschlüsse beruhen auf den *Veränderungen in der Weltlage*, die durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, durch die Weltwirt-

schaftskrise, die Offensive des Faschismus, die politische Krise in einigen Ländern und die Radikalisierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt hervorgerufen sind. Mit diesen Beschlüssen zog der VII. Weltkongreß die Lehren einerseits aus den bitteren Erfahrungen, die die *deutsche Arbeiterklasse* dadurch machte, daß sie den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht verhinderte, und andererseits aus den Erfolgen, die das *französische Proletariat* in der Schaffung der Einheitsfront und Volksfront und damit im Zurückdrängen des faschistischen Ansturmes erreichte.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses verpflichteten die kommunistischen Parteien, *neue Wege und Arbeitsmethoden* in der Sammlung der Kräfte des werktätigen Volkes und seiner Jugend zum Kampf gegen Kapitalsoffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr zu finden, die proletarische *Einheitsfront* und die antifaschistische *Volksfront* des gesamten werktätigen Volkes mit allen Kräften anzustreben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben findet ihre mächtige Unterstützung in dem endgültigen, unwiderruflichen Siege des Sozialismus in der Sowjetunion, der in der ganzen Welt Millionen von Menschen dem Gedanken des Sozialismus nähergebracht hat und ihnen den Weg zur Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft und zur Aufrichtung des Sozialismus zeigt.

1. DIE GEGENWÄRTIGE LAGE IN DEUTSCHLAND

a) *Das Neue in der Lage*

Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird durch die mannigfaltigen Aeüßerungen einer steigenden Massenunzufriedenheit gekennzeichnet, wobei das Neue darin besteht, daß diese Massenunzufriedenheit mit einer *beginnenden Aktivisierung in den Betriebsbelegschaften* zusammenfällt, die ihre mobilisierende Wirkung auf die übrigen werktätigen Schichten ausübt und so die Möglichkeit einer Zusammenfassung aller gegen die Hitlerdiktatur gerichteten Kräfte schafft.

Die Belebung des Kampfes gegen die Verschlechterung und für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt sich in den letzten Monaten in betrieblichen Widerstandsbewegungen und in einer allgemeinen Gärung in den Betriebsbelegschaften. In den Betrieben vollzieht sich der Prozeß des Erstarkens des Widerstandswillens und der Klassensolidariät, der Sammlung für ein gemeinsames Vorgehen. In den aktivsten Teilen des Proletariats und seiner Jugend reift die Einsicht in die Notwendigkeit der Einheitsfront. Das kam auch bei den diesjährigen *Vertrauensrätewahlen* in den Erfolgen zum Ausdruck, die die Arbeiterschaft mit der von ihr eingeschlagenen beweglichen Abstimmungstaktik erzielte. Diese Erfolge waren zum Teil schon ein Ergebnis der von der Partei auf Grund der Januar-Beschlüsse eingeschlagenen Einheitsfronttaktik und haben dazu geführt, daß breitere

Massen in die Oppositionsbewegung einbezogen wurden. Dieser Entwicklung stehen aber *große Hemmnisse* entgegen, die dazu beitragen, daß die Oppositionsbewegung noch nicht in breiten Widerstandsaktionen ihren Ausdruck findet. Es gelingt dem deutschen Faschismus, immer noch große Teile der werktätigen Massen über den Gesamthalt seiner reaktionären Politik zu täuschen und sie vom Kampf gegen das faschistische Regime zurückzuhalten. Durch Verstärkung der sozialen Phraseologie und sozialdemagogischen Politik versucht die Hitlerregierung zu verhindern, daß sich die Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen zum gemeinsamen Kampf vereinigt. Durch die Judenpogrome will sie in den Massen den Glauben erwecken, als ob die Juden die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen. Durch die weitere Steigerung ihres bestialischen Terrors gegen kommunistische und aktive sozialdemokratische Arbeiter, gegen oppositionelle Mitglieder der Jugendorganisation versucht sie die werktätigen Massen vom Kampf abzuschrecken und ihnen die Führung zu nehmen. Aber alle vom Faschismus ergriffenen Maßnahmen werden nur zur weiteren Verschärfung der Lage führen.

Dem Hitlerfaschismus ist es nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu gewinnen; sie stehen ihm ablehnend gegenüber. Der Kreis seiner früheren Anhänger beginnt sich zu verengen. Die steigende Teuerung, die Lebensmittelknappheit, die wachsende Existenzunsicherheit im Zusammenhang mit der Unsicherheit der gesamten wirtschaftlichen Lage, die Empörung über die freche Willkür der braunen Bonzen rufen eine neue Steigerung der Massenunzufriedenheit auch unter dem Kleinbürgertum hervor, das die Massenbasis der faschistischen Diktatur bildet.

Die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und vor allem die großen sozialen Spannungen zwischen den Klassen, die wachsende Unzufriedenheit der werktätigen

Massen mit dem faschistischen Regime führen zu *ernsten Konflikten in der Nazipartei* und zur Verschärfung der *Differenzen im Lager der deutschen Bourgeoisie* über den Kurs der Wirtschaftspolitik, über das Verhältnis des Staates zur Nazipartei, über den Totalitätsanspruch der Nazipartei, über die Rassenpolitik, über den innerpolitischen Kurs und über bestimmte außenpolitische Methoden der Hitlerregierung. Der äußerst zugespitzte Kirchenstreit, die Auflösung des „Stahlhelm“, die Verbote von Studentenorganisationen und katholischen Arbeitervereinen, die Verhaftung eines Teiles ihrer Führer, die Distanzierung gewisser Teile der Reichswehrgeneralität und der deutschen Bourgeoisie von der Hitlerpartei sind die Auswirkungen der Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes.

b) Die Lage der werktätigen Massen unter der Hitlerdiktatur

Die Lage der werktätigen Massen hat sich seit dem Bestehen der Hitlerdiktatur erheblich verschlechtert. Die Löhne und Gehälter der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten sind durch Abbau, vermehrte Abzüge, Spenden niedriger als zur Zeit des Tiefpunkts der Wirtschaftskrise im Jahre 1932. Die sogenannte Arbeitsschlacht der Hitlerregierung hat trotz aller Neueinstellungen das reale Gesamteinkommen aller Lohn- und Gehaltsempfänger nicht erhöht. Die Arbeiter und Angestellten, deren Gewerkschaften von den Faschisten zerschlagen wurden, sind der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Viele Millionen Erwerbsloser wurden der Unterstützung beraubt und dem tiefsten Elend ausgeliefert.

Besonders hat sich die *Lage des Jungproletariats* verschlechtert. Drei Jahrgänge deutscher Jungens und Mädels haben bereits unter der Hitlerdiktatur die Schule

verlassen. Sie sind wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung, der faschistischen Beeinflussung durch die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädchen, der Zwangserziehung durch Landjahr, Vorlehre, Nachlehre, Landhilfe, Arbeitsdienst und Militärflicht ausgeliefert, ohne Licht und Ausblick auf ihren Lebensweg.

Auch die *Lage des städtischen Mittelstandes und der werktätigen Bauern* hat sich in dieser Zeit sehr verschlechtert. Dem Bauern ist das Recht genommen, die Produkte seiner Arbeit frei auf dem Markte zu verkaufen. Der Druck der Kartelle und Trusts auf das Kleingewerbe und den Kleinhandel ist noch stärker geworden und untergräbt ihre Existenzbasis. Die Belastung durch Steuern, Zinsen und Schuldenlasten wurde unter Hitler noch größer und steigerte die Bankrotte.

In Hitlerdeutschland wurde das ganze *werktätige Volk in Ketten* geschlagen, wurde ihm Freiheit und Recht genommen. Die Hitlerpartei besaß die Frechheit, ihren diesjährigen Parteitag als „Parteitag der Freiheit“ zu bezeichnen. Freiheit haben nur die Kapitalisten und Junker, die faschistischen Mordbanden und Folterknechte, die Kriegshetzer. Aber dem Arbeiter im Betrieb, dem kleinen Mann in der Stadt, dem Bauern im Dorfe ist jede freie Meinungsäußerung, jede freiheitliche Betätigung und Organisation verboten, jedes Recht genommen. Die Gefängnisse und Konzentrationslager sind mit den Widersachern des faschistischen Regimes überfüllt. In den Folterkammern der Gestapo und durch die sogenannten Volksgerichte übt die Hitlerregierung blutige Rache an den antifaschistischen Kämpfern.

c) *Die Vorbereitung des Krieges*

Die Vorbereitung des Krieges für die imperialistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals hat das *ganze Land in ein wahres Kriegslager* verwandelt. Der Nürnberger Par-

teitag der NSDAP trug in seinen Vorbereitungen und in seiner Durchführung den Charakter einer Generalmobilmachung für den Krieg. Die dort gehaltenen Reden sind auf die Vorbereitung des Krieges, auf die Steigerung der chauvinistischen Verhetzung des Volkes eingestellt. Die Drohung gegen Litauen und die unverschämte Hetze gegen die Sowjetunion zeigen das imperialistische Ziel dieser Kriegspolitik. Der Krieg wird jedoch Deutschland in eine neue Niederlage hineinführen und das deutsche Volk nur noch tiefer in Elend und Knechtschaft hinabdrücken.

Die Hitlerregierung ist der *Hauptbrandstifter eines neuen Kriegsverbrechens* in Europa. Die Proklamierung der allgemeinen Militärdienstpflicht, die gesetzliche Einführung des Arbeitsdienstes, die Entfaltung einer leidenschaftlichen chauvinistischen Hetze, der ganze Staatsapparat, alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die gesamte Wirtschaft dienen der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges. Zur Subventionierung der Kriegsindustrie hat die Hitlerdiktatur dem Lande die *ungeheure Schuldenlast* von über 30 Milliarden Mark aufgebürdet, die besonders durch die hohen kurzfristigen Schulden eine große Gefahr für die Lage der werktätigen Massen bedeutet.

Wenn bisher der Hitlerregierung die Durchführung ihres Kriegsverbrechens noch nicht gelungen ist, so haben das die deutschen werktätigen Massen und die Völker Europas hauptsächlich der konsequenten und beharrlichen *Friedenspolitik der Sowjetunion* zu verdanken, die den Kriegstreiberien der Hitlerregierung entgegensteht. Die starke Rote Armee und der entschlossene Wille des internationalen Proletariats zur Verteidigung der Sowjetunion hat deren Grenzen bisher vor dem Angriff der imperialistischen Räuber bewahrt. Aber angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr ist die Schaffung der internationalen Aktions-einheit des Proletariats im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten die dringendste Aufgabe, um den Frieden zu sichern.

d) Was ergibt sich aus dieser Lage?

Den werktätigen Massen Deutschlands werden alle Lasten dieser katastrophalen Kriegs- und Wirtschaftspolitik des faschistischen Regimes aufgebürdet. Die Politik der Hitlerregierung sichert den Großkapitalisten und Junkern eine erhöhte Machtstellung, die sie rücksichtslos gegen die Arbeiter, gegen die Kleinproduzenten, gegen die Verbraucher, gegen das gesamte werktätige Volk ausnützen. Aber diese Volksräuber sind noch nicht zufrieden damit.

Ein neuer Angriff auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes ist in Vorbereitung. Auf Grund der wachsenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft und zur Sicherung noch höherer Profite für die Kapitalisten soll *ein neuer Wirtschaftskurs*, eine neue „Rationalisierung“ der Industrie durchgeführt werden. Dieser Kurs bedeutet weitere Senkung des realen Lohneinkommens, noch größere Steigerung der Arbeitsintensität, Einführung neuer Massensteuern, Verminderung der staatlichen Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung, Einschränkung aller sozialen Ausgaben des Reiches und der Gemeinden. Der neue Kurs wird zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung, zur weiteren Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen, aber auch zur Verstärkung ihres Widerstandes führen.

Die Hitlerdiktatur konnte ihre Politik der brutalen Unterdrückung der werktätigen Massen durchführen, weil *bisher nur eine Minderheit* der Arbeiterklasse bereit war, aktiv gegen das Hitlerregime zu kämpfen, die Mehrheit aber noch nicht die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes erkannte und abwartend beiseite stand. Stark gefördert von den Erfahrungen, die die werktätigen Massen Frankreichs durch die kühne Initiative der Kommunistischen Partei in der Durchführung der Einheitsfront und Volksfront zur Verhinderung der faschistischen Diktatur gemacht haben, bricht sich in den werktätigen Massen Deutschlands immer stärker die Erkenntnis Bahn, daß in

Deutschland die faschistische Diktatur nur gestürzt werden kann, wenn sich das werktätige Volk zum gemeinsamen Kampfe vereinigt.

Die sich daraus ergebende *Perspektive für den Klassenkampf* zeigt: Verschärfung der Opposition und des aktiven Widerstandes in den Betrieben, im städtischen Mittelstand und in den werktätigen Bauernmassen gegen das faschistische Regime, gegen seine Kriegspolitik bis zu offenen Demonstrationen, wirtschaftlichen und politischen Streiks; wachsende Differenzen in der Nazipartei und im Lager der Bourgeoisie überhaupt, damit Desorientierung der Mittelschichten und gesteigerte Möglichkeit ihrer Gewinnung für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse; Steigerung der Möglichkeiten für die Schaffung der Aktionseinheit, der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur.

2. DIE PROLETARISCHE EINHEITSFRONT — DIE VORAUSSETZUNG FÜR DEN STURZ DER HITLERDIKTATUR

a) *Die Bedingungen für die Verwirklichung der Einheitsfront*

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind für die werktätigen Massen Deutschlands, die unter der faschistischen Diktatur auf das tiefste versklavt sind und in immer tieferes Elend hinabsinken, von besonderer Bedeutung. Der Faschismus in Deutschland konnte nur siegen, weil das deutsche Proletariat durch die von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebene Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gespalten war und sich nicht zum Kampfe gegen den Faschismus vereinigte.

Der VII. Weltkongreß stellte der Kommunistischen Partei Deutschlands als *zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft*: die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampfe gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz.

Der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront der Arbeiter ist der Kampf um die ständige Verteidigung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen, der Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Unterdrückung. Die für den Kampf aufgestellten Losungen

und die dafür angewandten Kampfformen müssen sich aus den unmittelbaren Tagesnöten der Arbeiter und dem Grade ihrer Kampffähigkeit ergeben.

Die *Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art* ist in Deutschland besonders notwendig infolge der wesentlichen Veränderung der Lage der Sozialdemokratie, die durch das Verbot ihrer Organisation und die Verfolgung ihrer Mitglieder herbeigeführt wurde und die die Sozialdemokratie in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime drängte. Das schafft ein *neues Verhältnis zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei* und erfordert die Schaffung der Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Mitgliedern.

Der *Radikalisierungsprozeß in der Sozialdemokratischen Partei* vollzieht sich aber keineswegs allgemein und gleichmäßig. Es gibt einen reaktionären Teil, der gegen die Einheitsfront auftritt und der ihr Zustandekommen verhindern will. Aber die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre steht auf den Positionen des Klassenkampfes und fängt an zu begreifen, daß nur durch die Einheitsfront mit den Kommunisten die Kraft zum Sturze der Hitlerdiktatur geschaffen werden kann. Große Teile der Jugend aus den sozialdemokratischen Organisationen suchen ebenfalls den Weg der Verständigung mit der kommunistischen Jugend.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art hat zur Voraussetzung, daß die Kommunistische Partei, ihre Organisationen und Mitglieder an die Erfüllung ihrer Aufgaben mit einer *neuen Einstellung zur Sozialdemokratie* herangehen müssen. Es müssen solche Auffassungen ausgemerzt werden, als ob das Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen eine formale Angelegenheit, eine Werbung sozialdemokratischer Arbeiter für die KPD, eine Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer sei. Wir müssen rücksichtslos alle sektierer-

schen Hemmungen bei der Erfüllung dieser Aufgabe in unseren eigenen Reihen überwinden. Aber auch alle Versuche zur Verhinderung der Aktionseinheit, woher sie auch kommen mögen, sind rücksichtslos zu bekämpfen. Gerade die Erfahrungen, die die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei Frankreichs in der Durchführung ihrer Einheitsfrontabkommen gemacht haben, widerlegen auf das gründlichste alle Einwände gegen die Einheitsfront.

Die gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließen, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob,

„eine ernste, begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassengemeinschaft mit der Bourgeoisie und eine geduldige Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern, im Gegenteil, machen diese noch notwendiger.

Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken, müssen sie die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei eintreten.“

b) Wege, Inhalt und Perspektiven der Einheitsfrontbewegung

Zur Herbeiführung der Einheitsfront ist der *Abschluß von Abkommen von Partei zu Partei*, von Organisation zu Organisation unerläßlich. In den Einheitsfrontabkom-

men sollen die gemeinsamen Kampfaufgaben der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder und Funktionäre niedergelegt sein, die sich auf den Kampf um Lohn und Brot, gegen Teuerung und Steuerdruck, gegen Terror und Unterdrückung, für demokratische Freiheiten, für die Erhaltung des Friedens beziehen.

Den zentralen Leitungen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei obliegt eine besonders hohe Verantwortung für die Schaffung der Einheitsfront. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist in der letzten Zeit und auch schon früher an den Parteivorstand der SPD mehrmals mit dem Angebot zu gemeinsamer Beratung von Kampfmaßnahmen herantreten, die aber von diesem bisher jedesmal abgelehnt wurden. Die KPD ließ sich bei ihren Angeboten von dem ehrlichen Willen leiten, eine Verständigung zwischen den Spitzen der beiden Parteien über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen herbeizuführen, wie sie auch in anderen Ländern schon erfolgt ist. Die KPD wird auch weiterhin nichts unversucht lassen, um zu einem *Einheitsfrontabkommen mit dem Vorstand der SPD* zu kommen. Die Parteikonferenz verpflichtet alle Kommunisten, Zellen-, Orts- und Bezirksorganisationen der KPD, unverzüglich mit den sozialdemokratischen Organisationen, Leitungen und Mitgliedern in Beratungen über den Abschluß von Abkommen zum gemeinsamen Kampf einzutreten, wobei auch die sozialistischen Jugendgruppen einzubeziehen sind.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lebensmittelknappheit, der wachsenden Teuerung und der damit verbundenen Verschlechterung des gesamten Lebenshaltungsniveaus steht die Organisation und Durchführung des *Kampfes um die wirtschaftlichen Forderungen*, für die Erhöhung der Löhne als Teuerungsausgleich für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, für ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln durch Steigerung der Einfuhr, für die vollständige Wiederherstellung der

Arbeitslosen- und Sozialversicherung, für die Erhöhung der Unterstützungs- und Rentensätze, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Leistungssteigerung, gegen jeden Lohnabbau, gegen die Lockerung der Tarifverträge an der Spitze. Der Kampf um die Erhöhung der Löhne und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß zur zentralen gewerkschaftlichen Losung und zum Mittelpunkt der Einheitsfrontabkommen werden. Dazu sind aber auch Vereinbarungen über gemeinsames Eintreten für die kleinsten Tagesforderungen im Betrieb und in den Massenorganisationen, über gemeinsames Vorgehen in der „Deutschen Arbeitsfront“, in der Genossenschaft, in den Sport-, Feuerbestattungs- und anderen Organisationen zu treffen.

Der Abschluß von Einheitsfrontabkommen wird sehr erleichtert werden, wenn wir Kommunisten den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären von Anfang an zu erkennen geben, daß wir sie als völlig *gleichberechtigte Kameraden* bei dem Abschluß der Abkommen und bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben respektieren und daß wir uns mit ihnen über die von ihnen geäußerten Wünsche und Vorschläge verständigen wollen. Die Schaffung von kleinen *Verbindungskommissionen* der beiden Organisationen ist für die ständige Zusammenarbeit wichtig. Diese gemeinsamen Abkommen werden auch eine starke Anziehungskraft auf christliche und parteilose Arbeiter, auf die proletarische Jugend ausüben und uns ermöglichen, auch diese in die Einheitsfront einzubeziehen.

Aus den Einheitsfrontabkommen der Kommunisten und Sozialdemokraten, *die der erste Schritt zur Einheitsfront sind*, muß der gemeinsame Kampf der gesamten Arbeiterklasse für ihre unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Forderungen entwickelt werden. Zur Organisation und Durchführung der Widerstandsaktionen ist eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der

KPD und SPD innerhalb der Massenorganisationen anzustreben.

Für die Einbeziehung der politisch unorganisierten Massen in den Kampf ist die *Schaffung von überparteilichen Klassenorganen* in den vielfältigsten Formen (z. B. Delegationen, Lohn- und Preiskommissionen, Unfallschutzkommissionen, Solidaritätsausschüsse und andere Formen) auf der Grundlage der Massenorganisationen, in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, in den Arbeiterwohnbezirken von großer Bedeutung. Diese Organe sollen aber aus dem Leben und dem Kampfe selbst herauswachsen, wobei alle konspirativen Regeln zur Sicherung ihrer Mitglieder auf das strengste zu befolgen sind.

Eine sehr wichtige Aufgabe der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsmitglieder ist der gemeinsame *Kampf um die gewerkschaftlichen Interessen*, um den gemeinsamen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften innerhalb der „Deutschen Arbeitsfront“, wobei an erster Stelle die *Schaffung von Gewerkschaftsgruppen* steht. Wo solche Gruppen bereits auf Initiative einer politischen Organisation geschaffen wurden, sollen die Mitglieder und Anhänger der anderen politischen Organisationen sich diesen Gruppen anschließen. Unter keinen Umständen darf wieder die frühere Zerreißen der gewerkschaftlichen Bewegung nach Parteirichtungen eintreten. Die Kommunistische Partei ist für die Einheit und die volle Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung und wird ihren Wiederaufbau mit allen Kräften unterstützen und fördern. Durch eine vorbildliche gewerkschaftliche Arbeit müssen sich die Kommunisten das Vertrauen der Gewerkschaftskollegen erwerben.

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß die Sache des Proletariats die *Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei* der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Vor-

aussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen. Aber eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Kriege ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.

3. DIE ARBEIT IN DEN FASCHISTISCHEN MASSEORGANISATIONEN

Für die Organisierung gemeinsamer Kampfkationen zur Verteidigung der täglichen Interessen der werktätigen Massen, für die Schaffung der Einheitsfront und der Volksfront sind die von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen, in die das werktätige Volk hineingetrieben wurde, das entscheidende Wirkungsfeld. Das trifft vor allem auf die „*Deutsche Arbeitsfront*“ zu, in der sich die Massen der von den Faschisten aufgelösten Gewerkschaften befinden. Die Faschisten vermochten ihre Absicht, diese Organisation lediglich zu „erzieherischen Zwecken“ für den Faschismus zu verwenden, nicht durchzusetzen und konnten eine, wenn auch beschränkte gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter in dieser Organisation nicht verhindern.

Für die Arbeit in der „*Deutschen Arbeitsfront*“ ist eine Reihe von *legalen und halblegalen Möglichkeiten gegeben*, die die Kommunisten im Interesse der Mitglieder ausnutzen müssen. Dadurch werden sie auch in der Lage sein, sogar Anhänger der Hitlerpartei in die antifaschistische Bewegung einzubeziehen. Auf Grund der sozialdemagogischen Losungen („Für einen gerechten Lohn“, „Wer leistet, soll fordern“, „Für die Schönheit des Arbeitsplatzes“ u. a. m.) und antikapitalistischen Phrasen der Faschisten sind Diskussionen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, über ihre Verbesserung, über die Organisierung des Kampfes auszulösen. In geschickter Weise sind solche For-

derungen wie Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, freie Wahl aller Funktionäre, Vertrauensräte und Jugendwaller, Berichterstattung mit freier Aussprache, Kontrolle der Kassenverwaltung und der Verwendung der Mitgliedsbeiträge zu stellen.

Neben der Arbeit in der „Deutschen Arbeitsfront“ ist die Arbeit in der *nationalsozialistischen Betriebsorganisation* (NSBO), die die faschistische Kaderorganisation im Betrieb ist, von sehr ernster Bedeutung. Wenn sich in dieser Organisation auch in der Hauptsache nur Mitglieder der NSDAP befinden, so geben doch die in dieser Organisation immer stärker hervortretenden Differenzen über die Wirtschaftspolitik der Hitlerregierung und die Empörung über die Willkür des Unternehmertums sehr gute Möglichkeiten, mit den Mitgliedern hierüber zu diskutieren und einen sehr großen Teil in den betrieblichen Kampf für die Arbeiterforderungen einzubeziehen. Die gleichen Möglichkeiten ergeben sich für eine Beeinflussung der werktätigen Elemente der SA und der SS von den Betrieben aus.

Auch in allen übrigen von den Faschisten beherrschten *Massenorganisationen* (Jugendorganisationen, „Kraft durch Freude“, Luftschutz, NS-Volkswohlfahrt, NS-Kriegsopferversorgung, Wehrorganisationen, Mittelstandsorganisationen, Genossenschaften, Organisationen des „Reichsnährstandes“) sind große Möglichkeiten der *Organisierung einer Opposition* unter den mit der großkapitalistischen Politik der Hitlerregierung unzufriedenen Elementen, für eine systematische Aufklärungsarbeit unter den politisch indifferenten oder den Faschisten noch folgenden Mitgliedern dieser Organisationen gegeben.

Genosse *Dimitroff* hat auf dem VII. Weltkongreß die große revolutionäre Bedeutung der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen aufgezeigt und allen Kommunisten, Sozialdemokraten und sonstigen Gegnern der Hitlerdiktatur mit dem *Beispiel des trojanischen Pferdes*

eine taktische Anweisung für diese Arbeit gegeben. Der Faschismus muß mit den Massen der von ihm beherrschten Organisationen geschlagen werden. Dazu ist aber die ständige und systematische Arbeit in diesen Organisationen eine ebenso unbedingte Voraussetzung wie auch der Kampf außerhalb dieser Organisationen.

Die *bisherige Unterschätzung dieser Arbeit* und der gegen sie geleistete Widerstand in unseren eigenen Reihen muß schnellstens und gründlich beseitigt werden. Nur wenn es gelingt, allen Antifaschisten die revolutionäre Bedeutung dieser Arbeit verständlich zu machen, werden wir die großen Möglichkeiten der Mobilisierung der Massen in diesen Organisationen für die Verteidigung der Arbeiterinteressen, für die Entfaltung der Einheitsfront und für den Kampf gegen den Faschismus ausschöpfen können. Dazu gehört, daß *alle erreichbaren Funktionärposten* von den Antifaschisten besetzt und im Interesse der Massen ausgenutzt werden. Bei guter Arbeit ist es sogar möglich, Mehrheiten in den Leitungen der unteren Organisationen zu besetzen und diese für den Kampf der Massen auszunutzen. Die Antifaschisten müssen sich das Vertrauen der Mitglieder Massen dieser Organisationen erwerben und verstehen, durch eine den Organisationsbedingungen angepaßte *Sprache und Arbeitsmethode* den größten Erfolg in der Mobilisierung dieser Massen gegen den Faschismus zu erzielen.

4. DIE ARBEIT UNTER DER JUGEND

Die *Gewinnung der werktätigen Jugend* in den von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen ist für die Verbreiterung und Steigerung des antifaschistischen Kampfes von besonderer Bedeutung. Die Organisierung und Führung des Kampfes um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Berufsausbildung und die politischen Rechte der Jugend, gegen ihre Eingliederung in die Zwangsarbeit, gegen die Militarisierung und den Krieg ist dazu die wichtigste Voraussetzung. Die Gewinnung der Jugend für diesen Kampf muß auf der Grundlage der Arbeit und der *Schaffung von Jugendgruppen* in den Betrieben und Massenorganisationen, in der Hitler-Jugend, im Bund deutscher Mädchen, in den Sport- und Kulturorganisationen erfolgen. Dabei müssen die besonderen Wünsche und Forderungen der Jugend, ihre Gewohnheiten gründlich studiert und zum Ausgangspunkt der Gewinnung der Jugend für die Widerstandsaktionen genommen werden.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine gründliche *Aenderung des Charakters des Kommunistischen Jugendverbandes* und seiner Arbeit, vor allem die restlose Ausmerzung des Sektierertums in seinen Reihen dringend notwendig. Der Kommunistische Jugendverband ist zu einer wirklichen Massenorganisation der proletarischen Jugend auf der Grundlage einer breiten Demokratie und äußerst elastischer Organisationsformen umzugestalten, die ihre Mitglieder im Geiste des Klassenkampfes, des

proletarischen Internationalismus und des Marxismus-Leninismus erzieht.

Von größter Bedeutung ist die *Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen*, zu der der Kommunistische Jugendverband die Initiative ergreifen muß. Gerade die Maßnahmen der faschistischen Diktatur gegen die werktätige Jugend, der Versuch, sie faschistisch und chauvinistisch zu verseuchen, und der gemeinsame Kampf der kommunistischen und sozialistischen Jugend gegen das faschistische Regime machen die Vereinigung der beiden Jugendorganisationen und ihre ständige Zusammenarbeit dringend notwendig. Die Mitglieder der beiden Organisationen sollen selbständig über die Grundlage der Vereinigung, über ihr Kampfprogramm gegen das faschistische Regime und über den Namen der Organisation entscheiden.

Diese Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugend als Ergebnis des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus wird die Kraft schaffen, von der auch die übrigen werktätigen Jugendmassen angezogen werden. Sie schafft die Voraussetzungen zu einer breiten *Massenbewegung der jungen Generation* für den Kampf um Brot, Freiheit und Frieden.

Die Kommunistische Partei trägt die volle Verantwortung für die Durchführung der Aufgaben zur Gewinnung der werktätigen Jugend für den antifaschistischen Kampf, für die Einheitsfront und für die antifaschistische Volksfront. Sie muß nicht nur dem Kommunistischen Jugendverband eine *tägliche Hilfe* bei der Durchführung seiner Aufgaben leisten, sondern vor allem den *Kampf für die Interessen der werktätigen Jugend führen* und dieser in ihrem Kampfe gegen die faschistische Diktatur und für die Verbesserung ihrer materiellen Lage beistehen. Für die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterjugend und der antifaschistischen Volksfront der ganzen werktätigen Jugend sind alle Kräfte der Partei zu mobilisieren.

Wir Kommunisten unterstützen den Freiheitskampf der *werktätigen jungen Generation*. Das Jungproletariat, die Söhne und Töchter des Mittelstandes und der Intelligenz, die bäuerliche Jugend finden in uns Kommunisten ehrliche Helfer in ihrem Kampfe. Alle oppositionell gesinnten Jungen und Mädels der Hitler-Jugend und des Bundes deutscher Mädchen, die christliche und bündische Jugend, die verfolgten Jungkatholiken, alle werktätigen Jugendlichen ohne Unterschied ihrer weltanschaulichen und religiösen Einstellung wollen wir in der großen Freiheitsbewegung der deutschen Jugend sammeln und zum Kampf gegen die faschistische Diktatur vereinen.

5. DIE ANTIFASCHISTISCHE VOLKSFRONT

Die Schaffung der antifaschistischen Volksfront, die Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes auf ein *politisches Kampfprogramm* gegen die faschistische Diktatur, die Herstellung des Kampfbündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern, Kleinbürgern und Intellektuellen, der Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf für *Freiheit, Frieden und Brot* ist die entscheidende Voraussetzung für den Sturz der Hitlerdiktatur. Die in allen Schichten des werktätigen Volkes wachsende Unzufriedenheit gegen das faschistische Regime schafft dafür günstige Möglichkeiten. Alles, was die werktätigen Massen im Kampfe gegen die Versklavung und Ausplünderung durch die Hitlerregierung vereint, ist in den Vordergrund der Aufklärungsarbeit und der Organisation des gemeinsamen Kampfes zu stellen.

a) *Der Kampf um die demokratischen Freiheiten*

Angesichts der ungeheuren Versklavung und Entrechtung des deutschen Volkes, des politischen Gewissenszwanges und der unerhörten Verfolgungen aller freiheitsliebenden Menschen durch die faschistische Diktatur stellt die Kommunistische Partei den *Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten* an die Spitze des antifaschistischen Kampfes. Wir Kommunisten kämpfen für die Organisations- und Versammlungsfreiheit, für die Frei-

heit der Presse und der Meinungsäußerung, für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für die Gleichheit aller Staatsangehörigen, für die völlige Wahlfreiheit für alle Körperschaften. Wir kämpfen gegen die braune Benzenwirtschaft in den faschistischen Arbeiter-, Mittelstands-, Bauern- und anderen Organisationen.

Wir Kommunisten stehen an der Seite aller von den Faschisten verfolgten und unterdrückten Schichten und Organisationen des werktätigen Volkes. Wir stehen an der Seite der *katholischen Oppositionsbewegung* zur Verteidigung ihrer selbständigen Organisationen. Wir stehen an der Seite der Bauern- und Bürgermassen des aufgelösten „*Stahlhelm*“, der von den Faschisten deshalb aufgelöst wurde, weil in ihm die Rebellion dieser Schichten gegen das faschistische Regime immer offener zum Ausdruck kam.

Wir Kommunisten wollen *die großen Freiheitstraditionen der Revolution von 1848* in den breiten Volksmassen wieder lebendig werden lassen und eine Ideologie des Freiheitskampfes gegen den barbarischen Faschismus schaffen. Der große Freiheitsdrang des werktätigen Volkes, den die Faschisten in die Bahn ihrer abenteuerlichen Kriegspolitik zu lenken versuchen, muß durch die antifaschistische Volksfrontbewegung zu einer gewaltigen Stoßkraft für den Sturz der Hitlerdiktatur werden.

Die Parteikonferenz verweist hierbei auf die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Betracht gezogene Möglichkeit und Notwendigkeit der *Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront* oder der antifaschistischen Volksfront, die sich aus dem Aufschwung der Massenbewegung unter den Bedingungen der politischen Krise bei dem Sturz der Hitlerdiktatur ergeben kann.

Die endgültige Befreiung der werktätigen Massen von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die *Aufrichtung der Sowjetmacht* erfolgen, die

allein die Klassenherrschaft der Ausbeuter stürzt, den Sozialismus aufbaut und dem ganzen Volke Freiheit und wachsenden Wohlstand sichert.

b) *Der Kampf um den Frieden*

Die abenteuerliche und provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung, durch die das werktätige Volk Deutschlands über Nacht in den Krieg hineingerissen werden kann, steht im schärfsten Widerspruch zu seinen nationalen Interessen. Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern, braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjetunion. *Hitlers Politik schafft dem deutschen Volke überall Feinde.* Die Rassenhetze der Rosenberg und Goebbels wird in der ganzen Welt als der Machthunger des deutschen Imperialismus verstanden, der die Welt beherrschen will. Dem faschistischen Regime kommt es bei seinen Phrasen von Volks- und Blutverbundenheit nur auf die Verschleierung dieser imperialistischen Ziele an. Das beweist auch der skrupellose Schacher, den Hitler mit den Deutschen in Südtirol, im Polnischen Korridor, in Oberschlesien treibt, durch den er sich Verbündete für seine Kriegspolitik erkaufen will.

Wir Kommunisten sind für die *restlose Beseitigung des Versailler Diktats* und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland. Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Wege einer friedlichen Verständigung mit den Nachbarvölkern erfolgen. *Hitlers Politik treibt aber das deutsche Volk in den Krieg und führt zu einer neuen Niederlage.* Wir Kommunisten wollen das deutsche Volk vor den Schrecken und den unabsehbaren Opfern eines neuen imperialistischen Weltkrieges bewahren. Wir wollen den Hauptkriegstreiber, den Hitlerfaschismus, vernichten.

c) Der Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen

Wie der Kampf um die demokratischen Freiheiten, um die Erhaltung des Friedens die gemeinsame Kampffront der Arbeiter, Mittelständler, Intellektuellen und Bauern erfordert, so ist diese auch im *Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen*, für die Befreiung von den unerträglichen Lasten, die die Kriegspolitik der Hitlerregierung den werktätigen Massen auferlegt, die unbedingte Voraussetzung. Der notwendige Kampf der Arbeiterschaft um höhere Löhne entspricht durchaus dem Kampf der Bauern und Mittelständler für einen gerechten Preis der von ihnen hergestellten Produkte. Von der Kaufkraft der Arbeiterschaft hängt auch die Existenz des Mittelstandes und der Bauernschaft ab. Darum sind sie gemeinsam interessiert an der Beseitigung der die Waren verteuernenden Abgaben, Steuern und Zinsen, an dem Abbau des ganzen bürokratischen Sammel- und Verteilungsapparates, an der Beseitigung der hohen Zwischengewinne der Großhändler und des Staates, an der Vernichtung jeder Spekulation.

Wir Kommunisten unterstützen und fördern jede Bewegung der *werkstätigen Bauern und des städtischen Mittelstandes* gegen die faschistischen Zwangsmaßnahmen, gegen die faschistische Marktordnung, gegen die Vergewaltigung durch die braunen Kommissare und gegen die großkapitalistische Politik der Hitlerdiktatur, die die Existenzgrundlage dieser Schichten untergräbt. Wir Kommunisten sind diesen Schichten aufrichtige und treue Verbündete im Kampfe für die Sicherung ihrer Existenz, für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und ihrer Einkommensgrundlage.

d) Der Kampf gegen Kulturreaktion und Terror

Wir Kommunisten wollen in der antifaschistischen Volksfront alle Kräfte der deutschen Nation vereinigen,

die der *Kulturreaktion des Hitlerfaschismus* feindlich gegenüberstehen. Wir Kommunisten wollen den kulturellen und geistigen Schatz des deutschen Volkes, seine Sprache, seine Literatur, seine Kunst und Wissenschaft vor den faschistischen Barbaren retten und für die höhere Entwicklung der Kulturgüter kämpfen.

Wir Kommunisten appellieren an alle Werktätigen, an alle Menschen von Kultur und Geist in Deutschland und in der ganzen Welt, gegen den *unmenschlichen Terror der Faschisten* gegenüber allen andersdenkenden Menschen, gegen die Folterungen in den Gestapohöllen, gegen die barbarische Behandlung der politischen Gefangenen, gegen die zahllosen Meuchelmorde an den wehrlosen Gefangenen und den antifaschistischen Kämpfern zu protestieren und den Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu führen.

Wir Kommunisten rufen alle Werktätigen in Deutschland und in der ganzen Welt auf, ihre Stimme für die *Freilassung des Führers des deutschen Proletariats, Ernst Thälmann*, zu erheben, den die Faschisten vor ihr Parteigericht, das sie „Volksgericht“ nennen, schleppen wollen, um ihn zum Tode zu verurteilen.

Wir Kommunisten wollen die Einheitsfront in der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront aller Werktätigen schaffen, wir wollen mit den verschiedensten Schichten und allen Organisationen des werktätigen Volkes dieses Kampfbündnis für den Sturz der faschistischen Diktatur schaffen, wir wollen ferner, daß die antifaschistische Volksfront die *Aktivität der oppositionellen Gruppen der Bourgeoisie* (in den Reihen der Deutschnationalen, der Reichswehr etc.) mit ihrem Kampfe verbindet. Alle der Hitlerdiktatur feindlichen Kräfte müssen für deren Sturz eingesetzt werden.

6. DIE ORGANISATORISCHEN AUFGABEN DER PARTEI

Die durch die veränderte Lage in Deutschland erforderliche neue taktische Orientierung der Partei stellt auch die *Organisations- und Kaderfrage auf neue Art*. Die Parteiorganisation ist so umzugestalten, daß sie befähigt wird, die Massenarbeit innerhalb und außerhalb der faschistischen Organisationen und der Betriebe durchzuführen. Das macht den Aufbau der Parteiorganisation hauptsächlich in den faschistischen Massenorganisationen und in den Betrieben und die Anpassung ihrer Formen an deren Struktur notwendig. Die Mitglieder der bisherigen Straßenzellen sollen im allgemeinen in die faschistischen Massenorganisationen überführt werden. Es ist großes Gewicht darauf zu legen, daß alle unsere Mitglieder in den faschistischen Organisationen, insbesondere in der „Arbeitsfront“ und im Betrieb organisiert sind. Die Betriebszellen der Partei müssen zum organisierenden Zentrum des antifaschistischen Kampfes in den Betrieben werden.

Ferner ist eine *grundlegende Umstellung der Methoden unserer Massenarbeit* in allen Organisationen, die Ausnutzung aller legalen und halblegalen Möglichkeiten und die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Arbeit notwendig, wobei die größte Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Parteimitglieder vor den faschistischen Spitzeln und Verfolgungen gelegt werden muß. Durch die Ueber-

nahme von legalen Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen werden unsere Genossen am besten in der Lage sein, eine legale Massenarbeit zu leisten und sich gleichzeitig vor den Verfolgungen zu schützen. Die illegalen Bedingungen unserer Massenarbeit erfordern die *größte Elastizität in den Formen des Parteaufbaus* und auch in der Form der Leitung. Es ist die stärkste Dezentralisation erforderlich. Manchmal wird es sogar nötig sein, vollständig von der bisherigen Organisationsstruktur abzugehen und verschiedene selbständige Organisationen aufzubauen. Dabei ist die *Frage der Verbindungen* aller Organisationseinheiten mit den übergeordneten Parteinstanzen und umgekehrt von größter Bedeutung, wofür ebenfalls neue Formen und Methoden gefunden werden müssen, um die schnellste Uebermittlung von Direktiven und Berichten zu sichern und die Aktionsfähigkeit der Partei zu gewährleisten.

In unserer gesamten *Agitation und Propaganda* sind neue Methoden und Formen erforderlich, die es uns ermöglichen, besser als bisher die Politik und das revolutionäre Endziel der Partei, die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus dem Verständnis der werktätigen Massen näherzubringen. Wir müssen verstehen, in der Sprache der Massen zu reden und zu schreiben, solche Losungen aufzustellen, die dem Verständnis und der Kampffähigkeit der Massen entsprechen, und sie für den Kampf um die täglichen Interessen der Massen zu mobilisieren. In unserer *Presse*, in unseren *Flugblättern* und *Traktätchen* müssen den Volksmassen unsere Forderungen und Ziele in einfacher, klarer Weise auseinandergesetzt und die Wege und Kampferfahrungen zu ihrer Durchsetzung aufgezeigt werden. Dazu ist auch die Schaffung einer neuen, dem Verständnis der Massen mehr angepassten *Literatur* notwendig.

Für die Durchführung unserer taktischen Wendung, für die kühne Entfaltung der Einheitsfront und Volksfront

ist die *Kaderpolitik der Partei* von größter Bedeutung. Wir müssen auf die Neugewinnung und Heranbildung, auf die Auswahl und Beförderung, auf die Schulung und Entwicklung der Initiative, auf die Erhaltung und Sicherung der Funktionäre der Partei viel größeres Gewicht als bisher legen. Wir haben bisher in der Partei dieser Pflicht nicht ausreichend genügt, wir klagten über Mangel an Funktionären und verstanden nicht, aus den Reihen unserer Mitgliedschaft die geeigneten Kräfte und ihre wertvollen Eigenschaften herauszufinden. Gerade der illegale Kampf der Partei gegen die faschistische Diktatur, bei dem fast die gesamte Mitgliedschaft Funktionen bekleidet, hat aufgezeigt, welche wertvollen Kader unsere Partei hat.

Die Partei muß eine *bessere Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Kräfte* durchführen und jedem Funktionär die größte kameradschaftliche Unterstützung bei der Durchführung der ihm gestellten Aufgaben gewähren. Die große Zahl der ehemaligen Parteimitglieder, die Anhänger der früheren revolutionären Massenorganisationen und die fortgeschrittensten, der Partei am nächsten stehenden sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter sind in die Massenarbeit innerhalb und außerhalb der faschistischen Massenorganisationen und der Betriebe einzugliedern. Jedes Parteimitglied ist auf den Kampfplatz zu stellen, den es entsprechend seiner Fähigkeit und seiner Lage am besten im Dienste des antifaschistischen Kampfes ausfüllen kann. Die Entwicklung der Initiative jedes Parteimitglieds und jeder Parteiinheit ist von großer Bedeutung.

Die *Sicherung der Funktionäre und Mitglieder* unserer Organisation vor den faschistischen Verfolgungen muß durch die *strengste Beachtung der konspirativen Regeln*, durch die Unterweisung unserer Mitglieder und Funktionäre in diesen Regeln, durch den ständigen Hinweis auf die ihnen drohenden Gefahren erreicht werden. Es muß

mit jeder Mißachtung der konspirativen Regeln energisch aufgeräumt und gegen jeden Genossen, der gegen diese Regeln verstößt, mit parteidisziplinarischen Maßnahmen vorgegangen werden. Bei jeder Verhaftung ist eine gründliche Untersuchung zur Feststellung der Ursachen und der Zusammenhänge vorzunehmen und eine sofortige Sicherung der gefährdeten Stellen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß seine Beobachtungen über Verletzung der Konspiration und über die Maßnahmen der Faschisten schnellstens den Parteiinstanzen zuleiten.

Der Kampf gegen die Abweichungen von unserer revolutionären Linie, vor allem gegen das in der Partei noch tief eingewurzelte Sektierertum, gegen das Unverständnis für die Notwendigkeit der neuen taktischen Orientierung in unserer Massenarbeit, gegen den Rechtsopportunismus muß mit aller Gründlichkeit und Beharrlichkeit geführt werden. Dabei soll die Methode der kameradschaftlichen Ueberzeugung und nicht die Methode der Abstoßung von Kräften, die zur Zerreißung und Gefährdung unserer inneren Geschlossenheit führt, angewandt werden. Jedem Genossen, der einen Fehler machte und ihn anerkennt, soll die Gelegenheit gegeben werden seinen Fehler durch die Arbeit für die Partei zu korrigieren. Schonungslos müssen aber jene bekämpft werden, die hartnäckig an ihren Fehlern festhalten und die Partei zu desorganisieren versuchen. Ebenso muß mit aller Rücksichtslosigkeit parteifeindlichen, konterrevolutionären Einflüssen, vor allem denen des Trotzismus, entgegengetreten werden.

Die *Werbearbeit für die Partei* zur Stärkung der Parteiorganisation ist gerade wegen der ihr gestellten gewaltigen Aufgabe eine dringende Notwendigkeit. Die Partei muß bestrebt sein, ihren Bestand an Mitgliedern und Funktionären ständig aus den Reihen der Arbeiter zu vergrößern, die sie bei ihrer illegalen Arbeit als energisch und zuverlässig kennengelernt hat. Das trifft besonders auf die Gewinnung der *werktätigen Frauen*, auf deren Ein-

reihung in die Funktionärkader und Einbeziehung in die Arbeit innerhalb der faschistischen Massenorganisationen zu.

*

Die Aufgaben sind der Partei gestellt. Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der 4. Parteikonferenz stellen der Partei als *zentrale Aufgabe die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen*. Durch die Organisation und Führung des Kampfes in den Betrieben, in den Massenorganisationen, in den Wohnvierteln, im Dorfe, durch die Schaffung der Aktionseinheit aller Werktätigen wird der *Sturz der Hitlerdiktatur* in Deutschland herbeigeführt werden.

MANIFEST DER BRÜSSELER PARTEIKONFERENZ DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

AN DAS WERKTÄTIGE DEUTSCHE VOLK!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Mittelständler, Bauern!

In schwerer, ernster Zeit wendet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an euch! Unsagbar leidet unser ganzes werktätiges Volk und seine Jugend unter den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland, unter der faschistischen Entrechtung und Unterdrückung, unter der drohenden Kriegsgefahr, unter der Zerstörung der deutschen Kultur, unter der allgemeinen Not, die die Hitlerdiktatur über unser Land gebracht hat.

Was hat Hitler euch nicht alles versprochen, als er noch mit seiner Partei um die Macht kämpfte? Höhere Löhne und niedrigere Preise den Arbeitern, gesicherte wirtschaftliche Existenz dem Mittelstand, Land und hohe Preise den Bauern, Freiheit allen Werktätigen. Und was ist jetzt das Resultat der fast dreijährigen Hitlerdiktatur? Immer klarer wird es:

Das werktätige Volk wurde von Hitler betrogen!

Jeder Tag offenbart es mehr, daß die Lage der werktätigen Massen immer schlechter wird. Die Löhne sinken, die Preise steigen. Mittelständler und Bauern geraten in immer tiefere Schuldknechtschaft. Kultur und Wissen-

schaft werden zerstört. Die wirkliche Intelligenz wurde mundtot gemacht oder aus dem Lande vertrieben. Die Gläubigen werden verfolgt. Mit unerhörtem Terror, mit Meuchelmorden, Folterungen wehrloser Gefangener, Bluturteilen schwerster Art und dem Henkerbeil wird gegen die Opposition vorgegangen, um die Herrschaft des Faschismus zu sichern.

Das alles hat Hitler über unser Volk und Land gebracht.

Schwer muß das werktätige Volk dafür büßen, daß es den Versprechungen Hitlers Glauben schenkte, daß es ihm folgte und dem Finanzkapital die Aufrichtung der faschistischen Diktatur ermöglichte. Ernst und groß steht vor dem werktätigen Volk die Frage, ob das so weitergehen soll oder ob nicht eine Möglichkeit besteht, sich von dieser Pest der faschistischen Diktatur wieder zu befreien.

*Werktätiges deutsches Volk! Wir rufen dich zum
Kampf!*

Wir, die zu einer Reichskonferenz der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei Deutschlands in Brüssel versammelten Männer, Frauen und Jugendlichen aus dem Lande, die täglich im Kampfe gegen die faschistische Diktatur stehen,

wir Kommunisten erheben unsere Stimme zu euch!

Tausende von Kämpfern aus unseren Reihen wurden wegen ihres Kampfes für die Freiheit des Volkes ermordet. Kein Tag seit der Errichtung der faschistischen Diktatur war ohne unseren Kampf. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer der Kampf ist. Die faschistische Diktatur mit ihrem umfassenden Machtapparat lastet wie ein Bleigewicht auf dem deutschen Volke. Aber im werktätigen Volke ruht die Kraft, diese Last von sich abzuschütteln. Eines ist dafür erforderlich:

Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampfe!

Wir Kommunisten unterbreiten euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit, den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf

für die Freiheit des werktätigen Volkes,
für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte,
für volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit,
für Glaubens- und Gewissensfreiheit,
für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse,
für die Befreiung Thälmanns, Mierendorffs, Ossietzkis sowie aller anderen eingekerkerten Antifaschisten und aller wegen Verletzung der volksfeindlichen Nazigesetze in den Kerkern sitzenden Volksgenossen,
für eine allgemeine Weihnachts-Amnestie!

Wir Kommunisten kämpfen für die nationale Freiheit des deutschen Volkes. Wir sind für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland. Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Weg einer friedlichen Verständigung mit den Nachbarvölkern erfolgen.

Werktätiges deutsches Volk!

Die Hitlerregierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das deutsche Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß. Alle friedensliebenden Menschen in der ganzen Welt sehen in dieser Regierung den Brandstifter eines neuen Weltkrieges.

Hitler will den Krieg gegen die Sowjetunion.

Seine Friedensphrasen sollen nur das werktätige Volk täuschen. Die ungeheuren Kriegsrüstungen sprechen eine andere Sprache. Hitler will den italienisch-abessinischen Krieg für die Verwirklichung der Kriegspläne des deutschen Imperialismus ausnützen. Seine Drohungen gegen Litauen und andere benachbarte Länder im Osten sind auf die Schaffung eines Aufmarschgebietes gegen die Sowjetunion gerichtet. Das deutsche Volk braucht aber dringend die Verständigung mit dem großen Sowjetlande.

Wir Kommunisten rufen auf zum Kampfe für die Erhaltung des Friedens, gegen die Kriegspolitik der Hitlerregierung!

Die Kriegspolitik nützt nur den Kanonenkönigen, den Kriegsgewinnern, den Krupp und Thyssen, den Finanzräubern, den ostelbischen Junkern und Bauernschindern und der ganzen Schicht der braunen Bonzen, die sich auf Kosten des Volkes mästen wie die Maden im Speck. Hitler hat im Interesse dieser Kriegspolitik das deutsche Südtirol, den Polnischen Korridor und Oberschlesien preisgegeben, um sich Verbündete für den Krieg gegen die Sowjetunion zu schaffen. Nur der Sturz der Hitlerregierung vermag das deutsche Volk vor diesem Kriegsverbrechen zu retten. Zu diesem Kampfe muß sich das ganze werktätige Volk zusammenfinden, muß es sich um das Freiheits- und Friedensprogramm der Kommunisten scharen, muß dafür alle seine Kräfte einsetzen.

Werktätige in Stadt und Land!

Die Not im Lande wächst zusehends. Seht euch um! Ein harter Winter hat begonnen. Die Teuerung wächst. Vor den Lebensmittelläden stehen wieder Schlangen von Menschen. Es mangelt an Butter, Schweinefleisch, Margarine, Eiern und vielem anderen. Die Reichen haben alles im

Ueberfluß! Nur euch, den Werktätigen, fehlt es. Goebbels und Hitler sagen euch, der Himmel sei daran schuld.

Die Lebensmittel fehlen, weil Hitler Kanonen baut!

Die für die Einfuhr von Lebensmitteln erforderlichen Devisen werden für die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsrüstungen verbraucht. Je mehr Kanonen und Flugzeuge Hitler bauen läßt, desto mehr muß das werktätige Volk in den Städten hungern, desto mehr wird der Bauer ruiniert. Die Kapitalgewinne, die Direktorengehälter, die Tantiemen und Dividenden steigen, aber dem werktätigen Volke werden die Einkünfte geschmälert, werden die Lebensmittel vorenthalten.

Wir Kommunisten kämpfen gegen den Wirtschaftskurs der Hitlerregierung, der den Massen Not und Elend bringt.

Wir rufen alle Werktätigen auf, sich mit uns zu vereinigen zum Kampfe

für Teuerungsausgleich und ausreichende Löhne und Gehälter,
für gesteigerte Zufuhr von Lebensmitteln,
für ernste Winterhilfe an alle Hungernden und Frieden-
für Wiederherstellung der Arbeitslosen- und Sozial-
versicherung und der Sozialrenten,
für Steuererleichterungen und Brechung der Zins-
knechtschaft des Mittelstandes und der Bauern,
für den freien Verkauf der Arbeitsprodukte der
Bauern zu lohnenden Preisen,
für Beseitigung der Zwangswirtschaft,
für Rückzahlung aller Subventionen, die an Groß-
agrariern und Großindustriellen gezahlt wurden!

Werktätiges deutsches Volk!

Das ist unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur. Wir sind überzeugt, jeder von euch ist damit

einverstanden. Aber es kommt darauf an, dieses Programm in die Tat umzusetzen, die Forderungen zu verwirklichen. Wir Kommunisten stellen uns das nicht leicht vor. Wir wissen, daß das ein opfervoller und schwerer Kampf ist. Aber ohne den Kampf der Mehrheit des werktätigen Volkes wird es keine Freiheit, sondern Knechtschaft, Krieg und Massenelend geben.

Der Zusammenschluß aller werktätigen Hitlergegner zum Kampfe für ein neues, freies Deutschland ist möglich und notwendig.

Der beste Teil des werktätigen Volkes hat bereits mit dem Kampf gegen die Hitlerdiktatur begonnen. In den Fabriken und Kontoren, in den Schächten und Häfen vereinigen sich Arbeiter und Angestellte, vereinigen sich in den Städten Handwerker und Kaufleute, in den Dörfern die Bauern zu diesem Kampfe. Das aus dem Lande vertriebene geistige Deutschland erhebt seine Stimme.

Die Schaffung der Einheitsfront ist das Gebot der Stunde!

Wir Kommunisten bieten dem Parteivorstand und allen Organisationen der Sozialdemokratie die Hand zum Abschluß von Einheitsfrontabkommen. In den Betrieben, in allen Orten muß die Einheitsfront zwischen der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei hergestellt werden. Gemeinsam muß der einheitliche Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften gefördert werden.

Wir Kommunisten sind für die breiteste Volksfront!

Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumsparlei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes muß die Volksfront gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur, für deren Sturz geschaffen werden. Alle Menschen und Gruppen, die diesen Kampf wollen, müssen in dieser Front vereinigt werden.

Werktätige in Stadt und Land!

Schreiten wir deshalb zum Zusammenschluß, zur Tat! Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampf für Freiheit, Frieden und Brot! Wenn wir überall gemeinsam unsere Forderungen aufstellen, wenn wir nirgends und niemals die braunen Bonzen in Ruhe lassen, ihnen immer wieder unsere Forderungen entgegenstellen, dann wird bald im ganzen Lande die Volksfrontbewegung entflammen, dann wird kein Hitler und kein Göring diese Bewegung mehr aufhalten können, dann wird sie über das faschistische Regime hinweggehen und seine Vertreter zum Teufel jagen.

Wir Kommunisten wollen den Sieg der Sowjetmacht!

Der endgültige Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, begleitet vom wachsenden Wohlstand aller Werktätigen in diesem Lande, vom Aufstieg der Kultur und des Lebensniveaus, zeigt allen Werktätigen den Weg aus der kapitalistischen Knechtschaft, den Weg zur Freiheit und zum Wohlstand.

Wir Kommunisten wissen, daß es über dieses Kampfziel noch Meinungsverschiedenheiten im werktätigen Volke gibt, daß die Mehrheit noch nicht zum Kampf für dieses Ziel bereit ist.

Aber das darf uns jetzt im Kampfe gegen die faschistische Reaktion nicht trennen!

Wir schließen keineswegs aus, daß sich auch eine Regierung der Einheitsfront oder Volksfront als möglich und notwendig erweisen kann. Jedenfalls soll und wird das werktätige Volk Deutschlands beim Sturz der Hitlerdiktatur selbst über die Regierung entscheiden. Wir Kommunisten werden unter jeder Regierungsform für die Interessen der werktätigen Massen kämpfen.

Werktätiges deutsches Volk!

Wir rufen dich auf! Nimm in allen deinen Schichten Stellung zu diesem Programm gegen die Hitlerdiktatur! Verständigen wir uns im Betrieb, in der „Deutschen Arbeitsfront“ in der NS-Hago, in den Handwerkerinnungen, in den Organisationen des Reichsnährstandes, in der NS-Volkswohlfahrt, im Deutschen Schriftstellerverband, in allen übrigen Massenorganisationen über gemeinsame Kampfkationen!

Zögern wir nicht länger! Tragen wir gemeinsam die großen Losungen des antifaschistischen Kampfes durch das Land!

Gegen die Kriegspolitik Hitlers, die das deutsche Volk in die Katastrophe führt!

Für die Erhaltung des Friedens!

Für die Wiederherstellung der demokratischen Volksfreiheiten!

Für ausreichenden Lebensunterhalt und Sicherung der Existenz aller Werktätigen!

Es lebe die Einheitsfront und Volksfront gegen die Hitlerdiktatur!

Es lebe der Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes!

Oktober 1935

Die Reichsparteikonferenz der
Kommunistischen Partei Deutschlands

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
Einleitung	5
I. DIE ZENTRALEN PROBLEME UNSERER STRATEGIE UND TAKTIK	16
1. Die Waffe der marxistisch-leninistischen Analyse	16
2. Die Einheitsfront und unser Verhältnis zur Sozial- demokratie	35
3. Der Kampf um den Wiederaufbau der Freien Gewerk- schaften	58
4. Die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen	62
5. Die Schaffung der Volksfront als wichtigste und nächste Aufgabe	72
II. DIE ANALYSE DER GEGENWÄRTIGEN LAGE IN DEUTSCHLAND	91
1. Was geht in der Arbeiterklasse vor	91
2. Die Differenzen im Lager der Bourgeoisie	102
3. Wie müssen wir diese Differenzen ausnutzen	114
III. DIE PERSPEKTIVE UND DIE GENERALLINIE DER PARTEI	117
1. Die Perspektive	117
2. Die Generallinie der Partei	126
Schlußbemerkung	137
SCHLUSSWORT	140
DER NEUE WEG ZUM GEMEINSAMEN KAMPF ALLER WERKTÄTIGEN FÜR DEN STURZ DER HITLER- DIKTATUR (<i>Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD vom Oktober 1935</i>)	156
1. Die gegenwärtige Lage in Deutschland	158
2. Die proletarische Einheitsfront — Die Voraussetzung für den Sturz der Hitlerdiktatur	165
3. Die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen	172
4. Die Arbeit unter der Jugend	175
5. Die antifaschistische Volksfront	178
6. Die organisatorischen Aufgaben der Partei	183
MANIFEST DER BRÜSSELER PARTEIKONFERENZ DER KPD	188



НОВЫЙ ПУТЬ

К СОВМЕСТНОЙ БОРЬБЕ ЗА СВЕРЖЕНИЕ
ГИТЛЕРОВСКОЙ ДИКТАТУРЫ

На немецком языке

AUSLIEFERUNG: VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR, MOSKAU, UL. 25. OKTJABRJA (NIKÓLSKAJA) 7

Продажа во всех книжных магазинах — Склад изданий:
Нацсектор КОГИЗ'а Москва, Орликов пер. 3

PREIS IN DER SOWJETUNION 1,25 RUBEL